

# Redebuch

2019



## Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 – 2011 –  
2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017 – 2018 – 2019

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de)

Zusammengestellt und laufend ergänzt  
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder  
[www.Gerolf.org](http://www.Gerolf.org)

16 years of protest. Then judges ruled against prosecuting the “lazy”.

Download full documentation of the Bremen Monday Demonstration, containing speeches held at the market place and primarily directed against the Hartz IV Act of 2004, which in Germany is widely seen as social shortage. Total size is about 75 MiB.

Use “unsigned” MODEMO.BAT downloader script for Windows by G. D. Brettschneider featuring Wizard’s Apprentice. All free!  
Save script to desired target folder. Be warned not to run this program – it’s MODEMO documentation downloader!

*Disclaimer: This program may cause  
severe damage to global capitalism.*

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet  
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt  
Ich habe mich immer aus der Not gerettet  
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

*Ursula Gatzke*

# Bremer Montagsdemo 2019

## Grundsätze

***Januar:*** 691. 692.

***Februar:*** 693. 694.

***März:*** 695. 696. 697.

***April:*** 698. 699. 700.

***Mai:*** 701. 702.

***Juni:*** 703.

***Juli:*** 704.

***August:*** 705.

***September:*** 706.

***Oktober:*** 707.

***November:*** 708.

***Dezember:*** 709.

**Kontakt Flugblatt**

# Bremer Montagsdemo

## Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern  
der 26. Bremer Montagsdemo*

# Bremer Montagsdemo

## Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

*Initiative Bremer Montagsdemo*

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 691. Bremer Montagsdemo am 07. 01. 2019

## Die Auseinandersetzung geht erst noch richtig los



Nieselregen und unfreundliches Wetter begleitete die kleine Schar von Montagsdemonstranten beim Start ins Jahr 2019. Einer meinte: „Die Menschen gucken ja nicht einmal hoch, wenn sie über den Hanseatenhof eilen!“ Nach Weihnachten gibt es auch keine Weihnachtseinkäufer mehr.

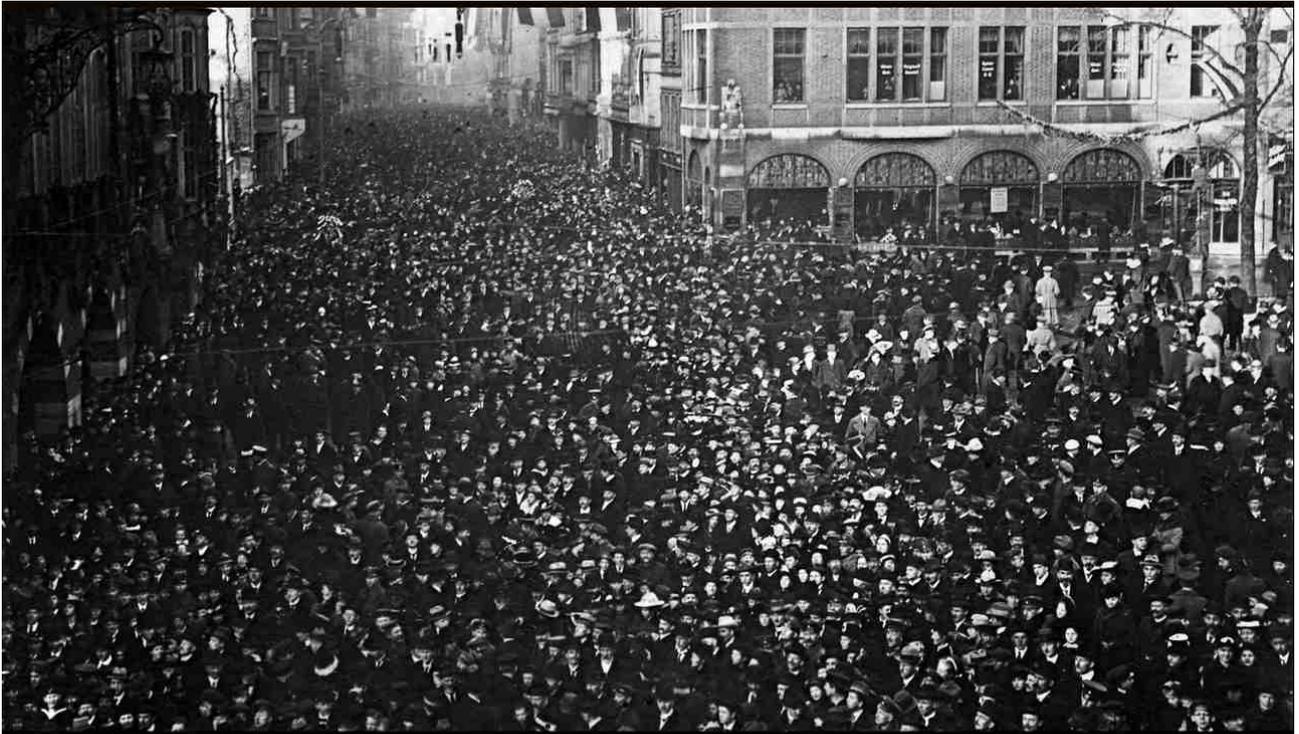
So gab es denn auch nur wenige Beiträge. Wir sprachen uns dafür aus, doch ab sofort wieder zum Marktplatz umzuziehen und den Antrag dafür beim Ordnungsamt zu stellen. Obwohl so viel im Argen liegt und die Menschen den Mund aufmachen könnten, passiert

das so wenig, und man lässt sich von den Medien einlullen.

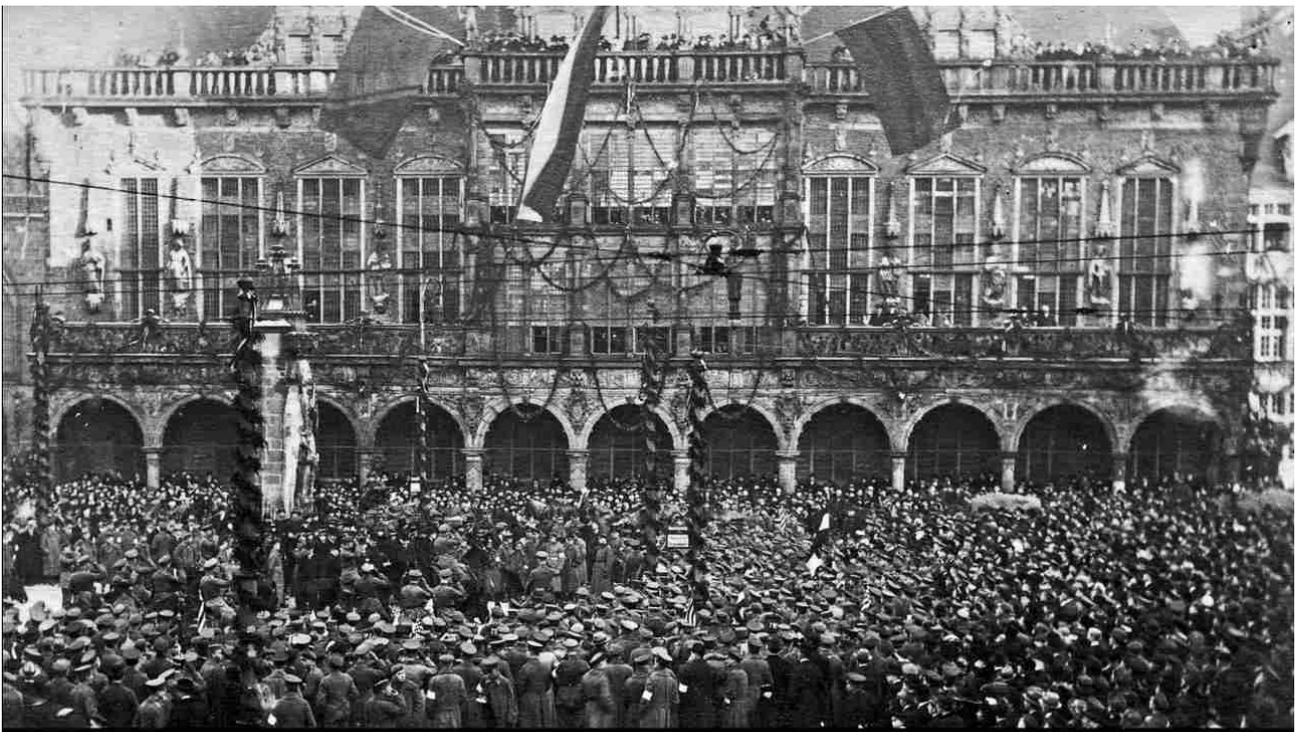
Genau in diesen Tagen vor 100 Jahren war das ganz anders: Am 10. Januar 1919 wurde die „Sozialistische Republik Bremen“ ausgerufen. Das bewegte die Menschen, und die beiden Bilder aus dem Staatsarchiv, die „Buten un binnen“ unter anderem gezeigt hat, bezeugen, dass die Menschen die Rote Fahne am Rathaus wehen sehen wollten.

Dahin ist der Weg noch weit, oder? Die Anzeichen von Krieg und zunehmender Zerstörung der Umwelt und was wir Menschen eigentlich brauchen und was nicht, darum geht die Auseinandersetzung erst noch richtig los. Da müssen alle, die sich zur persönlichen Aktivität entscheiden, dabei sein. Kopf hoch! Für eine andere Welt kämpfen!

*Jobst Roselius*



Die Menschen standen weit bis in die Oberstraße hinein. *Quelle: Staatsarchiv Bremen*



Sie wollten die rote Fahne am Rathaus wehen sehen. *Quelle: Staatsarchiv Bremen*

100 Jahre Frauenwahlrecht: Aber die Bremer Eiswetter machen „diesen Gendergaga“ nicht mit („Spiegel-Online“)

# Weg mit Hartz-IV-Sanktionen, weg mit unwürdiger Behandlung!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ich wünsche euch und uns allen ein gutes, gesundes und kämpferisches Neues Jahr 2019! Nächste Woche, am 15. Januar, wird sich das Bundesverfassungsgericht mit der Klage gegen die Hartz-IV-Sanktionen befassen. Mit einem Urteil ist nicht so schnell zu rechnen. Deshalb sind wir sicher gut beraten, im Kampf gegen die Hartz-Gesetze auch im 16. Jahr der Montagsdemonstrationen nicht locker zu lassen!



Nach unserer letzten Montagdemo am 17. Dezember konnten wir in gemütlicher Atmosphäre unsere Weihnachtsfeier abhalten und feiern, dass wir schon so lange durchhalten und unseren Beitrag dazu geleistet haben, dass die Kritik an den unsozialen Hartz-Gesetzen niemals verstummt ist. Dass die SPD jetzt so am Boden liegt, ist nicht nur Folge der besonders von ihr verschuldeten Hartz-Gesetze, sondern vor allem auch des anhaltenden Kampfes dagegen. Weg mit den Hartz-Gesetzen! Weg mit Sanktionen! Weg mit der unwürdigen und diskriminierenden Behandlung!

Inzwischen fordert der Deutsche Landkreistag die Abschaffung der verschärften Sanktionen für Unterfünfundzwanzigjährige. Zu hoffen, dass die SPD und die Grünen das jetzt „kapiert“ hätten und wieder „sozialer“ würden, bringt dabei reichlich wenig! Mit Haut und Haaren vertreten diese Parteien die Interessen des Großkapitals, ganz wie die CDU/CSU und die FDP, auch wenn sie verbal versuchen, anders zu erscheinen. Nachdem Andrea Nahles kürzlich so klang, als ob sie Hartz IV „überwinden“ wolle, hört sie sich jetzt schon wieder ganz anders an. Lediglich die Bezugsdauer von ALG I will sie verlängert haben, aber keinesfalls ein „bezahltes Nichtstun“ haben. Welche Frechheit gegenüber all jenen, die nie eine Chance bekommen haben, dazu mit unüberhörbarem Unterton, Hartz-IV-Abhängige seien faule Nichtstuer!

Noch-CSU-Chef Seehofer, der „deutsche Trump“ und leider noch Innenminister, setzt seine rassistische Hetze vor allem gegen Flüchtlinge fort. „Sündenböcke“ wurden schon früher gern aufgebaut, um die Wut von sich selbst auf andere abzulenken! Nach dem faschistischen, rein rassistisch motivierten Mordanschlag in Essen/Bottrop war seine erste Reaktion nicht etwa dagegen gerichtet, sondern eine Forderung, die Gesetze weiter zu verschärfen, um Asylbewerber schneller abschieben zu können. Als Anlass nahm er die Schlägerei von besoffenen Ausländern in Cottbus. Diese will ich in keiner Weise rechtfertigen. Aber kann man das mit einem gezielten Mordanschlag vergleichen, bei dem jemand mehr-

fach in voller Fahrt in eine Menschenmenge rast, nur weil er darin Personen mit dunkler Hautfarbe erblickt?

Und die Medien? Im Fall des faschistischen Attentäters von Bottrop wird sofort darüber sinniert, ob er vielleicht „krank“ sei oder „Probleme“ habe, und es wird von einer „Amokfahrt“ gesprochen. Wäre der Täter Syrer oder Marokkaner gewesen, lautete die Sprachregelung sicherlich „islamistischer Terrorist“. So wird mit zweierlei Maß gemessen und der Rassismus institutionell gefördert, vor allem von Horst Seehofer. Deswegen ist die Forderung nach wie vor aktuell: Sofortiger Rücktritt von Seehofer als Innenminister!

Die rassistische Hetze wird besonders von der „Bild“-Zeitung gefördert. In „Stürmer“-Manier hetzt sie gegen Alassa Mfoupon, einen Asylbewerber aus Kamerun. Weil er eine Christin geheiratet hatte, musste er fliehen. Auf der Flucht ertrank sein Sohn. Er kam in das Lager in Ellwangen. Dort fand vor ein paar Monaten der brutale Überfall der Polizei statt auf Befehl von Grünen-Ministerpräsident Kretschmann und CDU-Innenminister Strobl. 500 Polizisten stürmten mit Hunden die Unterkunft und traten Türen ein, die gar nicht geschlossen waren. Sie verletzten und traumatisierten die Bewohner, die schon durch Verfolgung und Flucht traumatisiert waren.

Dagegen beteiligte sich Alassa an einer Demonstration. Er nahm sein demokratisches Recht wahr und klagte gegen das Land Baden-Württemberg. Kurz darauf wurde er abgeschoben. Kurz vor Weihnachten, als die sechs Monate Einreiseperrre abgelaufen waren, kam er nun zurück nach Deutschland, um hier erneut seinen Asylantrag zu stellen. Dagegen hetzte die „Bild“-Zeitung mit reißerischem Artikel auf Seite 1 und behauptete, ein „krimineller“ abgeschobener Ausländer sei „illegal zurückgekehrt, um hier Stütze zu kassieren“. „Sofort hinter Gitter!“ titelte „Bild“ und veröffentlichte in Großformat das Bild von Alassa, was schon einer Art Steckbrief gleichkommt und Faschisten auf den Plan ruft. Solidarität mit Alassa Mfouapon! Schluss mit der rassistischen Hetze! Zusammenschluss aller Unterdrückten, gleich welcher Hautfarbe!

Am kommenden Wochenende, am **Sonntag, dem 13. Januar 2019**, findet in **Berlin** die alljährliche **Demonstration** zu Ehren von **Lenin, Liebknecht und Luxemburg** statt. Diesmal jährt sich zum 100. Mal die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Es wird wieder die größte Demonstration europaweit für eine andere Gesellschaft werden: den Sozialismus. 100 Jahre ist es auch her, dass in Deutschland Revolution war. Sie wurde brutal auf Befehl der SPD-Regierung niedergeschlagen. Eine Lehre aus ihrem Scheitern ist: Die Arbeiter und ihre Verbündeten brauchen ihre eigene Führung – keine SPD, die sich im Zweifel den Kapitalinteressen unterordnet. Die Gründung der KPD kam objektiv zu spät. Eine weitere Lehre ist: Es darf nie wieder vorkommen, dass eine Revolution oder andere Befreiungsbewegung scheitert, weil sie isoliert und alleingelassen ist. Aktuell heißt das zum Beispiel: Unterstützen wir den kurdischen Freiheitskampf gegen die drohende Invasion in Nordsyrien gegen das faschistische türkische Erdogan-Regime. Hände weg von Rojava!

Wer mitfahren will zur „LLL-Demo“ in Berlin, kann sich uns gern anschließen. Ich fahre schon am **Samstag, dem 12. Januar 2019**, zusammen mit Freunden mit dem Wochenendticket nach Berlin. Wir treffen uns um **8:15 Uhr** im **Hauptbahnhof** am „Infopoint“. Nachmittags und abends findet eine MLPD-Veranstaltung zum Thema „100 Jahre Novemberrevolution – 50 Jahre Parteaufbau der MLPD“ statt. Am Sonntag beginnt dann um 10 Uhr die Demo zum Friedhof in Lichtenberg. Wieder zurück in Bremen sind wir um circa 21.30 Uhr. Wer mit will, muss pünktlich sein! Wer noch einen Schlafplatz im Hostel braucht (ab zwölf Euro), kann sich an mich wenden.

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Erst Bankenrettung, dann Sozialkürzung: Und in der Folge sind die Rechten auf dem Vormarsch („*Spiegel-Online*“)

Politische Dummheit: AfD-Magnitz redet furchtbares Zeug und wird niedergeschlagen („*Spiegel-Online*“)

Am **Montag, dem 14. Januar 2019**, will um **18 Uhr** auf dem **Goethe-Platz** die **AfD** eine **Kundgebung** unter dem Motto „**Demokraten gegen Gewalt**“ abhalten.

Die nächste **Montagsdemo mit Offenem Mikrofon** beginnt am **21. Januar 2019** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die nächsten Termine sind **4. und 18. Februar** sowie **4. und 18. März**, also immer in den geraden Wochen.

## Fake News aus Nürnberg

Man sollte den monatlichen Fake News aus Nürnberg über den Endsieg gegen die Arbeitslosen nicht unbesehen glauben. Sehen wir doch mal in die Daten von Destatis für das letzte angegebene Jahr, aktuell 2017: „Atypische Beschäftigung, ‚Kernerwerbstätige‘ nach Erwerbsformen und sonstige Erwerbstätige, Ergebnisse des Mikrozensus, in 1.000“.

Das sind ja sehr viel weniger Erwerbstätige, als es die Bundesagentur damals vermeldete! „Sonstige Erwerbstätige“ in den beiden Spalten ganz rechts sind minijobbende Rentner (1,181 Millionen), Schüler und Studenten (3,301 Mio.). Zieht man diese 4,482 Mio. Nichterwerbspersonen von den 41,641 Mio. aller Erwerbstätigen ab, so hatte man 2017 nur noch 37,158 Mio. erwerbstätige „Kernerwerbspersonen“.

Aber wie viele Erwerbspersonen haben wir? Die Differenz wäre die Arbeitslosigkeit. Dazu wird uns unten auf der Seite ein Link in die Genesis-Datenbank an-

geboten. Wir brauchen die Tabelle „13321 Employment accounts“, auf Deutsch: Erwerbstätigenrechnung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (national).

Wir haben die Auswahl zwischen zwei Berechnungsmethoden, einmal monatlich und einmal pro Quartal: „13321-0005 Economically active population (incl. rates of change): Germany, months, original / seasonally adjusted values“ sowie „13321-0006 Economically active population (incl. rates of change): Germany, quarters, original / seasonally adjusted values“.

Im Dezember 2017 gab es etwa 45,616 Mio. Erwerbspersonen, von denen aber nur 37,159 Mio. ein Einkommen hatten. Die Differenz von 8,457 Mio., rund **8,5 Millionen**, hatte kein Erwerbseinkommen, ist also erwerbslos und muss daher als **Arbeitslosenzahl** im landläufigen Sinn betrachtet werden.

Die Bundesagentur berichtete doch etwas anderes? Schauen wir mal ins Archiv und vergleichen: „Arbeitsmarkt-Jahreszahlen (AMA) – Deutschland“. Man wähle 2017, lade die PDF-Datei runter und staune:

„1.2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts hat die Erwerbstätigkeit (nach dem Inlandskonzept) im Jahresdurchschnitt 2017 um 653.000 oder 1,5 Prozent auf 44,29 Mio. zugenommen, nach +569.000 oder +1,3 Prozent im Jahr 2016. Damit erreicht die Erwerbstätigkeit ihren höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.“

Destatis fand aber nur 41,616 Mio.? Was ist mit dem 2,67-Mio.-Plus in den Zahlen der Bundesagentur? Das sind erwerbslose Erwerbspersonen, die keine Arbeitslosen nach SGB III sind und daher umgebucht werden. Eine Erwerbsperson, die nicht arbeitslos ist, muss doch erwerbstätig sein, oder? So ist die Logik dahinter. Diese müssen auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach SGB III aufgeschlagen werden.

„4.1 Arbeitslosigkeit im Bund und in den Ländern. Im Jahresdurchschnitt 2017 waren in Deutschland 2.533.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 158.000 oder sechs Prozent weniger als vor einem Jahr. Weil insbesondere für geflüchtete Menschen mehr entlastende Arbeitsmarktpolitik eingesetzt wurde, ist die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die solche Effekte berücksichtigt, weniger gesunken als die Arbeitslosigkeit; im Jahresdurchschnitt 2017 hat sie sich um 61.000 oder zwei Prozent auf 3.517.000 verringert. Für Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung werden die niedrigsten Stände seit der Wiedervereinigung ausgewiesen.“

Damit waren in den Datenbanken der Bundesagentur 5,2 Mio. erwerbslose Erwerbspersonen registriert. Das sind die 2,533 Mio. registrierten Arbeitslosen nach SGB III und die 2,67 Mio. kreativ umgebuchten Arbeitslosen. Damit diese nicht in der Unterbeschäftigung auftauchen, gibt es viele Möglichkeiten, sie aus den Zahlen zu werfen. Kein Anspruch auf ALG I oder II ist da eine Möglichkeit. Die restlichen 3,5 Mio. sind dann so etwas wie eine „stille Reserve“.

Das Buzzword Digitalisierung ist auch nur eine Umschreibung für Rationalisierung. Diese frisst jedes Jahr rund 4,5 Prozent aller Arbeitsplätzchen. Demgegenüber entstehen durch Wirtschaftswachstum im sehr langen Schnitt so irgendetwas um die zwei bis 2,5 Prozent. Bleibt also eine Lücke von mindestens zwei

Prozent. Die demografische Entlastung des Arbeitsmarktes liegt die letzten Jahre irgendwo zwischen einem halben und einem Prozent, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus dem SGB II (Hartz IV) in das SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit) abgeschoben werden.

*Zuschrift von Uwe Borchert, Karlsruhe*

Der gloriose Sieg von Hartz IV einmal anders betrachtet: Wissenschaft gegen die besten Statistiker der Bundesregierung in Gestalt der Bundesagentur für Arbeit. Aus fünf Millionen Arbeitslosen 2005 sind anscheinend acht Millionen 2017 geworden, die nun kreativ auf 2,5 Millionen „entlastet“ werden. Viel Spaß beim Nachrechnen in stillen Stunden! Vom gleichen Autor gab es 2008 den Aufsatz „Kreatives Zählen“, der die Methoden anschaulich macht. Möglicherweise sollte mal im Bundestag nachgefragt werden, wozu die Bundesagentur so viel Geld an Leute ausgibt, die nicht einmal richtig rechnen können oder wollen.

*Michael Waldmann, Karlsbad*

CDU-Harbarth stimmte als Abgeordneter für Sanktionen: Und leitet jetzt als Verfassungsrichter die Verhandlung darüber („*Neues Deutschland*“)

Steht das Recht auf menschenwürdige Existenz allen Menschen zu:  
Oder nur jenen, die sich dem „Grundsatz des Förderns und Forderns“  
fügen? („*Legal Tribune Online*“)

Über zehn Prozent Kürzung reden wir nicht, aber: „Was ist denn  
der Unterschied zwischen dem Existenzminimum und dem  
unerlässlichen Existenzminimum?“ („*Die Welt*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 692. Bremer Montagsdemo

## am 21. 01. 2019

### Mit diesen Mietrichtwerten sind bezahlbare Wohnungen nicht erreichbar



1. Das neue Jahr ist da, die Zeit der Antworten und Nachfragen der Leistungsträger. Oftmals ist für die Reaktion eine Frist gesetzt. Sie ist unbedingt einzuhalten. Aufgrund der **Überprüfungsanträge** müssen die Leistungsträger antworten, allerdings haben sie für die Antwort sechs Monate Zeit. Wer eine Antwort oder Nachfrage erhalten hat und weitere Informationen braucht oder unsicher ist, hole sich

Unterstützung bei den Beratungsstellen oder komme einfach vorbei.

Wir sind augenblicklich alle zwei Wochen auf dem Marktplatz, jeweils in den geraden Kalenderwochen. Für die Untermauerung des Nachzahlungsanspruchs der Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft, also der Miete, gibt es weitere Argumente, entsprechend der Reaktion des Leistungsträgers. Also nicht abwimmeln lassen, sondern vorbei kommen! Wir haben die Argumente.

Mit dem Antrag auf Überprüfung im Jahr 2018 ist die eventuelle Kürzung der laufenden Leistung nicht aufgehoben, nicht beseitigt, nicht abgewehrt. Wer aktuell die Kosten der Unterkunft nicht voll erstattet bekommt, sollte einen entsprechenden Antrag beim Leistungsträger stellen. Dabei auch gleich nach der Bearbeitungszeit für den Überprüfungsantrag fragen, falls dieser aus gleichem Grund gestellt wurde. Mit dieser Vorbereitung die Hilfe des Sozialgerichts erbitten und die Auswirkung der Unterzahlung beschreiben, damit klar wird, dass es eilt.

Bei einer Mietdifferenz kann die Überprüfung des „schlüssigen Konzepts“ für die Festsetzung von Mietobergrenzen nicht ohne nicht wiedergutzumachende Nachteile abgewartet werden. Der Wunsch auf Hilfe durch Klage im Eilverfahren wird von der Rechtsantragsstelle des Gerichts aufgenommen. Im Eilverfahren entscheidet das Gericht in Bremen nicht rückwirkend, sondern entscheidet ab dem Tag der Klageeinreichung.

Bitte den Ausweis, den aktuellen Bescheid und Schriftwechsel mit dem Leistungsträger sowie einen aktuellen Kontoauszug mitnehmen. Die Klage ersetzt keinen Widerspruch; daher den Widerspruch vor der Klage beim Leistungsträger einwerfen (diesmal auch ohne Eingangsstempel) und eine Kopie zur Rechtsantragsstelle mitnehmen. Die Antwort des Leistungsträgers muss nicht abgewartet werden.

2. Wie hoch sind nun die aktuellen **Mietobergrenzen** in Bremen? Auf der Sitzung der Deputation für Soziales vom 1. November 2018 wurden eine neue Verwaltungsanweisung für die Kosten der Unterkunft und die Begründung dafür vorgestellt. Über die Tagesordnung der städtischen Deputation ist diese Vorlage 262/19 aufzurufen. Beim Jobcenter Bremen sind die neuen Werte bereits eingearbeitet.

Sie betragen 471 Euro für einen Haushalt mit einer Person, 481 für zwei, 599 für drei, 657 für vier, 765 für fünf, 857 für sechs, 949 für sieben Personen und 92 Euro für jede weitere Person. In diesen Richtwerten sind die Nebenkosten einschließlich Wasser und Abwasser enthalten, nicht jedoch die Heizkosten. Für einige Stadtteile gibt es Zuschläge, und zwar zehn Prozent für Findorff, Oberneuland, Östliche Vorstadt und Walle, 15 Prozent für Neustadt und Überseestadt, 25 Prozent für Horn-Lehe, Schwachhausen, Mitte und Borgfeld.

Sozialwohnungen gelten immer als angemessen, ihre Miete wird ungekürzt erstattet. In der Verwaltungsanweisung stehen weitere Besonderheiten, auch für den Verbleib in einer zu teuren Wohnung. Daher bitte auch die Verwaltungsanweisung und die Arbeitshilfe hierzu lesen, wenn die Mietrichtwerte nicht ausreichen. Die gesetzlichen Grundlagen zu Unterkunft und Heizung sind auf der Website der Senatorin für Soziales zu finden.

Diese Anweisungen an die Verwaltung sind allerdings durch die Reaktion auf das Urteil des Sozialgerichts Bremen überholt, auf dessen Seiten folgende Zusammenfassung zu finden ist: „Urteil der 28. Kammer vom 15. Juni 2018 (Aktenzeichen S28 AS 1213/16). Die aufgrund der Verwaltungsanweisung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen der Freien Hansestadt Bremen zu § 22 SGB II, §§ 35, 36 SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz vom 1. Januar 2014 für den Zeitraum Januar 2014 bis Februar 2017 festgesetzten Mietobergrenzen beruhen nicht auf einem schlüssigen Konzept im Sinne der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts.“

Dementsprechend ist für den genannten Geltungszeitraum die seitens des Jobcenters Bremen nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch zu tragende Bruttokaltmiete nicht auf die dort festgesetzten Werte zu begrenzen. Da zumindest für die Zeit bis zum 1. März 2016 ein Ausfall lokaler Erkenntnismöglichkeiten gegeben ist, ist zur Bestimmung der Obergrenze der angemessenen Bruttokaltmiete daher auf die um einen Sicherheitszuschlag in Höhe von zehn Prozent erhöhten Werte von § 12 Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung zurückzugreifen.“

Das Sozialgericht Bremen hat in diesem Urteil Fehler bei der Festsetzung der angemessenen Kosten der Unterkunft festgestellt. Haarsträubend! Selbst das Gutachten ist nicht gerichtsfest. Bremen hat bei den anhängigen Verfahren die Mietrichtwerte zum 1. März 2017 bereits ab 1. März 2016 anerkannt, siehe Seite 16 des Urteils, letzter Absatz. Die Verwaltungsanweisung zum 1. März 2017 steht im „Transparenzportal“.

Was ist mit den Zuschlägen für bestimmte Ortsteile? Das Sozialgericht hat im vorstehend beschriebenen Verfahren nicht darüber entschieden. Es hat den Rückgriff auf die Tabelle des Wohngeldgesetzes mit dem totalen Erkenntnisausfall begründet. Die Zuschläge für einzelne Ortsteile in Bremen sind langfristig erprobt und daher gesicherte Erkenntnis. Sie waren nicht Gegenstand des Verfahrens. Wer Bedarf hat, sollte die Zuschläge beantragen. Wenn das Jobcenter ablehnt, muss auch dieser Punkt mit Hilfe des Gerichts geklärt werden.

Die Mietrichtwerte werden vom Jobcenter oftmals als Obergrenze gehandhabt und somit nur Bewilligungen bis zu dieser Höhe erteilt. Da die Wohnungen aber knapp sind, werden teilweise Zusatzvereinbarungen vom Antragssteller eingefordert, zum Beispiel dass der Antragssteller sich verpflichtet, einen Teil der Kosten der Unterkunft selbst zu tragen und somit auf die Erstattung durch das Jobcenter verzichtet.

Wer eine solche Vereinbarung unterschrieben hat, kann diese widerrufen, denn das Jobcenter hat hier unstrittig eine Zwangslage ausgenutzt. Wenn das Jobcenter ablehnt, die Ablehnung schriftlich mitnehmen. Mit dem Vermieter der Wohnung eine Frist von acht Tagen vereinbaren und gegen die Ablehnung die Hilfe des Gerichts erbitten, weil Bremen die tatsächliche Anmietbarkeit nicht geprüft hat.

Die aktuellen Mietrichtwerte ab 1. März 2017, im Klageverfahren grundsätzlich ab 1. März 2016 zugestanden, sind wahrscheinlich wieder nicht gerichtsfest. Die vom Sozialgericht Bremen im vorstehenden Urteil vom 15. Juli 2018 nach einer Klage aus dem Jahr 2016 festgestellten Mängel und Fehler sollen bereits bei der Festsetzung der „angemessenen“ Mietrichtwerte ab 1. März 2017 nicht vorgekommen sein, das heißt alle Anmerkungen und Feststellungen des Gerichts wurden berücksichtigt.

Vorgestellt wurden die aktuellen Mietrichtwerte in der städtischen Deputations Sitzung am 23. Februar 2017 in der Vorlage 137/17. Dabei wurde auf Seite 3 ausführlich begründet, dass die entsprechenden Wohnungen ausreichend zur Verfügung stünden. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus: Die Zahlen des Jobcenters Bremen zeigen, dass Wohnungen in jeder Größe fehlen und mit diesen Mietrichtwerten bezahlbare Wohnungen nicht erreichbar sind.

In den Datensätzen des Jobcenter sind die tatsächliche und die anerkannte Miete hinterlegt. Die Differenz zulasten der Erwerbslosen beträgt aktuell rund 300.000 Euro pro Monat, hinzu kommen die Minderzahlungen für die Sozialhilfe. In der Statistik der Bundesagentur zu den Kosten der Unterkunft wird der Monat

angezeigt, für den diese Statistik aktuell erstellt wurde, derzeit September 2018. In der aufgerufenen Auswertung sind in Tabelle 1a die Mieten abgebildet.

Die tatsächlichen und die anerkannten Kosten der Unterzahlung sind für die Bedarfsgemeinschaften nach Anzahl der Personen aufgeschlüsselt, nicht nach Wohnungsgröße. Die laufende Unterzahlung, die sich hieraus errechnen lässt, beträgt insgesamt 298.765 Euro, für Einpersonenhaushalte 115.969 Euro, für Zweipersonenhaushalte 73.641 Euro. Wird sich in einer Klage auf solche Unterlagen bezogen, so reicht der Link nicht aus. Die Unterlage ist in Papierform beizufügen, die „Excel“-Tabellenkalkulationsdatei muss also heruntergeladen und ausgedruckt werden.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

*Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)*

Hass ist nicht das Problem: Rechtspopulismus in privaten Kategorien zu verhandeln ist typisch neoliberal („Junge Welt“)

Massive Grundrechtsverletzung: Nur in autoritären Regimen werden bestimmte Moralvorstellungen durch staatliche Repression durchgesetzt („Tagesspiegel“)

Trump zerschlägt die Bundesverwaltung: Aber die Genehmigungsverfahren für Fracking-Anträge laufen trotz Haushaltssperre weiter („Die Zeit“)

## Freitags Schulstreik fürs Klima



„Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“, so schallte es letzten Freitag über den Bremer Marktplatz. Zum dritten Mal streikten auch Bremer Schülerinnen und Schüler für einen sofortigen Kohleausstieg und für mehr Klimaschutz. „Wir müssen starten statt zu warten“ oder „Schulstreik fürs Klima“ stand auf den Plakaten. Beim ersten Mal hatten sich nur einige wenige Schüler versammelt. Am 11. Januar 2019 waren bereits 200 Schüler gekommen, und am letzten Freitag waren es schon

über 500. Sie folgten damit dem Aufruf der internationalen Jugendbewegung „Fridays for Future“.

In Deutschland haben sich in 56 Städten über 30.000 Jugendlichen am Schulstreik beteiligt, in der Schweiz 22.000. In Frankreich verbanden sich die Jugendproteste gegen die Umweltpolitik der Regierung mit den „Gelbwesten“. In der belgischen Hauptstadt Brüssel protestierten 12.500 Schüler und Studenten mit demselben Anliegen. Ausgelöst wurden die Proteste durch den Aufruf der 16-jährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg. Sie protestiert seit Monaten immer freitags für mehr Klimaschutz.

Einige Lehrer waren auf dem Marktplatz auch dabei: „Als Beamter darf ich nicht streiken. Aber meine Schüler haben mich motiviert, bei dem Protest mitzumachen. Ich finde es richtig gut von meinen Schülern. Man sagt ja oft, dass die jüngeren Menschen so unpolitisch seien. Aber das stimmt nicht. Das sieht man hier ja deutlich. Es geht um ihre Zukunft. Sie müssen mit den Konsequenzen der heutigen Umweltpolitik leben.“ Einige Bremer Schulen tolerieren das und akzeptieren beispielsweise von Eltern unterschriebene Entschuldigungen. Andere Schulen werten die Teilnahme der Schüler als Fehlstunden. Es gab in verschiedenen Städten auch massive Einschüchterungsversuche, ausgehend von Kultusministerien und Drohung einiger Schulleiter mit disziplinarischen Maßnahmen bis hin zu Verweisen. Aber kaum jemand ließ sich von diesen Drohungen einschüchtern.

Die Herrschenden fürchten sich vor dieser anwachsenden Massenbewegung und wollen sie unbedingt eindämmen oder in eine Sackgasse laufen lassen. Dazu gehört auch das Vorhaben, die Klagerechte der Umweltverbände massiv einschränken. Der Bremer Senat tut sich dabei besonders hervor: Auf seine Initiative hin wurde auf der letzten Justizministerkonferenz der Beschluss gefasst, Verbandsklagen der Umweltverbände durch die sogenannte Präklusion – den Ausschluss von Einwänden – zu erschweren. Das hätte zum Beispiel zur Folge gehabt, dass der BUND kein Gerichtsurteil für den Stopp der Rodung des Hambacher Waldes erwirken könnte. Dieses Klagerecht braucht die neue Umweltbewegung, um den aktiven Widerstand gegen die kriminellen Hauptverursacher in den Cheftagen mit juristischen Möglichkeiten wirksam zu begleiten.

Die CDU hat auch nichts Besseres zu tun, als die Gemeinnützigkeit der „Deutschen Umwelthilfe“ überprüfen zu lassen. Diese hat nichts anderes getan, als die Gesetze zu verteidigen, und deshalb Konzerne abgemahnt, die sich nicht daran halten. So hat sie erfolgreich Fahrverbote wegen Überschreitung der Schadstoffgrenzwerte eingeklagt. Der CDU-Parteitag hat im Dezember beschlossen, dass sie eine Streichung der öffentlichen Mittel für die „Umwelthilfe“ erreichen will. Außerdem will die CDU dem Verein die Gemeinnützigkeit und das Klagerecht aberkennen. Klar ist: Die CDU will eine Nichtregierungsorganisation, die sich mutig mit der Autolobby anlegt, mundtot machen.

Damit werden sie nicht durchkommen! Der Vorstoß der Justizminister hat wenig Aussicht auf Erfolg, weil sich die Umweltbewegung das nicht gefallen lässt

und weil die Rechte der Umweltverbände gerade erst zu internationalem Recht geworden sind. Es ist eine neue Umweltbewegung entstanden, in der die Rebellion der Jugend eine besondere Rolle spielt. Dabei wird die Kritik am Festhalten an der fossilen Verbrennung durch die Regierungen und die Konzerne immer mehr ins Zentrum gerückt und der Wunsch nach einer alternativen Gesellschaft sichtbar. Das ist ein ermutigendes Zeichen mit Zukunft!

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Das bisschen Feinstaub: Ist doch kein Problem,  
sagt mein Arzt („Spiegel-Online“)

Nancy hat ihn weichgekocht: Trump muss Demokraten-Vorschlag  
zur Unterbrechung seiner Haushaltssperre zustimmen („Die Zeit“)

Theresa May schlägt nur noch die Zeit tot: Damit bis Ende März niemand  
den „Brexit“-Antrag zurückziehen kann – wenn es dann keinen  
Austrittsvertrag gibt, ist es ja nicht ihre Schuld („Spiegel-Online“)

Da ist immer noch die Bedürftigkeitsprüfung: Ein Hartz IV ohne Sanktionen  
wäre noch lange kein bedingungsloses Grundeinkommen („Weser-Kurier“)

## „Fördern und Fordern“ ist eine Anmaßung



1. In Deutschland besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung ebenso viel Vermögen wie die 87 ärmeren Prozent, allein im letzten Jahr stieg das Vermögen der Milliardäre um ein Fünftel. Weltweit klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer noch weiter auseinander. Das ist kein Zufall, sondern hat System – und dazu gehört hierzulande auch Hartz IV mit seinen Sanktionen gegen Erwerbslose.

Letzte Woche begann die Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht über die Zulässigkeit dieser Sanktionen. SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil verteidigt sie weiterhin. Von wegen, die SPD wolle **Hartz IV** abschaffen! Heil versucht weiter zu spalten: Leute, die jahrzehntelang gearbeitet haben und dann nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit in Hartz IV fallen, sollen ein bisschen mehr bekommen – aber auf keinen Fall die Langzeitarbeitslosen oder gar solche Menschen, die nie eine Chance bekommen hatten. Sigmar

Gabriel äußerte sich in dem Sinne, wer jahrzehntelang gearbeitet habe, dürfe doch nicht auf eine Stufe gestellt werden mit einem, der in der Fußgängerzone Mandoline spielt.

Etwas versteckt bringen beide SPD-ler ihren Abscheu über die Millionen Hartz-IV-Empfänger zum Ausdruck, verbrämt durch das unsägliche „Fördern und Fordern“. Wer sich also eines „Meldeversäumnisses“ schuldig macht oder gar einen „zumutbaren“ Job ablehnt, dem muss in aller Härte auch das wenige, was er oder sie noch zum Leben hat, genommen werden. Komischerweise spielt es da keine Rolle, wie der gesundheitliche und psychische Zustand ist. Wenn jedoch ein Faschist in massenmörderischer Absicht in eine Gruppe von Menschen rast, die eine andere Hautfarbe haben als er selbst, wird gleich gefragt, ob er nicht „krank“ sei und vielleicht Hilfe brauche.

Stephan Harbarth, der neue stellvertretende Vorsitzende am Bundesverfassungsgericht, hat noch im Juni 2018 als CDU-Abgeordneter ebenfalls für Sanktionen gestimmt und soll jetzt darüber zu Gericht sitzen und entscheiden. Sowie so sind wir gut beraten, uns nicht nur auf Gerichte zu verlassen. Entscheidend ist, was auf der Straße passiert, wie zum Beispiel die „Gelbwesten“-Bewegung in Frankreich zeigt. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Wir sind derzeit viel zu wenige auf der Straße, auf der Montagsdemo – und wer deshalb nicht kommt, weil es ihm zu wenige sind, sollte gefälligst dafür sorgen, dass wir mehr werden, anstatt darüber zu klagen!

Vor allem sollten wir nicht auf die Rattenfänger der AfD reinfallen, die sich als „Protestpartei“ und „Kümmerer“ aufzuspielen versucht – und dazu immer mehr Presse bekommt, nicht nur, wenn einer von ihnen öffentlichkeitswirksam angegriffen wird. Die AfD will alles privatisieren, ob Renten- oder Krankenversicherung. Jeder soll selbst für sich sorgen! Die Mietwucherer wie Vonovia werden von ihr nicht angegriffen, nein: Sie sollen noch mehr Profite machen können. Sogar den kläglichen Versuch hin zu sozialeren Mieten, die Mietpreisbremse, will die AfD abschaffen.

2. Es ist Zeit, die AfD abzuschaffen! In widerlicher, rassistischer Weise wird gegen die Asylsuchenden gehetzt und die Lüge verbreitet, ihnen würde es besser gehen, als den deutschen Arbeitslosen. Tatsache ist: Ein Asylsuchender bekommt maximal 354 Euro im Monat, das ist 17 Prozent weniger als der Hartz-IV-Regelsatz von 424 Euro, und wenn er in einer Sammelunterkunft lebt, sogar nur 135 Euro „Taschengeld“.

Letzte Woche wurde im Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und AfD eine weitere Aushöhlung des Asylrechts beschlossen: Tunesien, Marokko, Algerien und Georgien wurden zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt, wie zuvor schon die ehemaligen jugoslawischen Staaten und etwa Afghanistan. Die tatsächliche Lage der Menschen dort, die ständig **Krieg**, Unterdrückung, Folter und Hunger ausgesetzt sind, interessiert nicht.

Wer aus einem anderen Land kommt, wird wieder zurückgejagt, wenn er über ein „sicheres Herkunftsland“ eingereist ist, also über Österreich, Italien oder Frankreich. Wie soll man denn sonst hierher gelangen? Die Grünen haben nicht zugestimmt mit der Begründung, sie hielten das Gesetz für „überflüssig“. Wirklicher Protest gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts sieht anders aus! Noch- Innenminister Seehofer plant, Abschiebebehäftlinge wie Kriminelle in normale Gefängnisse zu stecken. Dieser Mann muss zurücktreten, nicht nur als CSU-Chef!

3. Letzte Woche demonstrierten Zehntausende Schüler gegen die Klimapolitik der Regierungen. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“, skandierten sie, nicht nur in Bremen, sondern auch in Nürnberg, Saarbrücken, Hannover und den meisten deutschen Großstädten, Allein in Brüssel waren 12.500 auf der Straße. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Gletscher und das Polareis noch viel schneller schmelzen als bisher angenommen. Auch hier ist interessant, was die AfD dazu sagt, nämlich: „Klimaschutzpolitik ist ein Irrweg“, so bei Europawahlversammlung letzte Woche. Sie fordert den Ausbau der Braunkohleförderung und -verbrennung. Die Schüler machen es richtig: Raus auf die Straße, laut sein!

Am letzten Sonntag fand bei der „LLL-Demo“ in Berlin das Gedenken an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wladimir Lenin statt. 100 Jahre sind seit der Ermordung von Karl und Rosa am 15. Januar 1919 vergangen. Die Gewaltakte hatten die ausdrückliche Billigung der SPD-Regierung. So sagte Wolfgang Thierse von der SPD neulich, es sei „zwar schade“, dass in der Novemberrevolution Leute „umkamen“, aber das sei notwendig gewesen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Damals wie heute tut die SPD alles, um die herrschende Gesellschaftsordnung, die Alleinherrschaft des Finanzkapitals, zu schützen. Karl und Rosa wurden ermordet, weil sie gegen dieses Gesellschaftssystem kämpften, weil sie es auf revolutionärem Weg überwinden wollten und die Massen dabei anführten. Am übernächsten **Sonntag, dem 3. Februar 2019**, findet ab **11 Uhr** das Gedenken der **Opfer der Niederschlagung der Bremer Räterepublik** auf dem Waller Friedhof statt.

Die wichtige Lehre lautet: Nie wieder darf es sein, dass eine Befreiungsbewegung oder Revolution scheitert, weil sie keine Unterstützung erfährt! Deshalb Solidarität mit dem Freiheitskampf der Kurden und Palästinenser! Erdogan plant eine Invasion in **Nordsyrien** und hat bereits auf einer Länge von 500 Kilometern Panzer und andere schwere Waffen aufgefahren und Truppen zusammengezogen. Am „**Tag X**“ wird es um **18 Uhr** eine **Demonstration** ab **Leibnizplatz** geben.

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Die nächste **Montagsdemo mit Offenem Mikrofon** beginnt am **4. Februar**

**2019** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Die nächsten Termine sind **18. Februar** sowie **4. und 18. März**, also immer in den geraden Wochen.

„Verdi“ lädt ein zum **Vortrag** über die „**Gelbwesten**“-**Bewegung** in Frankreich im Kampf gegen die Regierung am **5. Februar 2019** um **19 Uhr** im **DGB-Haus** am Bahnhofsplatz (großer Saal 1. Etage).

Klassenkampf von oben: Mit Deckung von Präsident und Regierung geht die französische Polizei mit brutaler Gewalt gegen „Gelbwesten“ vor  
(„*Nachdenkseiten*“)

Die SPD richtet sich selbst zugrunde: Hoffnung bei dieser Parteispitze besteht keine („*Hamburger Morgenpost*“)

Trotz Knacklaut: Auch das „Gendersternchen“ macht *diverse* „Leser\*innen“ nicht besser hörbar als *diverse* „Leser(innen)“ („*Neues Deutschland*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 693. Bremer Montagsdemo

am 06. 02. 2019

## Jedem dritten Arbeitslosen fehlt Geld für vollwertiges Essen



Wie eine Überschrift die Geschichte dahinter verharmlosen kann, ist mit dem Titel „Arbeitslosen fehlt Geld für gutes Essen“ zu erahnen. Im Internet hat der „Weser-Kurier“ seine Überschrift und den Inhalt verändert. Folgende Aussage ist treffender und im Artikel umfassender: „Vielen Arbeitslosen fehlt das Geld für Essen. Jeden zweiten Tag eine volle Mahlzeit ist für ein Drittel der Erwerbslosen in Deutschland oft zu teuer. Das geht aus einer Auswertung des Statistischen Bundesamts hervor.“

Wie eine Überschrift die Geschichte dahinter verharmlosen kann, ist mit dem Titel „Arbeitslosen fehlt Geld für gutes Essen“ zu erahnen. Im Internet hat der „Weser-Kurier“ seine Überschrift und den Inhalt verändert. Folgende Aussage ist treffender und im Artikel umfassender: „Vielen Arbeitslosen fehlt das Geld für Essen. Jeden zweiten Tag eine volle Mahlzeit ist für ein Drittel der Erwerbslosen in Deutschland oft zu teuer. Das geht aus einer Auswertung des Statistischen Bundesamts hervor.“

Die Armut ist nicht auf Erwerbslose begrenzt. Es fehlt an allen Ecken und Kanten. Jede Kleinigkeit bringt die Haushaltsplanung durcheinander, und gespart werden kann langfristig nur am Essen! In diesem Zusammenhang bitte auch die Wirkung einer Sanktion oder einer Mindererstattung der Miete überdenken, denn die Langzeitwirkung ist leider sicher: Die Folgen der Mangelernährung sowie der anderen Widrigkeiten durch Ausschluss von der Teilhabe sind langfristig, und die Behandlung wird kostenintensiv.

Beinträchtigt wird auch das Leistungsvermögen der Erwerbslosen, die Vermittlungschancen werden beseitigt. In Bremen beträgt die Mindererstattung der Kosten der Unterkunft aktuell rund 300.000 Euro monatlich. Die Abzüge für Sanktionen betragen rund eine Million Euro pro Jahr. Hinzu kommen die anderen Kostenverweigerungen der Leistungsträger, etwa für Nachhilfekurse oder Brillen, sowie Abzüge für das Mietdeponat oder für Notlagendarlehn, beispielsweise zum Kauf einer Waschmaschine.

Wir haben „Fachkräftemangel“, ist weiterhin zu hören. „Fachkräftemangel“ liegt laut Bundesagentur für Arbeit vor, wenn der Arbeitgeber nicht zwischen mehreren Bewerbern auswählen kann. Welche Fachkräfte sind durch die Förderung von Erwerbslosen zu gewinnen? Das Jobcenter löscht die Ausbildungsdaten und Berufserfahrungen und kann somit leider keine Aussage über die „Stille Reser-

ve“ an Erwerbslosen Fachleuten machen, insbesondere weil wir insgesamt ein *Überangebot* von Arbeitskraft haben.

Bei den Kosten der Unterkunft gibt es zum Glück keinen Stillstand! In den nachstehenden Entscheidungen und Informationen können auch Bremer(innen) fündig werden. Wer sich gewehrt hat, hört eventuell den „Rat“: „Lass es sein! Zieh den Überprüfungsantrag und Widerspruch zurück!“ „Begleitet“ wird der Ratschlag gern durch ein „nur jetzt gültiges Entgegenkommen“. Lasst euch nicht unter Druck setzen! Kommt einfach vorbei. Auch die Leistungsbehörde muss grundsätzlich Zeit zum Überlegen gewähren.

Sozialrechtsexperte Harald Thomé weist auf einen Artikel von Bernd Eckardt zum Rausfall von Kindern aus der Bedarfsgemeinschaft hin: „Mithilfe von Kinderwohngeld kann das Problem nicht anerkannter Kosten der Unterkunft im SGB II elegant gelöst werden. Das funktioniert allerdings nur, wenn Kinder neben dem Kindergeld ein weiteres Einkommen (Unterhalt, Unterhaltsvorschuss, Ausbildungsvergütung, BAföG, Waisenrente) haben. Das ist in der Regel bei Alleinerziehenden der Fall. Unterhaltsvorschuss ist dann auch ohne Einkommen des alleinerziehenden Elternteils bei Kindern ab zwölf Jahren möglich.“ Ein Tipp nicht nur für Alleinerziehende!

Für die Firma „Analyse und Konzepte“, die auch in bremischem Auftrag tätig war, gibt es eine „herbe Schlappe“: „Das Bundessozialgericht kippt alle strittigen Konzepte der Hamburger Firma“. Thomé zitiert eine Zusammenfassung von Rechtsanwalt Sauer: „Am 30. Januar 2019 haben die Richter in Kassel entschieden, dass die von der Firma ‚Analyse und Konzepte‘ für die Landkreise Börde, Harz, Segeberg und Salzlandkreis erstellten Konzepte nicht schlüssig sind. Hintergrund hierfür ist zum einen die jeweils fehlerhafte Vergleichsraumbildung. Darüber hinaus darf eine Bildung von Wohnungsmarktypen gar nicht stattfinden, da es ‚an einer sie rechtfertigenden sachlichen Herleitung mangelt‘.

Die Jobcenter haben vom BSG die Möglichkeit eröffnet bekommen, die Vergleichsräume, die man erweiternd definiert hat, ordnungsgemäß zu bilden und darauf basierend die Konzepte nachzubessern. Die Frage, wie Vergleichsräume rechtmäßig zu bestimmen sind, ist jedoch – aus Sicht als Praktiker – völlig unbeantwortet geblieben. Neu ist, dass die Instanzgerichte nicht mehr verpflichtet sind, eigene schlüssige Konzepte zu erstellen. Im Gegenteil: Den Gerichten ist sogar die eigene Bildung von Vergleichsräumen untersagt. Dies bedeutet, dass keine Nachbesserung durch die Gerichte erfolgen muss. Stattdessen ist bei einer Unschlüssigkeit des Konzepts von Spruchreife auszugehen. Ebenso haben die Richter in Kassel entschieden, dass eine rückwirkende Anwendung eines Konzepts, sofern es schlüssig sein sollte, nicht zulässig ist.“

Die Begründung des Bundessozialgerichts ist noch nicht veröffentlicht. Wer seine Miete nur teilweise erhält, weil die vorherige Wohnung günstiger war, findet hier eventuell einen Ansatzpunkt: Hat das Jobcenter inzwischen die Miete gemäß den Mietrichtwerten ab 1. November 2018 oder davor erhöht? Die verworfenen Konzepte galten für Landkreise, somit in der Fläche. Zutreffend ist dieser Ansatz

auch für die Stadtteile in Bremen. Nur dann kann sich ein Leistungsbezieher einen Umzug von Gröpelingen nach Schwachhausen leisten.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

*Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)*

Und zwar seit dem Jahr 2012: Die übernommenen Wohnkosten hätten sehr wahrscheinlich höher ausfallen müssen („Aktuelle Sozialpolitik“)

SPD will Hartz IV aufhübschen: Aber um ihr neues „Bürgergeld“ dann auch umzusetzen, müsste sie die Große Koalition verlassen („Rote Fahne News“)



# Ergebnis der Kohlekommission: eine Katastrophe für den Klimaschutz



Die Kohlekommission hat sich bei nur einer Gegenstimme geeinigt, und das Ergebnis ist eine Katastrophe für den Klimaschutz und für künftige Generationen! Der Ausstieg aus der Kohle soll erst in 20 Jahren erfolgen. Es bleibt alles sehr vage und unverbindlich wie beim Pariser Klimaschutzabkommen. Sicher ist man sich aber über 45 Milliarden an Entschädigungen, die an RWE und Konsorten bezahlt werden sollen.

Die Konzerne bezahlen keinen Cent für die Renaturierung der „verbrannten“ Erde, die sie hinterlassen. Sie bezahlen auch keinen Cent für Ersatzarbeitsplätze für ihre Beschäftigten, die sie über Jahrzehnte ausgebeutet haben. Mit der Vertagung des Kohleausstiegs wird Deutschland seine Klimaziele bis 2020 und 2030 nicht einhalten können. Das Ergebnis der Kohlekommission ist ein fauler Kompromiss, der auch noch als gesellschaftlicher „Konsens“ verkauft wird!

Schmelzende Gletscher, steigende Temperaturen und Meeresspiegel, Artensterben, stärkere und häufigere Wetterextreme – dies sind nur einige der vielen Folgen des beschleunigten Übergangs zu einem vollständigen Kollaps unseres Planeten. Der Begriff „Klimawandel“ soll uns vorgaukeln, dass es ein langsamer und „geordneter“ Übergang sei. Dies verharmlost die drohende Gefahr und leugnet die dringende Notwendigkeit von radikalen Sofortmaßnahmen.

Das Ergebnis der Kohlekommission bedeutet, dass einzelne Kraftwerke noch über Jahrzehnte aktiv bleiben sollen. Damit werden die Interessen von Konzernen über den Schutz des Planeten gestellt! Auch in Bremen wird in drei Kraftwerken Kohle verbrannt. Dadurch werden mehr als 30 Prozent der gesamten Bremer Kohlendioxid-Emissionen verursacht. Deswegen verfehlt die Stadt Bremen ihr Klimaziel dramatisch, diese Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren.

Der Kraftwerksbetreiber SWB AG boykottiert seine Verantwortung, zukunfts-fähige Stromversorgung zu gewährleisten. Er lässt sich gerne als grüner „Werder“-Stromversorger feiern. Aber schaut man hinter die Kulissen, sieht es ganz anders aus: Die SWB AG liegt mit einem Kohlestromanteil von 88 Prozent im „Energienmix“ weit unter dem bundesweiten Durchschnitt an erneuerbaren Energien, der vielerorts bereits 25 Prozent erreicht.



Eine Machbarkeitsstudie des BUND zum Kohleausstieg unterstreicht, dass zwei der drei Bremer Kraftwerke bereits 2020 abgeschaltet werden können, ohne die Versorgungssicherheit zu beeinträchtigen. Die Stromproduktion durch Kohlekraftwerke in Bremen ist mit nichts anderem als der Profitgier von Konzernen zu erklären, die die Zukunft unseres Planeten und kommender Generationen zerstört.

Die Vertreter der Umweltverbände in der Kohlekommission wurden als Alibi-Statisten missbraucht, und sie beschönigen nun den faulen Kompromiss. „Der Durchbruch ist uns gelungen“ sagt der Präsident des „Deutschen Naturschutzrings“ Nibert. BUND-Chef Weigert sieht gar ein „Mut machendes Signal“, und „Greenpeace“-Geschäftsführer Kayser gibt sich „zufrieden, weil das Industrieland Deutschland aus der Kohleverstromung aussteigt“.

Die entscheidende Frage ist doch, wie schnell aus der Kohle ausgestiegen und auf erneuerbare Energien umgestiegen wird. Das Rollback der Bundesregierung in Sachen „Energiewende“ führte 2018 dazu, dass sich der Windkraftausbau halbiert hat. Bald läuft die Förderung der Altanlagen aus, und die Hälfte der Windkraftbetreiber hat bereits angekündigt, ihre Windräder dann stillzulegen.

Laut dem neuesten ZDF-Politbarometer sind 73 Prozent der Befragten für einen möglichst schnellen Kohleausstieg. Die vor allem von Schülerinnen und Schülern getragene Bewegung „Friday For Future“ boykottiert rund um die Welt freitags den Unterricht und tritt für wirksamen Klimaschutz ein. Allein 10.000 Personen protestierten in Berlin anlässlich der Tagung der Kohlekommission. Eine große Zahl von selbst angefertigten Plakaten brachten die selbständige Initiative und das Selbstbewusstsein zum Ausdruck.

Die bundesweite Aktionswoche von „Ende Gelände“ setzte ein klares Zeichen, dass die Aktiven der Umweltbewegung den faulen Kompromiss der Kohlekommission ablehnen und den aktiven Widerstand weiterführen werden. Unter dem Motto „Kohle stoppen, Hambi bleibt!“ trafen sich einige Hunderte Bremer(innen) am letzten Freitag zur Fahrraddemo „Critical Mass“ und radelten aus Protest durch die Innenstadt zum Kohlekraftwerk der SWB AG in Bremen-Hastedt, hier einige Bilder.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*



## Die SPD hat gemerkt, dass Rentner auch Wähler sind



Deshalb gibt es jetzt eine Initiative von Arbeitsminister Heil für eine höhere Grundrente. Nach 35 Beitragsjahren soll man so eine Rente von etwas über 900 Euro bekommen. „Viel zu viel!“, schreit da schon FDP-Lindner: Das sei ungerecht gegenüber jenem, der 900 Euro bekommt, weil es ihm aufgrund der einbezahlten Beiträge bei jetziger Rentenformel zusteht.

Der eigentliche Skandal sind einerseits die Hungerlöhne. Nicht wenige beziehen Mindestlohn, zum Beispiel die meisten Friseurinnen, Verkäuferinnen, Fahrer und sonstigen Beschäftigten in der Logistik und sehr viele Leiharbeiter aller Art. Sie bekommen nach 35 Beitragsjahren gerade ein bisschen über 500 Euro! Und der weitere Skandal sind die sogenannte Rentenreform sowie die Hartz-Gesetze. Das sind Hungergesetze, und die müssen weg!

Notwendig sind stattdessen der Kampf um höhere Löhne und Arbeitslosengeld I für die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit! Es gibt allerdings auch andere Renten heutzutage in Deutschland. So wird Daimler-Chef Zetsche nach seinem Ausscheiden 1,05 Millionen Euro im Jahr an Rente kriegen, dazu einen 0,5-Millionen-„Kapitalbaustein“, macht schlappe 129.166 Euro Rente im Monat! Statt ihn für die betrügerischen Abgasmanipulationen zur Rechenschaft zu ziehen, werden die Leiharbeiter entlassen, in Bremen ein paar Hundert, in Stuttgart über 1.000.

Was dagegen hilft, haben jetzt die Audi-Arbeiter im ungarischen Győr gezeigt: Eine Woche streikten sie für 18 Prozent Lohnerhöhung. Als die Produktion deshalb auch in Ingolstadt zum Erliegen kam, gab die Konzernspitze nach. Herzlichen Glückwunsch zur vollen Durchsetzung der Forderung! Dass die Massen noch viel mehr können als Lohnerhöhungen durchzusetzen, haben sie vor 100 Jahren gezeigt: Auch in Bremen wurde die Rote Fahne am Rathaus gehisst und die sozialistische Räterepublik ausgerufen. Am Sonntag gedachten wir ihr und der Gefallenen auf dem Waller Friedhof.



Wenn wir die richtigen Lehren aus dieser Niederlage ziehen, wird der nächste Anlauf besser klappen und siegreicher verlaufen. Die nächste revolutionäre Situation kommt mit Sicherheit. Die Notwendigkeit nimmt ständig zu. 70 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor den vom weltweiten Imperialismus hervorgerufenen

Kriegen und Umweltkatastrophen. Die Kriegsgefahr ist heute so groß wie niemals zuvor.

Mit Kündigung des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme durch Trump und anschließend Putin, der schon vor zehn Jahren sagte, dass Russland keinen Nutzen mehr aus dem Vertrag ziehe, ist sie weiter gestiegen. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass der Vertrag sowieso nur für landgestützte Mittelstreckenraketen galt, nicht für vom Wasser oder aus der Luft abgefeuerte Raketen.

China, Indien, Pakistan, Israel und Iran haben in den letzten Jahren genau solche Mittelstreckenraketen entwickelt. Deswegen richtet sich der aggressive Schritt Trumps nicht in erster Linie gegen Russland, sondern mindestens ebenso gegen China. Es geht um die Beherrschung der Weltmeere und Kontinente. Die Wasserstraße im südchinesischen Meer ist die am meisten befahrene Handelsroute der Welt. Darauf will auch Trump den Zugriff haben.

Der jetzige Handelskrieg hat das Potential, zu einem richtigen Krieg auszuwachsen. In Venezuela gab es eine putschartige Einmischung von US-Gnaden. Der Sturz des imperialistischen Systems ist notwendig wie vor 100 Jahren, als Oktober- und Novemberrevolution den Ersten Weltkrieg beendeten. –

Der Kurde Yüksel Koc befindet sich seit 46 Tagen im Hungerstreik, aus Solidarität mit der HDP-Abgeordneten Leyla Güven. Sie wurde vom faschistischen Erdogan-Regime ins Gefängnis geworfen wegen ihrer Kritik an der Annexion der nordsyrischen Provinz Afrin und der völkerrechtswidrigen Isolationshaft Abdullah Öcalans. Deswegen ist sie seit nunmehr 80 Tagen im Hungerstreik und dem Tode nah. Auch Yüksel ist jetzt in ernstem Zustand und großer Gefahr und daher ins Krankenhaus gekommen. Öcalan sitzt seit 20 Jahren im Gefängnis, seit drei Jahren in Isolationshaft, weder Familie noch Anwälte dürfen zu ihm. Für seine Freilassung wird am Dienstag dieser Woche um 16 Uhr am Hauptbahnhof demonstriert.

*Wolfgang Lange (MLPD)*

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 694. Bremer Montagsdemo am 18. 02. 2019

## Wohnkostenzuschüsse der Jobcenter auf dem Prüfstand



Sozialrechtsexperte Harald Thomé hat in seinem Newsletter vom 17. Februar 2019 unter der Überschrift „Sozialstaatsdiskussion: Reform von Hartz IV oder auch nicht“ die Vorstellungen der SPD und der anderen Akteure angegriffen. Innerhalb dieses Artikels wird unter anderem auf den Beitrag von Professor Stefan Sell „Die Jobcenter und die ‚angemessenen‘ Kosten der Unterkunft. Hoffnung auf höhere Zuschüsse durch neue Entscheidungen des Bundessozialgerichts“ hingewiesen. Beleuchtet werden die **Kosten der Unterkunft** innerhalb des SGB II in einer interessanten Zusammenstellung:

„Das Bundessozialgericht beanstandete am Mittwoch die bisherige Praxis. Es gab Klägern aus Sachsen-Anhalt Recht, die sich benachteiligt fühlten. Das Urteil werten Rechtsexperten als Signal an die Jobcenter, Hartz-IV-Empfängern höhere Zuschüsse zu gewähren, berichtet der MDR.“ Das Verfahren (Aktenzeichen B14 AS 41/18 R) wurde zurückverwiesen, und das Jobcenter kann nachbessern; sinngemäß auch bei fünf anderen Verfahren.

„Das Bundessozialgericht beanstandete am Mittwoch die bisherige Praxis. Es gab Klägern aus Sachsen-Anhalt Recht, die sich benachteiligt fühlten. Das Urteil werten Rechtsexperten als Signal an die Jobcenter, Hartz-IV-Empfängern höhere Zuschüsse zu gewähren, berichtet der MDR.“ Das Verfahren (Aktenzeichen B14 AS 41/18 R) wurde zurückverwiesen, und das Jobcenter kann nachbessern; sinngemäß auch bei fünf anderen Verfahren.

Der Bericht des MDR darüber ist lesenswert, weil treffend: „Falsche Zuschüsse seit 2012? Hartz-IV-Empfänger können auf höhere Wohnkostenzuschüsse hoffen. Das Bundessozialgericht in Kassel hat am Mittwoch über insgesamt sechs Fälle entschieden, davon waren vier aus Sachsen-Anhalt – aus dem Harz, der Börde und dem Salzlandkreis. In allen Fällen haben die Richter die Entscheidungen der Jobcenter aus früheren Jahren beanstandet. Die übernommenen Wohnkosten hätten sehr wahrscheinlich höher ausfallen müssen, und zwar seit dem Jahr 2012.“

Die Unterscheidung zwischen Erstattung der Miete gemäß SGB II und dem Wohnkostenzuschuss gemäß dem Wohngeldgesetz hat hier gelitten, aber weil immer auf das Jobcenter Bezug genommen wird, ist die Erstattung der Kosten der Unterkunft gemeint. Im Beitrag von Professor wird zusätzlich die Verknüpfung zwischen dieser Miete gemäß ALG II und dem Wohngeldzuschuss hergestellt.

In Bremen sind die Mietrichtwerte seit 2010 nicht richtig ermittelt worden. Verarbeitet wurde das, wie aus einer Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 11. September 2018 hervorgeht (siehe Seite 3 oben), erst im Jahr 2014. Die Zahlen von 2010 hat das Sozialgericht Bremen (Aktenzeichen S28 AS 1213/16) hinterfragt.

Seite 11 des lesenswerten Urteils: „Zwar wird auf Seite 16 der Mietstrukturanalyse 2010 ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Erhebung von Mieten kleinerer Vermieter notwendig sei, um den gesamten Wohnungsmarkt einschließlich aller Vermietergruppen abzubilden. Dies ist jedoch tatsächlich nicht erfolgt.“

Seite 13: „Es ist bereits fraglich, ob die im Jahr 2010 ermittelten Bestandsmieten aktuell genug waren, um das Mietpreisniveau im Erhebungszeitpunkt hinreichend zu repräsentieren. Nach den Angaben des Zeugen M. sind in den Bestandsmieten lediglich circa 3.000 Neuvertragsmieten enthalten. Bei den übrigen Bestandsmieten handelt es sich, anders als bei den nach § 558 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches für Mietspiegel heranzuziehenden Daten, nicht ausschließlich um Mieten, die in den letzten vier Jahren vor dem Stichtag der Datenerhebung geändert oder neu vereinbart wurden. Weder dem Bericht zur Mietstrukturanalyse 2010 noch den vorgelegten Rohdaten kann entnommen werden, wann die erfassten Mieten festgesetzt oder zuletzt geändert worden sind.“

Die Entscheidungsgründe des Gerichts sind erschütternd. Auf Seite 12 stehen die festgestellten Zeitüberschreitungen. Zu finden sind jede Menge Argumente für Widerspruch, Überprüfungsantrag, Klage. Allerdings hatte das Sozialgericht Bremen diesmal nicht über die Kosten der 2010 zu entscheiden, auch noch nicht über die Mietrichtwerte ab November 2018. Weitere Einzelheiten stehen auf der Seite zur 692. Bremer Montagsdemonstration.

Drucksache 19/1859 der Bremischen Bürgerschaft ist eine Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018: „Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/19 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten. Aufforderung an den Senat zur Entwicklung eines Konzepts zur Nach- und Zwischennutzung von nicht mehr benötigten Immobilien wie Übergangwohnheimen für Geflüchtete als Ein-Personen-Wohnraum für Studierende, Auszubildende sowie von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen.“

Die Drucksache ist zehn Seiten stark und beschreibt die Aktivierung von zusätzlichen Wohnmöglichkeiten für Alleinstehende. Dies ist aus meiner Sicht sehr begrüßenswert, denn Ein-Personen-Wohnungen sind Mangelware. Aber warum so spät?

In der Vorlage 262/19 vom 19. Oktober 2018 der Senatorin für Soziales für die Deputationssitzung am 1. November 2018 geht es um die Neufestsetzung der Mietrichtwerte für die Kosten der Unterkunft, in Anlage 2 um die Bedarfsdeckung mit verfügbaren Wohnungen: „Die auf diese Weise ermittelten abstrakt angemessenen Bruttokaltmieten je Quadratmeter werden dem rechnerischen Bedarf gegenübergestellt. Für alle Wohnungsgrößenklassen reicht das verfügbare Ange-

bot rechnerisch aus, die Nachfrage zu decken. Eine Ausnahme bilden die Wohnungsgrößen bis 50 Quadratmeter. Hier wird der zulässige Wert der Bruttokaltmiete iterativ angehoben, bis der rechnerische Bedarf gedeckt ist. Hieraus ergeben sich schließlich die aktualisierten Richtwerte.“

Insgesamt geht diese Rechnung nicht auf: Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zum Arbeitslosengeld II zeigt in Tabelle 1a „Zur Wohn- und Kostensituation“ für Oktober 2018, dass in Bremen Stadt Bremen bei keiner Wohnungsgröße die Kosten der Unterkunft ungekürzt vom Jobcenter erstattet werden. Aus dieser Tabelle ist auch Fehlbelegung ersichtlich, zum Beispiel drei „Bedarfsgemeinschaften“ mit je sechs Personen oder mehr in Wohnraum unter 20 Quadratmetern. Insgesamt müssen 518 „Bedarfgemeinschaften“ in Wohnraum unter 20 Quadratmetern leben.

Die Bewilligung zur Anmietung der neuen Wohnung erteilt das Jobcenter jetzt auch bei Überschreitung des Mietrichtwerts, wie bereits seit Langem in den Verwaltungsanweisungen zu den Kosten der Unterkunft versprochen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

*Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)*

Gegen Mietenwahnsinn und Nebenkosten-Abzocke! Keine Verdrängung von Mieter(inne)n! Keine Vertreibung von Obdachlosen! Keine Zwangsräumungen, keine Strom-, Gas- und Wassersperren! Kein Verkauf städtischer Flächen, Erbbaurecht statt Privatisierung! Leerstand und Schrottimmobilien enteignen! Stadtentwicklung nicht dem Profitprinzip und den Investoren überlassen! Wir fordern einen grundlegend anderen Umgang mit Wohnraum, öffentlichem Raum und städtischen Flächen. Wir fordern einen ökologischen und sozialen Wohnungsbau, der dauerhaft Bestand hat. Dieser muss durch stadteigene Wohnungsbaugesellschaften und sozial-ökologische Genossenschaften erfolgen. Die Stadt gehört allen! Wir kämpfen gemeinsam für das **Menschenrecht auf Wohnung! Die Stadt muss allen gehören!** Kommt zur **Mietendemo am Samstag, dem 23. März 2019!** Um **11 Uhr** ist Treffen am **Bahnhofplatz Bremen**, anschließend Demozug durch die Innenstadt zum Marktplatz.

# „Weser-Report“ verbreitet Lügen des grünen Umweltsenators Lohse

„Wenn alle Bäume gefällt sind, kann kein Baum mehr umstürzen“: Dies ist die eiskalte und fantasielose Planung des „Deichverbandes linkes Weserufer“ und des Grünen-Senators für Umweltschutz. Man „wiegt das Vorgehen vorsichtig ab“, um zu dieser verblüffenden Erkenntnis zu kommen. Die Vorschläge, wie man sicheren Hochwasserschutz mit dem Erhalt der 136 Platanen machen kann, sollen nicht mehr auf den Planungstisch.

Dazu Reinhard Lippelt: „Der große stadtoökologische Nutzen der Bäume für die Gesundheit der Menschen ist diesen ‚Deichexperten‘ völlig egal.“

In der Machbarkeitsstudie des Deichverbandes und des Senators für Umwelt wird klar aufgezeigt, dass sicherer Hochwasserschutz mit dem Erhalt der Bäume machbar ist. Die Bürgerinitiative „Platanen am Deich“, 1.500 Mitzeichner der immer noch nicht entschiedenen Petition an die Bremische Bürgerschaft und schon jetzt über 5.300 Unterschriften für das Volksbegehren zum Erhalt der Platanen fordern nichts anderes, als endlich die Planungen mit dem Erhalt der Bäume voranzutreiben.

Stattdessen beharrt das Umweltressort auf der einzig zugelassenen so genannten Vorzugsvariante, die das Abholzen der Bäume vorsieht. Nicht die Bürgerinitiative fordert den Einsatz einer Spundwand, wie im Artikel irrtümlich beschrieben, sondern alle Planungen in der Machbarkeitsstudie sehen eine Spundwand vor.

Dazu Gunnar Christiansen: „Bei jeder Variante würde der Hochwasserschutz durch die Spundwand gewährleistet werden. Die Behauptung, Bäume könnten den Deich instabil machen, ist Teil der Desinformationskampagne des Lohse-Ressorts gegen die Bäume.“

Im offiziellen Baumgutachten als Teil der Machbarkeitsstudie wird beschrieben, was zum langfristigen Erhalt der Platanen nötig ist: bei einer wasserseitigen Spundwand eine Drainage, die Auffüllung mit luftdurchlässigem Material und der Einbau von Entwässerungsklappen gegen Staunässe. Eine straßenseitige Spundwand wäre kostengünstiger und mit wesentlich geringerem Aufwand herzustellen, würde eine hohe Mauer vermeiden und die Grünfläche des Deiches erhalten. Eine zusätzliche Versiegelung der vorderen Neustadt könnte vermieden werden, was unter anderem bei Starkregenfällen von Vorteil wäre.

Obwohl Senator Lohse auf der Diskussionsveranstaltung am 17. Januar 2019 in der „Schwankhalle“ der Bürgerinitiative öffentlich zugesagt hatte, ihr die bisher vorenthaltenen Planunterlagen zu einer straßenseitigen Spundwand nun endlich zur Verfügung zu stellen, ist dahingehend bis dato nichts geschehen. Gilt das Wort eines Senators in Bremen noch irgendetwas? Beim Bau von Spundwänden gibt es baumschonende Methoden. Außerdem entspricht es nicht den Tatsachen,

dass die Baumkronen bei Umsetzung einer Variante, die den Baumerhalt vorsieht (fünf Meter Abstand zur Spundwand), um zwei Drittel reduziert werden müssten: Das offizielle Baumgutachten geht lediglich von einer Reduzierung um ein Drittel aus!

Dazu Gunnar Christiansen: „Warum das Lohse-Ressort auch in diesem Punkt weiterhin die Öffentlichkeit täuscht, ist nicht nachvollziehbar und hinnehmbar.“

Man kann es sich in Brake selbst anschauen: Dort wurde 2006 im Abstand von drei Metern zu großen Bäumen (hier Linden) eine Spundwand gebaut, und die Bäume haben sich nach der Maßnahme sehr gut entwickelt. Der technische Vorgang ist auf öffentlichen Schautafeln dargestellt, doch die Umweltbehörde will davon nichts wissen. Ihr einziger Kommentar: „Das kann man nicht vergleichen“.

Dazu Reinhard Lippelt: „Auch in Brake sollten nach den Planungen der ‚Experten‘ die Bäume abgeholzt werden, aber eine Bürgerinitiative konnte dies durch Protest und Unterschriftensammlungen verhindern.“

*Reinhard Lippelt und Gunnar Christiansen (Stellungnahme der Bürgerinitiative „Platanen am Deich“ zum „Weser-Report“-Artikel „Deiche sollen baumfrei werden“ vom 10. Februar 2019)*

Um das Fällen der 136 Platanen durchzusetzen und das Volksbegehren zur Rettung der Bäume zu unterlaufen, werden immer wieder Lügen aufgewärmt. Das Ganze verfolgt nur den Zweck, eine zweite Schlemmermeile wie die Schlachte an der Neustädter Weserseite zu installieren und hochpreisigen Wohnraum durchzudrücken. Das aber braucht fast kein Mensch – außer jenen, die daran hohe Gewinne kassieren können.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

## **Demokratische und offene Traditionen fortsetzen und noch intensivieren!**

In der letzten Woche ist Bürgerschaftspräsident Christian Weber gestorben. Er hat lange gegen seine Erkrankung angekämpft, musste ihr aber schließlich erliegen. Im Namen der Initiative Bremer Montagsdemo möchten wir den Angehörigen, Freunden und der Öffentlichkeit Bremens unsere Anteilnahme und unser Beileid aussprechen. Am Mittwoch wird im Dom der Trauer-Staatsakt sein. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu eingeladen, der Zugang ist frei.

Christian Weber, aus Schlesien gebürtig, kam nach Bremen und blieb hier bis zu seinem Lebensende aktiv. Er trat früh der SPD bei und fing in der Stadtteilpolitik an. Er hat immer seine Verbundenheit mit den sogenannten kleinen Leuten gesucht und sie auch wohl gelebt. So ist er unter anderem neben dem Staatsamt des Bürgerschaftspräsidenten auch Vorsitzender der „Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“ gewesen im Sinne der Vorstellungen von Sozialarbeit, wie Wilhelm Kaisen sie vorgelebt hatte.

Als Gerhard Schröder die SPD als „Kanzler der Bosse“ ganz anders ausrichtete und die SPD die Verbindung zur Arbeiterschaft kappte, da hat Christian Weber das mitgetragen, obwohl bei ihm die Alarmglocken hätten schrillen müssen. Auch als Schröder abgewählt war, hat Weber ihn noch zu einem Mahl der Bürgerhilfe eingeladen. Zum „Bremer Loch“ auf dem Marktplatz musste Schröder seinerzeit fast einen Spießrutenlauf machen. Noch da hatte Herr Weber nicht wahrgenommen oder wollte es nicht, dass die Zeiten sich geändert hatten. Christian Weber war offen für alles parlamentarisch Lebendige, er war auch gegen Rechts. Die außerparlamentarische Montagsdemonstration aber war nicht sein Ding, weil er sich ihre Berechtigung nicht vorstellen konnte und wollte.

Hier auf dem Marktplatz gibt es eine Bannmeile, in der parteipolitisch nicht agiert werden darf: Beim Rathaus ist es die Hauswand unter den Arkaden, die es uns möglich macht, bei Regen unter die Arkaden gehen zu dürfen. Das ist uraltes Recht. Beim Parlamentsgebäude ist es anders: Hier ist die Stufenkante der obersten Stufe die Bannmeilengrenze. Hier hat Herr Weber in früheren Jahren scharf darauf geachtet, dass die Montagsdemo diese Kante nicht überschreitet. Andere durften das bisweilen und öfters.

Einig waren wir uns mit Christian Weber in der Ablehnung von kommerziellen Events, vielleicht den Freimarkt ausgenommen. Der Marktplatz soll ein Platz sein, an dem politische Fragen vorgetragen und diskutiert werden können, ob von Gewerkschaftlern oder Schülern, die sich wie jetzt für die Zukunft unserer Welt einsetzen. Meist ist für die grundsätzlichen Fragen im Parlament gar kein Raum. Diesen Raum auszuweiten, daran hat die Montagsdemo und haben viele Menschen, auch wenn sie hier gerade nicht zu sehen sind, großes Interesse. Hoffen wir, dass die Bürgerschaft eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten wählt, der diese demokratischen und offenen Traditionen fortsetzt und noch intensiviert.

### *Stellungnahme der Initiative Bremer Montagsdemonstration*

So wirkt Hartz IV: Entlassener bekommt alte Stelle zu 70 Prozent des früheren Lohns als Leiharbeit angeboten – und muss sie unter Sanktionsdrohung annehmen („Die Welt“)

# Es riecht kräftig nach bald platzen- der Finanzblase



Frau Nahles von der SPD möchte „Hartz IV“ hinter sich lassen. Nur ist es mit dem Begriff „Bürgergeld“ nicht getan. Auch rüttelt sie nicht an den Grundlagen der menschenverachtenden Sanktionspolitik. Zehn bis 15 Jahre Politik der Großen Koalition haben gezeigt, dass die SPD nicht willens ist, eine wirklich soziale Politik zu machen. Sie ist zu sehr eine Partei des Monopolkapitals, und das bleibt sie auch in Zukunft.

Die Bevölkerung in Bremen ist relativ unzufrieden mit der Politik und den Ideen für die Zukunft und weiß noch gar nicht, in welche Richtung es weiter gehen soll. Fast alle Parteien haben nichts Sinnvolles anzubieten, und in den Medien werden mal diese, mal jene gepusht. Das nennt sich zwar Polarisierung, führt aber nicht zu einer Zusammenfassung fortschrittlicher Ziele und wird die Verdrossenheit weiter ansteigen und die Wahlbeteiligung abnehmen lassen.

Im sogenannten Investitionsbereich der „Bremer Zukunft“ tauchen immer neuere Projekte aus den Ideenschmieden des Kapitals auf. 96 Meter hohe Türme Am Brill mit Wohnungen und Büros, 19-Geschosser am Europahafenkopf, aber die Innenstadt wird immer leerer, und auch die Arbeitsplätze fallen weg. Wer soll das erwirtschaften und kann sich das leisten? Das riecht kräftig nach bald platzender Finanzblase und Wirtschaftskrise! Schutz haben wir dann keinen mehr, weil alles Geld verpulvert ist und die kleinen Einkommen und Renten dann zur Rettung der Wirtschaft erneut zu Nichts werden.

Wenn wir alle das nicht wollen, müssen wir uns zusammenschließen und auf gemeinsamer Grundlage ganz andere menschenwürdige Ziele entwickeln. Uns untereinander dafür zu befähigen, wird eine wichtige Frage in der Auseinandersetzung sein. Der Kapitalismus will uns vereinzeln, aus jedem überall Konkurrenten machen, im Job, im Sport und wo man will. Das zermürbt aber die Menschen. Jeder weiß, dass das Selbstbewusstsein sinkt und das Vertrauen in andere. Das zerstört Beziehungen, Ehen, Freundschaften und lähmt jede Initiative. Das muss man sich bewusst machen und dagegen angehen, eben mit anderen, im Kleinen wie im Großen.

*Jobst Roselius*

PS: Es war recht lebendig, bis es dunkel wurde. Die Polizei umkreiste uns mehrmals und wollte wissen, wann denn Schluss sei.  
In 14 Tagen sehen wir uns wieder!

Leben in Angst vor dem Amt: Die Sanktionsquote wird von 8,3 auf 3,1 Prozent heruntergerechnet („*Süddeutsche Zeitung*“)

Kleinvieh macht auch Mist: Jobcenter geben 60 Millionen Euro aus, um 18 Millionen an Kleinbeträgen einzutreiben („*Tagesschau*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 695. Bremer Montagsdemo am 04. 03. 2019

Fehlanreize zur Statistik-Verschönerung: Jobcenter-Mitarbeiter kassieren Boni, indem sie Hartz-IV-Bezieher in sinnlose Maßnahmen für 190 Millionen Euro stecken („Focus“)

## Bremern wird weiterhin monatlich fast 300.000 Euro zu wenig Miete erstattet



„Die Linke“ hat den Senat am 28. Februar 2019 in der Fragestunde gefragt und stellt fest: Es gibt nur 95 neue Sozialwohnungen im Jahr 2018, die Gesamtzahl sinkt weiter. „Die Linke“ fordert: *Wirklich* mehr Sozialwohnungen! Der Senat will die Zahlen noch einmal überprüfen, da sich die von ihm genannte Gesamtzahl nicht von der Zahl unterscheidet, die bereits zu Ende Juni 2018 gemeldet worden war.

Die Pressemitteilung der Fraktion vom 28. Februar 2019 steht noch nicht im Netz. Der Senat hat mit Drucksache 1218 vom 5. September 2017 ausführlich zu den Sozialwohnungen geantwortet. Die Antworten in der Fragestunde der Bürgerschaft und die Quellen stehen auf der Presseerklärung. Diese nicht erstellten Sozialwohnungen drücken die Mieten nach oben! Bremen garantiert seinen Bürgern per Verfassung das Menschenrecht auf Wohnen und hält die eigenen Zusagen nicht!

Die Bürger müssen mit den steigenden Mieten leben. Gekürzt werden wegen „nicht angemessener Miete“ monatlich rund 300.000 Euro bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft. 300.000 Euro haben die Hartz-IV-Bezieher somit weniger in der Tasche. Hinzu kommen die Kürzungen bei anderen Leistungsempfängern. Hierzu hat Bremen keine Fakten?

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat die Zahlen für Oktober 2018 als neueste Auswertung der Wohnkosten. Laut Tabelle 1a betragen die laufenden *tatsächlichen* Kosten der Unterkunft in Bremen-Stadt insgesamt 20.689.909 Euro.

*Anerkannt* werden jedoch nur 20.391.184 Euro. Die laufend nicht anerkannten Kosten der Unterkunft im vergangenen Oktober betragen somit 298.725 Euro.

Hinzu kommen die Kürzungen bei den anderen Leistungsberechtigten. Dies ist Geld, das bei den Ärmsten die Armut verstärkt und das dem Bremer Einzelhandel in der Kasse fehlt, nicht nur einmalig! Die Praxis dieser Kürzungen wurde bereits während der Erprobung des ALG II eingeführt und ist nachzuempfinden in allen Statistiken rund um Verschuldung sowie gesundheitliche Beeinträchtigung. Verstärkt wird diese Abwärtsspirale noch durch Sanktionierung und andere Kürzungen sowie Leistungsverweigerung.

Der Senat hat auf die große Anfrage der Fraktion „Die Linke“ zum Thema „Abzüge bei den Kosten der Unterkunft“ vom 7. Februar 2017 am 14. März 2017 geantwortet. Diese Antwort des Senats verharmlost aus meiner Sicht die Tatsachen und ignoriert die „weichen Folgen“. Die Kürzungen stehen auf Seite 4 Mitte, zum Beispiel betragen sie für 2011 insgesamt 5.790.258 Euro, bei den Heizkosten 2.371.281 Euro.

2011 hat Bremen das Recht falsch angewandt, speziell bei den Heizkosten und auch bei der Ermittlung der angemessenen Miete. Die Übersicht auf Seite 4 zeigt dies: Die Kürzung für Heizkosten ist stetig vermindert worden, bereits im Jahr 2012 um über 50 Prozent auf 1.146.186 Euro. Die Differenz zwischen laufenden tatsächlichen und anerkannten Kosten der Unterkunft hat sich von 2.706.503 Euro 2011 nur um etwas über fünf Prozent auf 2.565.003 Euro 2012 vermindert.

Die angemessene Miete wurde nicht nach einem schlüssigen Konzept ermittelt und verworfen. Die Wohngeldtabelle wurde Grundlage für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft. Der Sicherheitszuschlag von zehn Prozent konnte die Differenz zur Wirklichkeit nicht auffangen, selbst der 20-Prozent-Zuschlag des Landessozialgerichts nicht. Die Wohngeldtabelle führte zu den erheblichen Kürzungen bei der Erstattung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft auch in den Jahren 2012 und 2013.

Zum 1. Januar 2014 wurden selbstermittelte Mietobergrenzen festgelegt, wiederum ohne schlüssiges Konzept und mit Zahlen von März 2010. Somit wurde das Recht weiterhin falsch angewendet. Die Werte ab 1. Januar 2014, die einführenden Worte und das „Gutachten“ sind über das Archiv der städtischen Sozialdeputation, Sitzung vom 31. Oktober 2013, Vorlage 134/13 nachzulesen, ebenso die Anweisung an die Verwaltung als Entwurf (Stand 14. Oktober 2013). Eine Arbeitshilfe zur Anweisung an die Verwaltung ab 1. Januar 2014 gibt es in Langform.

Die Mietrichtwerte 2010 bis 2017 wurden im Verfahren des Sozialgerichts Bremen (Aktenzeichen S28 AS 1213/16) hinterfragt. Festgestellt wurden haarsträubende Tatsachen, selbst einfache Fristen wurden nicht berücksichtigt. Wer den Überprüfungsantrag gestellt hat, findet hier Argumente für den bis 2011 rückwirkenden Anspruch, denn wer die Entwicklung der Mietobergrenzen sacken lässt, sieht den Anspruch auf Schadenersatz!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

*Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)*

Sprachkritik zum Frauentag: „Mit Eifer wird die Sprache nicht-binären Personen angepasst, während die alten männersprachlichen Absurditäten für alle Frauen gültig bleiben“ („Tageszeitung“)

## Jugendbewegung gegen Zerstörung unserer Lebensgrundlagen nimmt Fahrt auf



Die **Jugendbewegung** gegen die Zerstörung unserer **Lebensgrundlagen** nimmt Fahrt auf: Am Samstag beteiligten sich 10.000 Menschen in Hamburg. Demonstrationen gibt es inzwischen schon in mindestens zwölf Ländern. Für **Freitag, den 15. März 2019**, sind in über 40 Ländern **Proteste** geplant.

Bei der Hamburger Regierung heißt es jedoch ebenso wie in Nordrhein-Westfalen: Das ist Schulschwänzen! Gedroht wird mit schlechten Noten und polizeilicher Zwangsvorführung in der Schule. Frau Merkel verhält sich schlauer und lobt die Schüler, nur könne man aber natürlich leider nicht alles so schnell machen. So seien die Kohlekraftwerke erst 2038 abschaltbar. Sie will die Bewegung für sich vereinnahmen, um sie unwirksam zu machen. Ob ihr das gelingt? Wie ich die Jugend einschätze, wohl kaum!

Am **Freitag** dieser Woche, dem **8. März 2019**, ist Internationaler **Frauentag**. Weltweit kämpfen Frauen – und Männer! – für die Befreiung der Frau. In Bremen beginnt um **15.45 Uhr** eine **Demonstration** auf dem **Ziegenmarkt**. Frauen sind auch überproportional von den Hartz-Armutsgesetzen betroffen!

Innenminister Seehofer ist nach wie vor untragbar! Jetzt verteidigt er die Abschiebung von Bilel Ben Anmar, einem mutmaßlichen Helfer von Anis Amri, der den faschistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt durchgeführt hatte. Dieser Ben Anmar ist Mitglied des marokkanischen Geheimdienstes. Unmit-

telbar nachdem im Dezember 2016 gegen ihn Ermittlungen aufgenommen wurden, wurde er nach Marokko abgeschoben. Laut Seehofer hätte er sonst freigelassen werden müssen. Deutschland macht gute Geschäfte mit Marokko, Heckler & Koch liefern Waffen.

Derselbe Seehofer ist hauptverantwortlich dafür, dass gegen kurdische Verlage auf Verlangen Erdogans vorgegangen wurde: Der „Mesopotanische Verlag“ und „MIR Multimedia“ wurden verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt, darunter Bücher von Tolstoi, Stefan Zweig, Jack London, Victor Hugo, Wörterbücher Deutsch-Kurdisch und zahllose CDs mit kurdischen und internationalen Liedern.

Seit mehr als drei Monaten befinden sich Hunderte von Kurden im Hungerstreik, unter anderem der Bremer Yüksel Koc, um die Isolationshaft Abdullah Öcalans zu beenden, aber die deutschen Medien berichten fast nichts. Eine Gleichschaltung im Auftrag Seehofers? „Weser-Kurier“ und „Radio Bremen“ lehnen ausdrücklich eine Berichterstattung ab. Seehofer muss weg!

Passend zum Rosenmontag spekuliert Donald Trump auf den Friedensnobelpreis. Leider hat ihm Kim Jong-un diesmal einen Strich durch die Rechnung gemacht. Derselbe Trump bereitet einen militärischen Einmarsch in Venezuela vor. Auch gegen die drohende Kriegsgefahr ist eine weltweite Bewegung wie jene der Jugendlichen notwendig!

Nächste Woche, am **11. März 2019**, findet zusammen mit Umweltverbänden eine zusätzliche **Montagsdemonstration** anlässlich des 8. Jahrestags der Atomkatastrophe von **Fukushima** statt. Am übernächsten Montag, dem **18. März 2019**, ist Internationaler **Tag der politischen Gefangenen**. Bestimmt gibt es dazu auch wichtige Redebeiträge auf der Montagsdemo!

*Wolfgang Lange (MLPD)*

„Für ein Angebot von A bis Z gibt es Parteien“: „Eine Bewegung funktioniert immer nur im Einsatz für ein einzelnes Thema“ („*Neues Deutschland*“)

SPD legt sich fest: Auch das „verkrampteste Volk der Welt“ braucht keine Krampf-Kotzpille („*Spiegel-Online*“)

Schöngeschlampt: Durch unterbrochene Betreuung werden 115.000 Arbeitslose in der Statistik nicht mitgezählt („*Stern*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 696. Bremer Montagsdemo

## am 11. 03. 2019

### Nie wieder ein Super-GAU! Sofortige Stilllegung aller AKW weltweit!



Die Atom-Katastrophe von Fukushima jährt sich heute zum achten Mal. Sie dauert bis heute an, mit gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen von immensem Ausmaß. Auch hierzulande ist ein Super-GAU möglich: Sieben Uralt- Reaktoren sind noch immer am Netz, gefährden Leben und Umwelt und produzieren jeden Tag hochradioaktiven Atommüll, für den es nirgendwo auf der Welt einen sicheren Lagerplatz gibt.

Seit Monaten versucht die Atomindustrie, die Atomkraft wieder als Heilmittel anzupreisen. In der „Spiegel“-Ausgabe vom 29. Dezember 2018 bekam Investmentbanker Alexander Schimmelbusch eine ganze Seite, um über die „atomare Lebenslüge der Deutschen“ zu schreiben. *Seine* Lügen gipfeln in der Forderung, Atomkraft zur „Brückentechnologie“ zu machen, solange die erneuerbaren Energien den Strombedarf noch nicht decken können.

Mit dieser Begründung wurde 2010 die Laufzeit für die deutschen AKW verlängert. Zum ersten Mal „seit Fukushima“ traut sich die Atomlobby mit dieser Argumentation wieder an die Öffentlichkeit. Wird jetzt wieder an einer Laufzeitverlängerung gebastelt? Wer dachte, der vollständige Atomausstieg komme in vier Jahren „von selbst“, sollte jetzt gewarnt sein und sich aktiv für die sofortige Stilllegung aller AKW weltweit einsetzen! Atomkraft ist keine „Brücke“, sondern ein gefährliches Pulverfass für die Zukunft.

In Atomkraftwerken entsteht täglich hochgiftiger radioaktiver Abfall, der etwa eine Million Jahre sicher verwahrt werden muss. Tatsächlich ist noch kein einziges Gramm davon schadlos „entsorgt“. AKW sind ein massives Sicherheitsrisiko. Sie werden mit dem Alter immer störanfälliger und gefährlicher, und sie stehen der Energiewende im Weg. Sie können ihre Stromproduktion nicht flexibel anpassen: Ist „zu viel Strom“ im Netz, werden nicht die Atommeiler heruntergefahren, sondern Wind- und Solarkraftanlagen werden vom Netz genommen.

Atomkraftwerke sind für die Stromversorgung nicht relevant: Ohne AKW geht in Deutschland kein Licht aus. Rein rechnerisch produzieren derzeit fünf der sie-

ben in Deutschland laufenden AKW nur für den Export. Alle AKW können sofort vom Netz und darüber hinaus noch zahlreiche Kohlekraftwerke, ohne dass die Versorgungssicherheit gefährdet wäre. Sie laufen aber munter weiter, weil sich mit Atom und Kohle Milliardenprofite machen lassen und die Regierungen im Dienste des internationalen Finanzkapitals handeln. Der Großteil der Bevölkerung will einen raschen Ausstieg aus Kohle und Atom!

Atomkraft schützt das Klima nicht. 2015 wurden lediglich zwei Prozent des weltweiten Energiebedarfs durch Atomkraft gedeckt – eine solche Nischentechnologie kann das Klima nicht retten. Atomenergie ist keine kohlendioxidfreie Stromquelle, sondern hat eine deutlich schlechtere Klimabilanz als Windenergie. Je entschiedener wir den Atom- und Kohleausstieg vorantreiben, desto besser für die Energiewende und damit auch für das Klima! Sofortige weltweite Stilllegung und Entsorgung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien!

Greta Thunberg, die 16-jährige Initiatorin der aktuellen Schülerstreiks, wurde letzte Woche zur „wichtigsten Frau des Jahres 2019“ in Schweden gewählt. Es ist eine hohe Anerkennung für ihren Mut und ihre Entschlossenheit im konsequenten Kampf für den **Klimaschutz**. Vor einem halben Jahr saß sie freitags noch allein vor dem Parlament in Stockholm – inzwischen gibt es weltweit eine starke Jugendbewegung für die Rettung unseres Planeten. Am kommenden **Freitag**, dem **15. März 2019**, wird es weltweit den größten Streik für den Klimaschutz geben. In über 50 Ländern der Welt sind Streiks und **Demonstrationen** geplant. In Bremen trifft sich „**Fridays for Future**“ um **10 Uhr** am **Bahnhofplatz**. Kommt zahlreich!

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Niedergelegt: 20 Jahre nach Lafontaine gibt Sahara Wagenknecht ihre politischen Führungsämter ab („*Tageszeitung*“)

„Polizeistaatsphantastereien“ statt Bürgerrechte: Warum noch „Die Linke“ wählen? („*Junge Welt*“)

„Wartet nicht länger auf Vorgaben von der Bundesebene“: „Organisiert euch selbständig auf lokaler und regionaler Ebene, vernetzt euch auf Landesebene, besetzt den öffentlichen Raum, bestimmt die Diskurse über Notwendigkeiten und Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung!“ („*Aufstehen*“)

Draußen herrscht soziale Wut: Während der Präsident Ski läuft und der Innenminister in der Disko tanzt („*Spiegel-Online*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 697. Bremer Montagsdemo am 18. 03. 2019



## Ein trauriger Tod wird am Tag der politischen Gefangenen bekannt

Als die Montagsdemo-Teilnehmer zum Marktplatz kamen, fanden sie eine spontane Trauerkundgebung kurdischer Freunde vor. Zülküf Gezen war im Hungerstreik für das Ende der Isolationshaft für Abdullah Öcalan und den Kampf um Frieden und Freiheit für Kurdistan in der Türkei gestorben. Wir haben erst dieser Trauerkundgebung beigewohnt und unsere Anteilnahme ausgedrückt.

Dieser traurige Tod wurde nun am Tag der politischen Gefangenen hier bekannt. Überall auf der Welt gibt es politische Gefangene, und überall, auch bei uns, muss immer wieder für die freie politische Betätigung und das freie Wort

gegen die offizielle Politik und die breite opportunistische Medienmacht der EU-Interessen gekämpft werden.



Bei unserer eigenen Montagsdemo-Kundgebung stand das faschistische Massaker in Neuseeland mit 50 Toten im Mittelpunkt. In Neuseeland fließen wie in Deutschland Krokodilstränen wegen der Opfer bei gleich klingender Abwehrpolitik gegen ausländische Zuwanderer. Aber auch in Neuseeland ist der Kern der Bevölkerung antifaschistisch und den Migranten zugetan.

Fast überall gleicht sich der Ablauf der „Aufklärung“: Es gibt ein paar Festnahmen und sehr bald die Meldung „Einzeltäter“. Die Hintergründe und Hintermänner hält man wie beim „Weihnachtsmarkt-Attentäter“ im Hintergrund und schiebt sie, wie Seehofer es gemacht hat, wenn es brenzlig wird, lieber in die „Heimatländer“ ab, wo man sie später nicht finden wird.

Der aus Australien stammende Faschist hat sich noch gebrüstet, Tipps vom norwegischen Faschisten Breivig bekommen und Reisen zu Faschisten in Europa gemacht zu haben. Woher stammt das Geld für solche Reisen? Dieser Faschist rühmt sich, Teil einer weltweit wachsenden faschistischen Bewegung zu sein. Klar ist, dass die reaktionärsten Politiker wie Trump und die reaktionärsten Finanzkapitalisten solche Kräfte schüren und finanzieren, aber weltweit sind sie ein Nichts, weil die breiten Massen überall auf der Welt um ihre Befreiung ringen und sich nicht in neue Sklavereien begeben wollen und werden.

Der Öffentlichmachung machen sich aber auch Dienste wie Facebook schuldig. Sie bieten ihre Foren und Plattformen an, sodass 1,5-millionenfach das live aufgezeichnete Video des faschistischen Mörders heruntergeladen und neu gepostet werden konnte. Da zeigt sich, dass Facebook dies alles offen gewähren lässt, während es an anderer Stelle, wo es seinen Interessen nicht nützt, knallhart abschotten kann. Diesen Montag dann der nächste Revolver-Angriff in einer Straßenbahn im holländischen Utrecht.

Gleichzeitig beginnt diese Woche der Chemnitz-Prozesses, und zwar in Dresden, weil in Chemnitz kein „geeigneter“ Raum zur Verfügung stehe und man neues braunes „Brodeln“ befürchtet. Die Hintergründe der Tat werden im Dunkeln gehalten, damit man die „Volkswut“ besser steuern kann. Der braune Mob kündigt schon mal seine nächsten Aktionen an. Wie akut das ist, zeigte am Wochenende die Nazi-Hooligan-„Trauerfeier“ im Stadion in Chemnitz. Die Polizei weiß von nichts und lässt alles gewähren.

Weiter gab es Beiträge zu Hartz IV, zu den Sanktionen und der üblen Behandlung der Betroffenen seitens der Jobcenter und den zerstörten Hoffnungen

der Menschen. Aber so ist der Kapitalismus. Man muss selbst aufräumen mit dem Märchen vom Sozialstaat, denn den gibt es nicht.

Frauen müssten noch immer 77 Tage umsonst arbeiten, also in diesem Jahr bis zum 18. März, wenn sie den Rest des Jahres auf das durchschnittliche Lohnniveau der Männer kämen, worauf der „Equal Pay Day“ hinweist. Die ungleiche Bezahlung ist politisch gewollt und soll auch gerade in Ostdeutschland so bleiben.

Deutsche Bank und Commerzbank sollen endlich fusionieren, denn Deutschland hat keine weltmarktführenden Banken. Das soll anders werden, auch wenn auf diese Weise jeder dritte Arbeitsplatz gefährdet wird. Der Staat musste in der Finanzkrise der Commerzbank schon unter die Arme greifen, eine Rückzahlung ist bisher nicht erfolgt. Die Deutsche Bank stolpert von Krise zu Krise, von Betrug zu Betrug. Zu alledem sagen wir Nein!

Am **Sonnabend, dem 23. März 2019**, findet die **Demonstration** „Die Stadt muss allen gehören!“ zu **Mieten** und **Wohnungsfragen** statt. Treffen ist um **11 Uhr** am **Hauptbahnhof**. Nehmt breit daran teil! In 14 Tagen sehen wir uns wieder auf der Montagsdemo.

*Jobst Roselius*

Aber schade wär's doch: Theresa May muss nur noch drei Wochen vertrödeln, um Großbritannien aus der EU zu kicken („*Spiegel-Online*“)

Großbritannien braucht keine Abgeordneten ins Europaparlament zu schicken:  
Man muss nur ihre Sitze freihalten und als notorische Neinstimmen zählen („*Spiegel-Online*“)

Her mit Gendersternchen und Symbolpolitik: „Wenn die Linke sich auf die Themen Rasse und Identität konzentriert, können wir sie zermalmen“ („*Die Zeit*“)

Doch nicht etwa Carsten Meyer: Wer wird Bremen-Trump und rettet die CDU aus ihrer Personalnot? („*Spiegel-Online*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 698. Bremer Montagsdemo

## am 01. 04. 2019

### Enteignung der Miethaie!



Letzte Woche gab es eine große Demonstration in Bremen: „Die Stadt muss allen gehören“. Die Mieten steigen immer schneller, zurzeit um etwa fünf Prozent jährlich – in vielen Städten, auch in Bremen, jedoch noch viel mehr, in Berlin zum Beispiel letztes Jahr um 13 Prozent. Die Einkommen stiegen aber nur um 2,5 Prozent, bei Arbeitslosen noch viel weniger. Wohnungsbau wurde zum Profitgeschäft von Monopolen wie Vonovia. Die „Mietpreiskontrolle“

ist völlig gescheitert, „Baukinderzuschlag“ gibt es nur für Besserverdienende.

Alles wird den Profitinteressen der Monopole geopfert: Wohnen, Wasser, Energie, die ganze Natur. Das ist auch der Hintergrund für die Umweltkatastrophe. Unsere „Mutter Erde“ muss allen gehören und nicht einzelnen, deshalb muss das ganze System geändert werden. Enteignung der Miethaie! Es darf nicht sein, dass grundlegende Lebensbedürfnisse wie Wasser, Luft, Essen, Wohnen der Profitgier unterworfen sind. Am **6. April 2019** gibt es eine **Demonstration** in 13 europäischen Ländern und Kanada gegen Verdrängung und **Mietwahnsinn**. Außerdem heißt es jede Woche: „Fridays for Future“! –

In Sachen Brexit lehnt das Unterhaus jegliche Vorschläge ab. Über eine Million Menschen demonstrierten in London für den Verbleib in der EU, über sechs Millionen unterschrieben eine Petition für eine erneute Volksabstimmung. Was ist der Hintergrund? Die britische Wirtschaft ist stark zurückgefallen. Bestimmte Konzerne rechnen sich Chancen aus, außerhalb der EU bessere Verträge mit den USA und China zu bekommen und träumen von einem neuen britischen Weltreich.

Andere Konzerne, vor allem die europäischen Autohersteller, sind strikt gegen einen Brexit und drohen mit dem Abzug ihrer Produktion. In Parteien und Gesellschaft gibt es eine tiefe Spaltung zwischen Brexit-Befürwortern und -Gegnern. Für die Scheinalternative EU wird geworben von Bundesregierung und bürgerlichen Parteien in Deutschland: „Die EU ist immer euer Zuhause“.

Wie freundlich die EU ist, zeigt sich beim Vorgehen gegen Flüchtlinge, die man gnadenlos ertrinken lässt: „Frontex“ wird ausgebaut, Europa eine Festung. Deutsche Regierung und Konzerne fürchten hohe Verluste durch den Brexit, da-

zu den Verlust der größten europäischen atomaren Militärmacht. Die EU ist ein imperialistisches Bündnis; die größten Monopole darin profitieren am meisten davon und geben den Ton an. Andere Länder und Völker werden dagegen gnadenlos ausgesaugt, wie es das griechische Volk erfahren musste.

Die EU ist nichts „Fortschrittliches“. Aus gutem Grund haben daher auch Millionen Briten für den Brexit gestimmt, weil sie das ablehnen – und nicht weil sie engstirnige Nationalisten sind. Die gibt es natürlich auch. Die Lösung kann nur darin liegen, den Kampf aufzunehmen für die demokratischen und sozialen Rechte und sich von unten zusammenzuschließen, gegen die Monopole und ihre Regierung, hierzulande wie in Großbritannien. –

Seit 141 Tagen ist Leyla Güven im Hungerstreik, erst in der Türkei, jetzt in Straßburg. Tausende sind weltweit im Hungerstreik für die Freilassung Öcalans, der seit 2011 keinen Besuch mehr erhalten hat. Ihr Kampf wird in den bürgerlichen Medien totgeschwiegen, auch „Amnesty International“ unterstützt ihn nicht. Solidarität mit den Zielen und dem Kampf dieser mutigen Kurden! Ein Hungerstreik ist eine zweischneidige Protestform. Wir brauchen lebendige und gesunde Kämpfer gegen den Faschismus! –

Die MLPD erhebt Verfassungsklage gegen den Bankenboykott. Das Landgericht Dortmund hatte eine Berufung abgelehnt: „Die Diskriminierung einer politischen Partei in Form der verweigerten Geschäftsbeziehung bleibt der privaten Kreditwirtschaft freigestellt.“ Banken haben also mehr Rechte als politische Parteien? Aber sich durch Steuerzahler retten zu lassen, wie die Commerzbank, ist erlaubt?

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Freitagnachmittag, 16 Uhr: Den jungen Klimaschützern muss erst mal das „Problem mit der MLPD“ erklärt werden (*„Rote Fahne News“*)

Nur kein Chaos vor der Europawahl: Lässt sich bis Halloween das Brexit-Gespenst vertreiben? (*„Die Zeit“*)

Hartz-IV-Sanktionsquote steigt weiter an: Arbeitsmarkt-Experten und Sozialrichter versuchen, die drastischen sozialen Folgen für Betroffene zu relativieren (*„Junge Welt“*)

„Routiniert mit extremer Spaltung“: Kommt nach der Bremenwahl die Groko mit Carsten Meyer-Sieling? (*„Die Welt“*)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 699. Bremer Montagsdemo

## am 15. 04. 2019

### Wir haben keine zweite Welt



Wir sind begeistert über die neue internationale Jugendbewegung für Umwelt- und Klimaschutz, die auch in Deutschland sehr aktiv ist. Freitag für Freitag gehen Zehntausende Schülerinnen und Schüler unbeirrt und radikal mit ihren Forderungen auf der Straße. Sie lassen sich nicht einschüchtern und sind empört, wenn ihnen Politiker wie FDP-Chef Lindner oder CDU-Kanzlerkandidatin Kramp-Karrenbauer vorwerfen, dass sie „die Zusammenhänge der Klimakrise nicht verstehen“.

Die Jugend versteht sehr gut, dass der Planet auf einen Kollaps zurast und die Zukunft der Menschheit von den Herrschenden an die Wand gefahren wird. Greta Thunberg sagt es ganz klar: „Wir sind nicht gekommen, um die Weltelite anzubetteln. Sie hat uns in der Vergangenheit ignoriert und wird das auch zukünftig tun. Aber die wahre Macht liegt bei den Menschen!“

Die Bewegung „Fridays for Future“ wird gern als Generationenkonflikt abgewertet, und man will uns weismachen, es genüge, wenn jede(r) umweltbewusst und nachhaltig lebt. Aber die Unterrichtsboykotte, Kundgebungen und Demonstrationen drücken etwas anderes aus: Entscheidende Änderungen müssen *gegen* die Herrschenden durchgesetzt werden, und wir müssen uns dafür zusammenschließen.

Am 8. April 2019 stellten vier Vertreter(innen) der zentralen „Fridays for Future“-Gruppe das Papier „Unsere Forderungen für den Klimaschutz“ im Berliner Naturkundemuseum vor. Es enthält wichtige Kernforderungen wie jene nach 100 Prozent erneuerbarer Energieversorgung bis 2035, nach einem Ende der Subventionen für fossile Energieträger und nach Abschaltung jedes vierten Kohlekraftwerks bis Ende 2019. Dem Ziel, eine globale Klimakatastrophe abzuwenden, wird das Forderungspapier jedoch nicht gerecht, weil es das Pariser Klimaabkommen als Schlüssel betrachtet.

Die darin getroffenen Selbstverpflichtungen sind aber alle freiwillig! Nichts daran ist verbindlich. Das Pariser Abkommen preist sogar Atomkraft und Fracking als Alternativen und verspricht den Erdöl-, Auto-, Kohle- und Atomkonzernen, weiterhin Maximalprofite mit ihrer umweltzerstörenden Produktion zu erzielen. Das inter-

nationale Finanzkapital als Hauptverursacher der Klimakrise wird ausgeblendet, und die „Fridays-for-Future“-Bewegung soll in systemkonforme Bahnen gelenkt werden.

Was nützen Appelle an die Regierung, die doch bereits die ganze Zeit im Interesse der Konzerne wirksame Umweltschutzmaßnahmen verhindert und die Energiewende ausbremst? Viele Jugendliche suchen nach einer gesellschaftlichen Alternative und geben Greta Thunberg recht: „Wenn die Lösungen in diesem System so unmöglich zu schaffen sind, sollten wir das System selbst ändern!“

Die Herrschenden wollen unbedingt verhindern, dass sich diese gesellschaftsverändernde Richtung durchsetzt. Deshalb versuchen selbsternannte Führer in der „Fridays-for-Future“-Bewegung, antikapitalistische und sozialistische Positionen auszugrenzen. Die breite Masse der Jugendlichen lehnt eine Spaltung der Umweltbewegung ab und verteidigt das Selbstverständnis von einer „überparteilichen Bewegung gleichgesinnter Klimaaktivisten“.

Es ist wichtig, für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Menschen und Organisationen einzutreten, die wirklichen Umweltschutz konsequent wollen! Deshalb sollten wir uns als Montagsdemonstranten einreihen in die „**Fridays-for-Future**“-Bewegung. Die protestierenden Schülerinnen und Schüler treffen sich jeden Freitag um **10 Uhr** auf dem Marktplatz. Die nächsten Höhepunkte werden am **26. April** und am **24. Mai 2019** stattfinden.

Die **Demonstration am 1. Mai** ist die nächste Gelegenheit auch für die „Fridays-for-Future“-Bewegung, gemeinsam mit anderen für Umwelt- und Klimaschutz einzutreten und die Zusammenarbeit von Umweltbewegung und Arbeiterbewegung zu fördern.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Wie gut, dass Macron die Vermögensteuer abgeschafft hat: Sonst könnten Frankreichs Milliardäre gar nicht für den Wiederaufbau von Notre-Dame „spenden“, um von den Forderungen der „Gelbwesten“ abzulenken („*Focus*“)

„Das schwächt die Volksherrschaft“: Wenn die Großunternehmen den Parteien nicht mehr „als eine Art Großbürger“ Großspenden machen („*Focus*“)

Julian Assange wollte doch dazu aussagen: Russischer Geheimdienst soll Clinton-Mails gehackt und „Wikileaks“ zugespield haben („*Russia Today*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 700. Bremer Montagsdemo am 29. 04. 2019



## Notwendig ist mehr Aktivität in wesentlichen Fragen



Am ersten 1. Mai sind alle glücklich und in Arbeit! Schön wäre es, aber so ist es nicht. Die Teilnahme an der 700. Montagsdemo ist dennoch mit zwei Händen zu greifen. So ist es momentan leider, obwohl so viele brennende Fragen auf der Tagesordnung und die Menschen dabei sein müssten.

Die „Formate“ und Konzentrationen haben sich verschoben. Im März fand die Mietendemo mit 1.500 Teilnehmern statt. Dazu hatte auch die Montagsdemo aufgerufen. Jetzt fand eine Wohnen-Demo in Hamburg statt. An Freitag von 10 bis 12 Uhr gibt es fast alle vierzehn

Tage die Demonstration der Jugend „Fridays for Future“, daran haben einzelne der Montagsdemo auch schon teilgenommen.

Andere sind aktiv bei „Omas gegen Rechts“, weil sie das gut finden und auch schaffen. Es gibt viele Aktivitäten, die sich überlappen und trotzdem eigenständig sind. Dabei geht das Bemühen um Gemeinsames verloren. Es ist darum notwendig, über Veränderungen nachzudenken und dann auch Veränderungen zu beschließen.

Teile der Montagsdemo haben am 1. Mai wieder einen kleinen Stand aufgebaut und Flugblätter verteilt. Es gab zwei Demonstrationen. Die traditionelle Demo des DGB vom Weserstadion zum Domshof mit anschließender Kundgebung hatte den IG-Metall-Vorsitzenden als Hauptredner.

Eine eigene, kleinere Demo gab es von Leuten, die nicht hinter den Funktioniären „hinterhertrotten“ wollten. Hier hatten sich die selbsternannten Führer der parteifreien und autonomen Richtung zusammengefunden. Dies kann man aber nur als Spaltung bezeichnen.

Die politische Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung der lebendigen offenen Gesellschaft muss geführt werden. Nach den Wahlen wollen uns die Herrschenden auch in Bremen ein neues Polizeigesetz auf-tischen, das die demokratischen Rechte einschränken wird. Da ist der gemeinsame Kampf notwendig.

Aber es ist auch notwendig, alle Menschen, die Berufstätigen und die Erwerbslosen, zu mehr Aktivität in allen wesentlichen Fragen aufzurufen. Von selbst wird sich nichts erledigen. Nur der Unmut und das Gefühl, nichts machen zu kön-

nen, werden zunehmen, und das ist ganz im Sinne der Herrschenden. Wir haben viel zu tun! Packen wir es gemeinsam an!

*Jobst Roselius*



[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 701. Bremer Montagsdemo

## am 13. 05. 2019

### Wir brauchen sozialen Wohnungsbau *und* Umweltschutz!



Der soziale Wohnungsbau ist in den letzten beiden Jahrzehnten massiv eingebrochen: Inzwischen haben wir in Bremen nur noch 8.000 statt 80.000 Sozialwohnungen wie 1991. In diesem Zeitraum ist gleichzeitig die Armut massiv angestiegen. Das Fehlen bezahlbarer Wohnungen ist eines der drängendsten Probleme in dieser Stadt.

Trotzdem wird vor allem hochpreisiger Wohnungsbau wie in der Überseestadt vorangetrieben. Es gab zwar immer wieder leere Versprechungen der im Senat regierenden Parteien in den letzten Jahren, aber eine Wende hin zum massiven Ausbau des dringend notwendigen sozialen Wohnungsbaus hat es bis heute nicht gegeben.

Stattdessen werden ohne Rücksicht auf die Natur und die Gesundheit der Menschen die wichtigen „grünen Lungen“ unserer Stadt zerstört. Die Gartenstadt Werdersee zerstört eine naturbelassene Fläche von acht Fußballfeldern neben dem Friedhof Huckelriede. Dabei liegt auf der anderen Seite des Friedhofs ein Bundeswehrgelände, das bereits asphaltiert ist und gut für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden könnte.

Die Galopprennbahn in der Vahr soll jetzt das nächste Opfer werden. Anstatt diese „grüne Lunge“ zu schützen und zu einem Naherholungsgebiet zu machen, wird vom Senat die Bebauung favorisiert. Er ist ein Skandal, dass der Senat 250.000 Euro aus öffentlichen Geldern verschleudert, um das Volksbegehren der Bürgerinitiative zu manipulieren.

Mit dem fadenscheinigen Argument „Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum“ werden immer mehr Grünflächen versiegelt und durch Großinvestoren gewinnträchtiger Wohnungsbau betrieben. Warum werden nicht alle bereits versiegelten Flächen für den sozialen Wohnungsbau genutzt? Die Grünen fabulieren auf ihren Wahlplakaten: „Für den Erhalt der Grünflächen“, doch in Wirklichkeit betreiben auch sie permanent die Zerstörung der „grünen Lungen“ dieser Stadt. Gar-

tenstadt Werdersee, Rennbahn, Abholzung der Platanen am Neustädter Deich: All diese Projekte haben sie federführend vorangetrieben.

Jetzt prüft der Senat bereits die Bebauung von Kleingartenanlagen in unserer Stadt. Diesem profitorientierten Treiben auf Kosten der Natur und unserer Gesundheit müssen wir gemeinsamen Widerstand entgegensetzen! Deshalb sage ich beim Volksbegehren am 26. Mai 2019 ganz klar: Ja zum Erhalt der „grünen Lunge“ Rennbahn! Ja zum massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus auf bereits versiegelten Flächen in der Stadt!

Deshalb unterstützen wir die Unterschriftensammlung der Bürgerinitiative für ein Volksbegehren zur Rettung der Platanen. Deshalb unterstützen wir die weltweite Bewegung „**Friday for Future**“ und nehmen teil am nächsten Höhepunkt, dem globalen **Klimastreik zur Europawahl**, am **24. Mai 2019 ab 10 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**.

Deshalb führen wir auch unsere erfolgreiche Unterschriftensammlung für ein Verbot des hochgiftigen Frackings weiter. Bisher haben wir über 1.600 gesammelt. Wer sich dauerhaft für einen radikalen Umweltschutz engagieren möchte, kann in der „**Umweltgewerkschaft**“ aktiv werden. Das nächste **Treffen der Arbeitsgruppe „Stop Fracking“** findet am **26. Mai 2019 um 15 Uhr** im **Gemeindezentrum Zion, Kornstraße 31**, statt.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Weißrussland oder Transnistrien: Carsten Sieling traut sich, was Ypsi-Püppi nicht durfte (*„Tagesspiegel“*)

Käuflich fürs Kapital: So sind sie, die rechten Saubermänner (*„Spiegel-Online“*)

## Wo ist die „Alternative zu Ultrarechten, Rassismus und Faschismus“?

Knapp zwei Wochen sind es noch bis zu den Europa- und Bürgerschaftswahlen. Bürgerliche Parteien und Medien überschlagen sich mit Lobhudeleien auf die EU: Sie sei die „Alternative zu Ultrarechten, Rassismus und Faschismus“. Aber wie sieht es wirklich aus? Die EU ist ein imperialistisches Bündnis. Das Finanzkapital herrscht, und entsprechend werden Gesetze diktiert – völlig egal, wie das EU-Parlament zusammengesetzt ist. Die Flüchtlingspolitik ist unmenschlich. Massenhaft werden Arbeitsplätze vernichtet, die Umwelt zerstört, denn alles ist dem Profit untergeordnet.

In Griechenland sind die Renten von 1.250 auf 680 Euro gesunken. Die Hilfgelder für das Land landeten zu über 95 Prozent bei deutschen und französi-

schen Großbanken. Bei diesem brutalen Angriff auf das griechische Volk war die EU als Teil der „Troika“ führend beteiligt. Daraus resultierten Milliardenprofite für den deutschen Staat, doch die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland liegt nun über 36 Prozent. Auch in Spanien sind es über 32 Prozent. Protest gegen diese EU ist völlig berechtigt! Und er muss von links kommen!

Zurzeit verschärfen die USA ihren Handelskrieg gegen China: Auf fast alle Güter werden Zölle von 25 Prozent erhoben. Vor der Küste Irans werden Flugzeugträger und Raketenysteme stationiert. Gedroht wird mit dem Einmarsch in Venezuela. Das alles ist Imperialismus! Auch die EU ist weltweit kriegerisch zur Unterjochung anderer Völker unterwegs. Wir müssen Klarheit darüber bekommen, was Imperialismus heißt, und ihn insgesamt überwinden. Das geht nicht durch „Erneuerung der EU“ – machen wir uns nichts vor, und lassen wir uns nichts vormachen!



Gut, dass eine Debatte entstanden ist über die grundlegende Systemfrage, über den Sozialismus, sogar bis in die SPD hinein! Wir müssen selbst aktiv werden, neue Politiker braucht das Land. Das sind zum Beispiel auch die Kandidaten der „Internationalistischen Liste“/MLPD, aber nicht nur: Jeder hier wird gebraucht!

Thyssen-Krupp will nach dem Scheitern der geplanten Fusion mit Tata 6.000 Arbeitsplätze abbauen, davon allein 4.000 in Deutschland. Daimler will seine Leiharbeiter entlassen, Siemens die Kraftwerksparte mit 80.000 Beschäftigten ausgliedern. Auch deswegen am 26. Mai die „Internationalistische Liste“ wählen – und vor allem selbst aktiv werden! Ich möchte euch herzlich einladen zur **Kundgebung** der „Internationalistischen Liste“ am **Freitag, dem 17. Mai 2019, um 16 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**. Dort spricht einer der Spitzenkandidaten, Peter Weisspfenning, und es gibt ein Offenes Mikrofon.

In Istanbul wurde der gewählte Bürgermeister auf Betreiben des Wahlverlierers Erdogan abgesetzt. Die Protestbewegung wächst. Hoch die Internationale Solidarität! Die FDP will jegliche Kritik an der Politik der israelischen Regierung per Gesetz als „antisemitisch“ brandmarken lassen und nimmt damit den wirklichen Antisemitismus aus der Schusslinie. Eine Petition dagegen kann man online unterschreiben. Solidarität mit dem palästinensischen und kurdischen Freiheitskampf! Gegen die rassistische Siedlungspolitik und die blutige Unterdrückung der Palästinenser durch die Netanjahu-Regierung!

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Selbstkritik am Gendersternchen: Sind Schutzräume und Stärkungen für Minderheiten nur mit „konkreter Arbeit an der Sprache“ zu haben? („Spiegel“)

Wer hat schon die Wahlliste für die Europawahl gesehen? Auf der Liste der „Linken“ kandidiert Claudia Haydt von der „Informationsstelle Militarisation Tübingen“. Die Liste „Die Partei“ wird angeführt von Bormann über Speer, Goebbels, Himmler, Göring und andere einschlägige Namen. Im Nachbarort Busenbach haben sie zuletzt mit dem Slogan „Mehr Busen und weniger Bach“ geworben. Es könnte also ebenso lustig wie interessant werden, auch für chronische Nichtwähler – besonders wenn die beiden Haupt-Hartz-Parteien wieder wie in Hessen und Bayern um zehn oder elf Prozent abstürzen. Dann ist bewiesen, dass Hartz IV bei vielen Bürgern angekommen ist. Also, schaut euch mal die Wahlzettel zur Europawahl an! Mit frechem Grinsen.

*Zuschrift von Michael Waldmann, Karlsbad, am Wahlsonntag*

Manchmal ist es einfach Zeit zu gehen: Oder sind Sie doch eher für *Remain?* („*Der Postillon*“)

Wahldebakel: 15 Jahre nach Einführung von Hartz IV ist die SPD so gut wie tot („*Spiegel-Online*“)

So gaga ist nur Akakka: „Youtube“-Influencer mit Medienkonzernen vergleichen und „Regeln gegen Meinungsmache im Wahlkampf“ fordern („*Tagesspiegel*“)

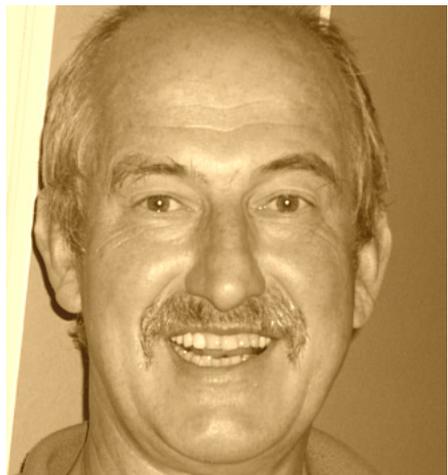
[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 702. Bremer Montagsdemo am 27. 05. 2019

## Weitermachen? Da hat Sieling sich aber geschnitten!

Beim gestrigen Superwahltag haben die Regierungsparteien fast aller europäischen Länder hohe Stimmeneinbußen erlitten. Die EU-Krise ist nicht beigelegt worden, sondern hat sich vertieft.

In Deutschland haben CDU/CSU und SPD zusammen nur noch 44 Prozent der Stimmen. Von „groß“ kann bei dieser Koalition nicht mehr die Rede sein! Die SPD schnitt mit 15,5 Prozent ab, ein Minus von 11,8 Punkten, die CDU/CSU mit 28,3 Prozent, das sind minus sieben Punkte. Diese Regierung hat keine Legitimation mehr! So hat sich auch in Deutschland die latente politische Krise vertieft.



Dass die Grünen mit 20,3 Prozent, fast einer Verdoppelung ihres Stimmenanteils, Wahlsieger geworden sind, ist Ausdruck davon, dass Umweltfragen eine immer wichtigere Rolle spielen, viele aber noch nicht durchschaut haben, dass die Grünen sich längst vom Kampf gegen die großindustriellen Umweltzerstörer verabschiedet haben und, wie die Regierungsparteien auch, nur den Interessen des Großkapitals nach Höchstprofiten dienen.

Die AfD bekam 10,8 Prozent. Das sind 3,7 Punkte mehr als 2014, aber fast zwei Punkte weniger als bei der Bundestagswahl vor knapp zwei Jahren – und schon gar nicht das Ziel von 20 Prozent, das sie selbst sich gesteckt hatten. Hier trägt der wachsende antifaschistische Kampf Früchte. Schlimm ist jedoch, dass in Sachsen und Brandenburg die AfD nun stärkste Partei ist, was zeigt, dass viele Menschen dort immer noch denken, diese Wegbereiterin des Faschismus sei eine Protestpartei.

Der Kampf gegen Rechtsentwicklung und faschistische Tendenzen muss gestärkt werden! Gute Ansätze gab es dazu in den letzten Wochen: Vorletzten Sonntag demonstrierten über 150.000 Menschen in mehreren Städten in Deutschland und vorgestern nochmals 5.000 in Bremen gegen Rechts.

Die Linkspartei kam bundesweit nur noch auf 5,4 Prozent. Die „Internationalistische Liste/MLPD“ erhielt 18.340 Stimmen. Sie hat als einzige konsequent

den imperialistischen Charakter der EU aufgedeckt. Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen erhielten nach bisherigem Auszählungsstand die CDU 26,2, die SPD 25,1, die Grünen 17,6, „Die Linke“ 11,1 und die AfD 6,4 Prozent, wobei letzteres Ergebnis immer noch viel zu hoch ist.

Wenn Carsten Sieling nun aber meint, mit nur noch 25 Prozent weiterregieren zu können, das sind 17 Prozent der Wahlberechtigten, dann hat er sich geschnitten. Die Parole „Wir lieben Bremen“ auf den SPD-Plakaten beruht nicht auf Gegenseitigkeit. Es wird in Zukunft schwieriger werden, Regierungen zu bilden, und sie werden eine immer kürzere Lebensdauer haben.

Das soll uns nicht kümmern: Entscheidendes passiert nicht bei den Wahlen, sondern auf der Straße und in der Fabrik. Organisieren wir uns! Gemeinsam gegen Sozialabbau, Kriegsvorbereitung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen auf dem Altar des Profits!

Bei der Bürgerschaftswahl sind verschiedene kurdische Kandidaten auf der Liste der Linkspartei angetreten. Herzlichen Glückwunsch für ihr zum Teil gutes Abschneiden! Der Hungerstreik von mehreren Tausend Kurden wurde inzwischen beendet, nachdem Öcalan wieder von seinen Anwälten besucht werden darf. Der Hungerstreik hatte sich gegen die menschenrechtsverletzende Isolationshaft Öcalans gerichtet. Herzlichen Glückwunsch und hoffentlich vollständige Genesung der Hungerstreikenden!

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Abgelehnt: Mehrheit der Bremer will keine Bebauung der Galopprennbahn  
(„Radio Bremen“)

Zugestimmt: Bremer Grüne und „Linke“ wollen  
Verhandlungen für Rot-Grün-Rot („Die Zeit“)

„Lenin, Stalin, Kevin“: Blöde Namenswitze sind  
immer die lustigsten („Heute-Show“)

Die nächste Bremer **Montagsdemo mit Offenem Mikrofon** beginnt wegen des Pfingstfestes erst am **24. Juni 2019** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Im Anschluss findet eine Nachbesprechung zur weiteren Planung statt. Die Folgetermine sind immer in den geraden Kalenderwochen.

Pippi für Pippi: Mutti und Akakka für Meinungsfreiheit („Nachdenkseiten“)

Pippi zischt ab: Wird sich die SPD ihren nächsten Vorsitzenden wieder von den Konzernmedien empfehlen lassen? („Die Welt“)

Liegt's an der „Frauenfeindlichkeit“: Oder am Opfern der Zukunft

der Jugend für die Unternehmensgewinne? („*Rote Fahne News*“)

„Olaf, die Unternehmensteuern müssen runter“: Auf Zuruf des BDI schreibt die Kanzlerin eine SMS an den Finanzminister („*Spiegel-Online*“)

So werden wir regiert: „Man muss Gesetze kompliziert machen. Dann fällt das nicht so auf. Notwendiges wird ja oft unzulässig in Frage gestellt“ („*Spiegel*“)

Anführungsstriche vergessen: Kontrolliert denn keiner das Jüdische Museum? („*Spiegel-Online*“)

„Was an linker Identitätspolitik so gefährlich ist“: „Man gibt die Möglichkeit preis, sich im Dienste von etwas Höherem, zum Beispiel für soziale Gerechtigkeit, zu solidarisieren“ („*Tageszeitung*“)

Trollt sich: Fleischhauer kriegt von Ex-Bundesrichter Fischer die Hammelbeine langgezogen („*Spiegel-Online*“)

„Seid stolz auf das Erreichte“: Gerhard Schröder sorgt sich um die Agenda 2010 und lässt seine Co-Ex-SPD-Chefs einen nichtssagenden Aufruf unterschreiben – bloß Pippi kneift („*Spiegel-Online*“)

Hartz IV muss weg: Sanktionen sofort abschaffen! Regelsatz sofort rauf auf 582 Euro! („*Neues Deutschland*“)

Mit 15 Euro pro Monat geht's los: Das bedingungslose Grundeinkommen kommt als Rückzahlung aus der Kohlendioxidsteuer, und der Staat zahlt den Banken für alle die Kontoführungsgebühr („*Spiegel-Online*“)

Hitzewallung: Mutti kriegt das Zittern, Greta ein Einser-Zeugnis („*Spiegel*“)

Demokratie-Wunder in Istanbul: Oppositionskandidat darf bei Wiederholung der Bürgermeisterwahl nun doch gewinnen („*Focus*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 703. Bremer Montagsdemo

## am 24. 06. 2019

### Problemvertagung, Postenschacher und Pfefferspray



1. Bei der Bürgermeisterwahl in Istanbul hat Ekrem Imamoglu von der oppositionellen CHP am vergangenen Sonntag gut 54 Prozent der Stimmen bekommen, noch mehr als bei seiner ersten Wahl. Deren Annullierung war also eine schwere Schlappe für Erdogan. Herzlichen Glückwunsch! Hoffentlich ist das der Anfang vom Ende der faschistischen Erdogan-Diktatur.

Der EU-Gipfel ist gescheitert. Das Ziel der Klimaneutralität wurde auf 2050 vertagt, und nicht mal dabei ist man sich einig. Dafür steht neuer Postenschacher im Mittelpunkt. Die EU und in vielen ihrer Länder die Regierungen beziehungsweise deren Parteien stecken in der Krise. In Deutschland kommen CDU/CSU und SPD zusammen noch auf 36 Prozent Zustimmung. Diese Regierung hat jegliche Legitimation verloren. Neuwahlen!

Es ist gut, dass immer mehr, vor allem junge Leute die Rettung von Mensch, Natur und Erde in die eigene Hand nehmen. 40 000 Menschen waren es am Freitag in Aachen, 6.000 im Tagebau Garzweiler. Diese mutigen Leute kämpfen für unser aller Überleben! Aber die Polizei setzt Pfefferspray gegen sie ein, obwohl es gefährlich ist und töten kann.

Am 2. Juni 2019 wurde in Kassel Walter Lübcke ermordet, ehemaliger Regierungspräsident in der Stadt. Tatverdächtig und geständig ist der mehrfach vorbestrafte Faschist Stephan Ernst, Mitglied der Gruppe „Combat 18“, die Zahl steht für die Initialen Adolf Adolf Hitlers. Erst zwei Wochen nach dem Mord wurde dieser Spur nachgegangen. Das Rumlügen zuvor über ein „persönliches Umfeld“ erinnert fatal an die NSU-Morde. Diese wurden auch nach dem Urteil gegen Beate Zschäpe längst nicht aufgearbeitet.

„Verfassungsschutz“-Agent Andreas Temme, der bei einem NSU-Mord persönlich dabei war, wurde später direkter Mitarbeiter von Ministerpräsident Bouffier, der alles vertuschte und ein Aussageverbot für Beamte aussprach. Der „Verfassungsschutz“ ist immer dabei! Den braunen Sumpf austrocknen! Verbot aller fa-

schistischen Organisationen wie „Combat 18“! Auflösung des „Verfassungsschutzes“! Zwölf Städte haben sich gegen Fremdenfeindlichkeit zusammengeschlossen und als „Städte sicherer Häfen“ erklärt, darunter Kiel und Rostock. Wann folgen Bremen und Bremerhaven?

2. Bei der Nachbesprechung zur 703. Montagsdemo wurde der Vorschlag eingebracht, die **Montagsdemonstration** in **Bremen**, wie mittlerweile auch in den meisten anderen Städten, künftig an jedem **ersten Montag im Monat** zu machen – nicht um sie langsam einschlafen zu lassen, sondern um sie positiv umzugestalten: Die übrigen Montage sollen genutzt werden, um Leute dafür einzuladen und andere Organisationen oder Initiativen dafür zu gewinnen. So haben sich an diesem Montag die „Peta“-Demonstrant(inn)en am Offenen Mikrofon beteiligt.

Also jeden ersten Montag, dann mit mehr Leuten, vorbereiteten Themen (natürlich auch weiterhin spontan entsprechend der Situation), mit Musik und Kaffee. Es wurde kontrovers darüber diskutiert, aber die Abstimmung ergab dann eine klare Mehrheit für den Vorschlag. Die nächste Montagsdemo ist dann bereits **am kommenden Montag, dem 1. Juli**, und zwar ausnahmsweise am Bismarck-Denkmal auf dem **Domshof**, da der Marktplatz nach Auskunft des Ordnungsamtes wegen einer anderen Veranstaltung belegt ist. Folgetermine sind am **5. August, 2. September, 7. Oktober, 4. November** und **2. Dezember 2019**. Beginn ist um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Bereit zur Doppelspitze mit Kevin: „Omi fällt im Frühjahr aber immer für ein paar Wochen aus, weil in ihrer Frisur ein Storchenpaar nistet“ (*Anke Engelke*)

## **Aktiver Widerstand zur Rettung des Klimas setzt starkes Zeichen**

Am letzten Freitag war der monatliche Höhepunkt der „Friday-for-Future“-Bewegung im Braunkohle-Revier im Rheinland. In Aachen fand eine große Demonstration für die Rettung des Klimas statt. Die Teilnehmenden dieses ersten internationalen Klimastreiks kamen aus 16 Ländern. Der Protest gegen das politische Nichtstun der Regierungen wird immer stärker!

Es ist typisch, dass zur gleichen Zeit der EU-Gipfel in Brüssel krachend gescheitert ist, weil sich die Regierungen nicht auf ein Klimaschutzziel für 2050 einigen konnten. Der „Bundesverband der deutschen Industrie“ begrüßte umgehend, dass das neue Klimaziel für 2050 „nicht festgezurr“ wurde. Geht es nach den

Herrschenden, soll die fossile Verbrennung nach Jahrzehnte weiterlaufen. Das ist ein Skandal und ein Schlag ins Gesicht aller Umweltschützenden!

Die Monsterstürme in Mosambik, die extreme Hitze in Indien und die Dürre am „Horn von Afrika“ zeigen, wie dramatisch die Lage heute schon ist. Der Braunkohletagebau im Rheinland geht aber munter weiter: 11.400 Hektar dürfen von RWE mit Genehmigung der Landesregierung Nordrhein-Westfalens noch abgebaut werden. 35 Millionen Tonnen pro Jahr dürfen gefördert werden. Deshalb sollen weitere Dörfer dem Tagebau weichen.

Immer mehr Menschen stellen sich diesen Umweltverbrechern in den Weg. Wir müssen ihnen die Welt aus der Hand nehmen, bevor sie sie vollständig ruinieren! Welche Angst die Herrschenden vor dem Massenwiderstand haben, zeigen die letzten Tage im Rheinland. Im Vorfeld hatte das Polizeipräsidium Aachen in enger Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalens Innenminister Reul vergeblich versucht, die Klima-Aktivist(inn)en zu kriminalisieren und zur Einschüchterung einen Brief an die Bewegung „Fridays for Future“ gesandt.



Dieser Brief ging auch an die Elternverbände, das Kultusministerium, die Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf und sollte im Unterricht an den Schulen zum Thema gemacht werden. Die Polizei warnte in ihrem Brief vor „aggressiven Auseinandersetzungen“ und weist „Störer“ darauf hin, dass sie mit Einkesselung rechnen sollen. Die Jugendlichen werden aufgefordert, sich von der „gewaltbereiten linksextremistischen Minderheit“ fernzuhalten.

Es wird sogar behauptet, Demonstrierende hätten schon 2,1 Millionen Euro Schadensersatz zahlen müssen. Auch die „Bild“-Zeitung versuchte vergeblich, die Bewegung zu spalten mit ihrer Hetze vor sogenannten Linksextremisten. Diese Spaltung ist völlig gescheitert. Nicht die Schüler(innen) und das Bündnis „Ende Gelände“ oder die MLPD sind „extrem“, sondern ein System ist es, das die Umwelt für die Maximalprofite einer Handvoll Großkonzerne opfert!

Diese massiven Einschüchterungsversuche richten sich gegen alle demokratischen und fortschrittlichen Menschen, die sich für konsequenten Umweltschutz einsetzen. Hier soll Jugendlichen vorgeschrieben werden, mit wem sie protestieren und mit wem nicht. Die weltweite Jugendbewegung verstärkt ihre Kritik am kapitalistischen System. Was die Jugendlichen wollen, steht nicht im Pariser „Klimavertrag“. Sie lassen sich durch Phrasen nicht beeindrucken, sondern kämpfen für einen radikalen Umweltschutz und eine sofortige Wende in der Klimapolitik.

Trotz der Spaltungs- und Einschüchterungsversuche demonstrierten am Samstag über 10.000 Teilnehmende von „Friday for Future“ und „Ende Gelände“ gemeinsam. Die Polizei hat den Bahnhof von Viersen gesperrt, angeblich um „Straftaten“ zu verhindern. Auch dieser undemokratische Akt sollte die Demo behindern. Um an das Gelände des Tagebaus zu kommen, machten sich die

10.000 Menschen auf einen langen Fußmarsch. Es gab zahlreiche Aktionen zur Blockade der Braunkohle-Produktion im Rheinland: eine Fahrraddemonstration, eine 100 Meter lange Sitzblockade im von Abbaggerung bedrohten Dorf Keyenberg sowie die Blockade einer Bahnstrecke am Kraftwerk Neurath und am Tagebau Hambach.

1.000 Klimaaktivist(inn)en durchbrachen die Polizeikette und drangen in den Tagebau ein. Sie brachten vier der großen Schaufelbagger zum Stillstand. Die Polizei ging massiv vor, zunächst setzte sie Pfefferspray ein. „Ende Gelände“ schrieb dazu bei „Twitter“: „Pfefferspray kann extrem gefährlich und sogar tödlich sein. Warum wird es gegen Menschen eingesetzt, die für das Überleben der Menschheit kämpfen?“

Später wurden die Besetzer(innen) in einem Kessel festgehalten und trotz extremer Hitze die dringende Versorgung mit Getränken untersagt. Alle diese Unterdrückungsmaßnahmen konnten den Erfolg der aktiven Widerstands im Braunkohle-Tagebau nicht verhindern. Der Kampf für Klimaschutz *jetzt* geht schon am kommenden **Samstag, dem 29. Juni 2019**, in die nächste Runde: Kommt zur **Klima-Demo** um **11 Uhr** ab **Hauptbahnhof Bremen!**

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Bremen wird rot-grün-rot: Das neue Polizeigesetz heißt Versammlungsfreiheitsgesetz, und für den kostenlosen Nahverkehr gibt es einen Prüfauftrag  
(„*Tageszeitung*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 704. Bremer Montagsdemo am 01. 07. 2019

## Jetzt ist die Katze aus dem Sack



Das Versteckspiel ist beendet: Bürgermeister Carsten Sieling tritt ab. Was im rot-grün-roten Koalitionsvertrag vereinbart wurde und wie es dann umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Ob sich die Linkspartei einen Gefallen damit tut, in die Regierung einzutreten? Wie man hört, soll sie das Wirtschaftsressort bekommen. Das war's dann wohl mit dem Anspruch, eine Partei zu sein, die den Kapitalismus abschaffen will!

Das aber ist genau die Notwendigkeit, denn der Kapitalismus, die Profitwirtschaft, bedroht unser aller Leben. Umwelt und Natur werden so zerstört, dass in immer weiteren Gegenden der Erde kein Leben mehr möglich sein wird. Die weltweite Flüchtlingswelle von mehr als 70 Millionen Menschen gibt davon erst einen Vorgeschmack. Massenentlassungen in der Kohle-Branche, in der Autoindustrie (VW, Ford und Daimler) sowie bei BASF, Bayer und Deutscher Bank sind geplant beziehungsweise schon am Laufen.

Immer grauenhaftere Kriege werden vorbereitet und durchgeführt. Dagegen muss der Widerstand von unten organisiert werden! Millionen sind stärker als Millionäre, wenn sie sich zusammenschließen, ob im Kampf zur Rettung der Natur, der Arbeitsplätze oder des Friedens. Der G20-Gipfel in Osaka letzte Woche zeigte die ganze Unfähigkeit des weltweit herrschenden kapitalistischen Systems.

Massiv sind die USA im Persischen Golf aufmarschiert und drohen mit einem Krieg gegen den Iran. Der konstruierte Anlass, der Abschuss einer US-Spionagedrohne, ist genauso „glaubwürdig“ wie die ebenfalls auf „Geheimdienstinformationen“ basierende Lüge von Massenvernichtungswaffen, die zum letzten Irak-Krieg führte. In letzter Minute hat die US-Administration am 21. Juni 2019 einen bereits befohlenen Angriff auf den Iran gestoppt.

Ich fordere die Bundesregierung auf, sich weder direkt noch indirekt an einem solchen Krieg zu beteiligen! Es darf nicht zugelassen werden, dass von deutschem Territorium (Ramstein) aus US-Militärtransporte oder andere Maßnahmen für einen Krieg gegen den Iran durchgeführt werden! Durch die Straße von Hor-

mus wird ein Drittel der weltweiten Erdölförderung transportiert. Ein kriegerischer Zusammenstoß hätte unübersehbare Konsequenzen!

Bereits jetzt tobt im Jemen ein extrem grausamer Krieg. An die beteiligten Länder unter Führung Saudi-Arabiens gingen seit Jahresanfang 2019 deutsche Rüstungsexporte im Wert von 1,1 Milliarden Euro, unter Verbiegung von Gesetzen und Vereinbarungen. Damit ist Deutschland mitverantwortlich für das Elend und die damit anwachsenden Flüchtlingsströme, besonders Kriegsflüchtlinge.

Für Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen! Nicht nur die Atomwaffenproduktion im Iran oder in Nordkorea ist abzulehnen, sondern auch jene der USA! Sie haben als einziges Land bereits Atombomben bewusst zur Vernichtung von Hunderttausenden Menschen eingesetzt. Schluss mit den Rüstungsexporten! Für eine starke weltweite Friedensbewegung!

In Italien wurde die mutige Kapitänin der „Sea-Watch 3“, Carola Rackete, verhaftet, weil sie es nicht mehr verantworten konnte, wie die geretteten Flüchtlinge an Bord des Schiffs langsam vor sich hinstarben. Jetzt wird sie vom faschistischen Innenminister Salvini als „kriminelle Piratin“ beschimpft und mit Gefängnis bis zu 13 Jahren bedroht. Das Schiff wurde beschlagnahmt. Sofortige Freilassung von Kapitänin Carola Rackete! Freigabe des Schiffes! Keine Kriminalisierung von Lebensrettern! Volle Solidarität mit Kapitänin und Mannschaft der „Sea-Watch“!

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Das Maaßen-Fiasko war eine Ausnahme: Inkompetente Skandal-USchi soll zur EU-Kommissionschefin befördert werden („*Spiegel-Online*“)

Stand gar nicht auf dem Wahlzettel: Bremen bekommt einen neuen Bürgermeister, der von der CDU gelobt wird („*Tageszeitung*“)

## **Keine Maulkörbe für Skeptiker!**

*Im Bremer „Sozialkonflikt“-Mailverteiler wurde ein Interview der „Tageszeitung Bremen“ mit dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Peter Erlanson, weitergeleitet, der dem rot-grün-roten Koalitionsvertrag auf dem bevorstehenden Parteitag nicht zustimmen will. An die Moderatoren des Verteilers gerichtet, schrieb Landessprecherin Cornelia Barth zurück: „Liebe Leute, mit etwas Erstaunen habe ich diese Weiterleitung des taz-Artikels über den Verteiler zur Kenntnis genommen! Sicherlich schickt ihr nach Annahme des Koalitionsvertrages auch eine Stellungnahme des Landesvorstandes über den Verteiler, oder? Mit solidarischen Grüßen, Conny Barth“.*



Liebe Conny, Peter äußert mit offenkundiger Berechtigung sehr linke Bedenken an der künftigen Finanzierbarkeit des Krankenhausbereichs, in den er berufsbedingt tiefen Einblick haben dürfte. Natürlich gehören seine Informationen in den Verteiler hinein. Umso mehr erstaunt mich deshalb dein „Erstauen“, sprich: Missfallen an dieser Weiterleitung. Die Linkspartei wird mit Regierungseintritt ihr Verhältnis nach außen zu den Kräften der Bewegungslinken neu klären müssen. Informationsstopp und Maulkörbe für Skeptiker können da kein geeignetes Mittel

sein, denn konstruktive Zusammenarbeit bei weltanschaulichen Differenzen ist keine Selbstverständlichkeit. Es wäre naiv, wenn nicht arrogant zu meinen, auch alle parteilosen Linken müssten jetzt still und glücklich sein, weil die Linkspartei ja versuchen wird, die „Schalthebel der Macht“ zu ihrem Wohle betätigen zu dürfen.

Versteh mich nicht falsch: Ich freue mich durchaus über euren Mut zur Regierungsbeteiligung, weil damit ein bisschen Bewegung ins bürger(schaft)liche Parlament kommt, ohne dass man gleich einer Rechtsregierung Platz macht. Das bringt ja doch nur wieder mehr Hetze gegen Arbeitslose und „neue“ Rezepte aus der Mottenkiste mit sich. Noch immer gibt Herr Röwekamp in der Bremer CDU den Ton an, der Arbeitslose „unter Brücken schlafen“ lassen wollte, und auf Bundesebene fordert Frau Kramp-Karrenbauer einen „neuen“ Arbeitsdienst, weil dieser Staat es wert sei, dass man sich für ihn einsetze. Ich gratuliere nachträglich zum guten, zweistelligen Wahlergebnis und wünsche euch viel Erfolg – und dass ihr euch nicht bis zur Unkenntlichkeit unter neoliberalen Zwängen verbiegt, sondern dieses Bündnis im Notfall auch wieder platzen lasst! Herzliche Grüße.

*Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – Diese Zuschrift wurde im „Sozialkonflikt“-Mailverteiler nicht weitergeleitet.*

Lieber Gerolf, ob wir als „Die Linke“ die richtige Entscheidung getroffen haben, werden die nächsten Jahre zeigen. Wenn jemand allerdings glaubt, dass es keinen Unterschied macht, ob „Jamaika“ oder Rot-Grün-Rot am Start ist, dann weckt dies bei mir doch ernsthafte Zweifel, denn die Dinge sind etwas differenzierter und nicht nur schwarz und weiß.

Ich habe natürlich absolut nichts gegen „linke“ Kritik über den Verteiler. Aber der Verteiler ist meines Wissens moderiert, das heißt nicht alles kommt durch. Da hat es mich schon gewundert, dass die Positionierung eines Mitglieds der Bremischen Bürgerschaft in dieser Breite über den Verteiler geht. Peter ist



nicht wieder angetreten, da er vermutlich gegen seinen Gegenkandidaten verloren hätte. Dies hätte meines Erachtens aber nicht an seiner Haltung gelegen, sondern ganz klar an anderen Faktoren. Wenn unser Mitgliederentscheid fertig ist, sollen wir als „Linke“ aber auch noch mal mit einem Statement über den Verteiler kommen können.

Natürlich ist eine Koalition unter den bestehenden Bedingungen keine Lösung, sondern braucht unverändert entsprechend Druck und eine kritische Begleitung der eigenen Partei. Aber „Jamaika“ war für uns eben *keine* Alternative. Über weiteren Sozialabbau erreichst du auch keine Verstärkung der Bewegung oder des Widerstands. Da glaube ich doch eher an Veränderungsmöglichkeiten über Teilhabe und Verbesserungen. Ob und wie uns diese gelingen, bleibt abzuwarten. Allerdings hat es mich schon berührt, dass meine Klient(inn)en – ich mache niedrigschwellige Drogenarbeit – plötzlich anfangen, sich anders und hoffnungsvoller für Politik zu interessieren, nachdem sie mich im Fernsehen sahen und realisierten, dass ich da mitmische.

In Anbetracht der Tatsache, dass wir in der nächsten Legislatur nicht mehr Opposition, sondern Regierung sind, sind meines Erachtens außerparlamentarische Aktivitäten und Vernetzung mindestens so wichtig beziehungsweise noch wichtiger als zuvor. Auch wir als Partei müssen unsere Rolle neu finden und vor allem stärker wahrnehmen. Solidarische Grüße.

*Cornelia Barth (Landessprecherin „Die Linke Bremen“)*

Sozialer Sprengstoff: Wenn die „Klimaprämie“ auf den Hartz-IV-Satz angerechnet wird, zahlen die Ärmsten die Rechnung für die Klimarettung („*Junge Welt*“)

Griechische Linksregierung abgewählt: Aber was war jetzt eigentlich das Linke an der harten Sparpolitik? („*Spiegel-Online*“)

## **Berufungsverhandlung für Polizeirepression**

Am Donnerstag, dem 15. September 2016, gab es einen Versuch von Erwerbslosen, gegen den Auftritt der damaligen Bundesministerin für Arbeit, Andrea Nahles, zu protestieren, als ihr Ministerium eine Filmveranstaltung im Kino „City 46“ machte, um für die „Innovationsoffensive Futurale“ zu werben.

Dabei wurden zwei Erwerbslosen-Aktivist(inn)en durch die Bremer Polizei an der Verteilung von Flugblättern gehindert. Ein zivil gekleideter Polizist der Abteilung „Politische Polizei/Staatsschutz“ war nicht als solcher erkennbar. Die beiden Erwerbslosen wurden durch diesen rechtswidrigen Polizeiübergriff psychisch

und physisch geschädigt. Ihnen wurde ein Strafbefehl über mehrere Hundert Euro wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ zugesandt, gegen den sie Widerspruch einlegten.

Die Staatsanwaltschaft hat Berufung gegen den Freispruch vor dem Amtsgericht eingelegt. Die **Verhandlung** findet am **Dienstag**, dem **23. Juli 2019**, um **9 Uhr** in **Saal 253** des **Landgerichts**, Domsheide 16, statt. Zeigt eure Solidarität und kommt zum Prozess! Schluss mit der Polizeirepression! Weg mit den Hartz-IV-Bestrafungen!

*Zuschrift von Michael*

„Der Spiegel“ macht antikommunistische Propaganda: Es waren *doch* die Nazis, die den Reichstag in Brand gesetzt haben („*Junge Welt*“)

„Sag mal, wann fängst du so an mit dem Absacken“: Bette Midlers Urururgroßpapa saß beim Beschuss durch US-Unabhängigkeitskrieger im gleichen Flieger wie Donald Trump („*Spiegel-Online*“)

#EUschi: Alle sind überwältigt („*Spiegel-Online*“)

In Deckung: Akakka auf dem Schleudersitz („*Der Postillon*“)

Das war knapp: 266 von 347 von 580 von 620 Bremer Linksparteimitgliedern stimmen für den rot-grün-roten Koalitionsvertrag („*Die Zeit*“)

Parteimitglieder entscheiden über neue Regierung: Aber anders als die Bremer konnten die Briten vorher nicht wählen („*Junge Welt*“)

Die nächste Montagsdemo ist am **5. August 2019**. Folgetermine sind **2. September**, **7. Oktober**, **4. November** und **2. Dezember**.

Beginn ist um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 705. Bremer Montagsdemo

## am 05. 08. 2019

### Bremer Senat vertagt Klimaschutz und Verkehrswende – nicht mit uns!



Wir erleben jeden Tag den Verkehrsinfarkt durch lange Staus in und um Bremen. Wir erleben eine Zunahme von Gesundheitsschäden wie Asthma und Demenz und die Zerstörung der Umwelt und des Klimas durch Kohlendioxid und Feinstaub. Wenn wir den Planeten vor dem drohenden Kollaps retten wollen, muss sich etwas gewaltig verändern! Ökologische Verkehrskonzepte, nachhaltige Mobilität und naturschonende Technologien wären längst möglich. Aber die große ökologische Wende bleibt

bisher aus, denn die Profiteure sind mächtige Akteure in Wirtschaft und Politik.

Der neue Koalitionsvertrag des Bremer Senats aus SPD, Grünen und „Linken“ enthält nur wenige Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz. Der sinnvolle Ausbau des Radnetzes bleibt ein Tropfen auf den heißen Stein. Warum soll die Bremer Innenstadt erst 2030 autofrei sein? Warum werden der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und seine kostenfreie Nutzung, obwohl sich dies viele Bremerinnen und Bremer wünschen, in einen Prüfausschuss vertagt?

Der Umweltschutz genießt im Koalitionsvertrag einen hohen Stellenwert. Damit wird dem gewachsenen Umweltbewusstsein in der Bevölkerung Rechnung getragen. Aber fast alles bleibt sehr allgemein und wird ersetzt durch hübsche Lippenbekenntnisse. Bei den wenigen konkreten Maßnahmen wird der Umweltschutz den Interessen der Konzerne und Banken untergeordnet.

So will die Koalition „den umwelt- und anwohnerfreundlichen Bau der Fernwärmeleitung vom Müllheizkraftwerk in den Bremer Osten“ unterstützen. Das Festhalten an der umweltschädlichen Müllverbrennung wird auch noch als ökologischer Bestandteil des Ausstiegs aus der Kohleverbrennung angepriesen. Selbst die geplante Vertiefung der Außenweser, eine ökologische Katastrophe, wird als ökologischer Gewässerschutz deklariert. Dabei dient die Vertiefung der Außenweser vor allem dem Ziel, die Weserhäfen fit zu machen für den internationalen Konkurrenzkampf.

Und was hat der neue Bremer Senat zur Rettung der 136 Platanen am Neustädter Deich zu sagen? Sie spielen für den Klimaschutz und für die Gesundheit der Menschen eine besonders wichtige Rolle! Im neuen Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass unter Einbeziehung der Bevölkerung, der Bürgerinitiative, des Beirats und des Deichverbands „die notwendigen Aspekte der Deichanpassung noch mal erörtert werden sollen. Sollten sich im Verfahren entgegen bisheriger Erkenntnisse ergeben, dass die Möglichkeit besteht, Platanen zu erhalten, wollen wir sie nutzen“.

Doch die grüne künftige Bausenatorin Maike Schäfer gibt der Rettung der Platanen keine Chance: „Es geht nicht darum, die Planung grundsätzlich infrage zu stellen, sondern zu schauen, was im Rahmen der existierenden Planung noch möglich ist“ („Weser-Kurier“, 17. Juli 2019). Es geht aber nicht darum, die eine oder andere Platane zu erhalten, sondern den gesamten Bestand! Die Bürgerinitiative hat immer wieder bewiesen, dass Deichschutz und Platanenrettung kein Gegensatz sind und die Lösung in einer landseitigen Spundwand liegt.

Der Senat will mit diesen Gesprächen offenbar erreichen, dass die Bewegung für einen Volksentscheid einschläft. Um die Rettung der Platanen – und um die Rettung unserer „Mutter Erde“ vor dem drohenden Kollaps – müssen wir uns selber kümmern! Deshalb werden wir die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren zur Rettung der Platanen mit ganzer Kraft weiterführen. Die Bevölkerung in Bremen soll darüber entscheiden, nicht der Senat!

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Die nächste Montagsdemo ist am **2. September 2019**. Folgetermine sind **7. Oktober**, **4. November** und **2. Dezember**. Beginn ist um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Unter „Aktuell“: Seit Wochen prangen Dildo-Fotos auf einer Homepage, die einst als „Sozialistische Tageszeitung“ firmierte („*Neues Deutschland*“)

Infantilisierung mit Gendersternchen: Das „zarte Sprechen“ ersetzt eine auf soziale Gerechtigkeit zielende Politik („*Tageszeitung*“)

„Fredo“ fühlt sich beleidigt: Ist jeder Ostfriesenwitz gleich ein Rassismus? („*Spiegel-Online*“)

Konsequent doppeldeutig: SPD-Fraktionsvorsitzender schweigt zu Rassismus und Staatsrepression gegen Kurden, Aleviten und Syrer in der Türkei („*Tageszeitung*“)

# „Rot-Grün-Rot kann die Lösung nicht sein“



Die „August-Ausgabe“ der Montagsdemo wurde eröffnet mit dem Aufruf zur Solidarität mit allen, die von Attentaten, Hass und Repressionen aller Art betroffen sind. Niemand kann sich heute dieser Pervertierung des Zusammenlebens entziehen. Aber wir können uns dagegen aussprechen!

Wir führen die Montagsdemo im Moment nur einmal im Monat durch. Wir sammeln neue Kräfte und knüpfen neue Verbindungen. Einige fehlten, andere waren wieder da. Die amerikanische Polizeisirene ertönte vom „Unfallmann“, eine Mitstreiterin war wieder so empört von der Behandlung im Jobcenter, dass sie sich kaum fassen konnte. Dann zwang uns ein kleiner Regenschauer wieder unter die Rathaus-Arkaden.

Über zwei Monate ist die Bremen-Wahl nun her, aber noch gibt es keinen neuen Senat, nur ein Wünsch-dir-was-Programm. Alles steht unter Finanzierungsvorbehalt, es ist ein Weiter-so ohne wirkliche Initiative. Wir wollen dem Senat zum Start alles Gute wünschen, kündigen aber an, dass wir Initiative und praktischen Veränderungen sehen wollen und keine Lust haben auf Vertröstungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Gerade die Linkspartei wird sich fragen lassen müssen, wieso sie einem solchen „Man könnte, man sollte“ zugestimmt hat. Einen Fuß in die Tür zu bekommen, kann es nicht sein. Oft hat man dann schnell sein ganzes Bein verloren. Am Delmemarkt ist ein kleines Schild zu lesen: „Rot-Grün-Rot kann die Lösung nicht sein“. Ich weiß nicht, wer dahintersteckt, aber so falsch ist das unter den gegebenen Verhältnissen nicht.

Eine schreckliche „Modewelle“ aus Gewalt und Aggression überall überzieht die USA. Zwei Attentate gab es an einem Wochenende, als weiße Rassisten um sich schossen. Trump weist alle Schuld von sich, und an den Waffengesetzen wird nichts geändert. In Neuseeland dagegen werden die schweren Waffen eingesammelt, und wer nicht abgeben will, wird bestraft. So muss es sein!

Die Kriegsgefahr wächst, Provokationen ohne Not verschärfen die Lage. Die USA und Großbritannien sind an vorderer Front dabei. Sie wollen den Iran in die Knie zwingen. Noch ziert sich Deutschland und wird früher oder später wie bei Schröder doch in „freiwilligem Hilfseinsatz“ stehen. Nein dazu, kein deutscher Einsatz dabei!

Jetzt war „Tag der Seenotretter“ an der Küste. Viele gucken sich gern die Rettungskreuzer an und spenden für deren Einsätze und Wachdienste in Nord- und Ostsee vor der deutschen Küste. Zur Notwendigkeit der Seenoteinsätze im Mittelmeer schweigen sich die Helfer aus: Das gehe sie nichts an. Die Europäische Union macht immer weiter die Schotten dicht.

Der italienische Faschisten-Außenminister will die freiwilligen Helfer „müde machen“, sodass sie von ihrer Hilfe ablassen. Dann kommen die Leute von Frontex und machen „klar Schiff“: Wie jetzt bekannt wurde, werden die Flüchtlinge mit brutaler polizeilicher Gewalt behandelt und massakriert. Frau Merkel, das ist Ihre aktuelle Flüchtlingspolitik! Nein, danke!

Proteste kochen hoch in Hongkong oder Moskau. Bei uns lässt man sich noch einlullen, obwohl auch hier die Fällte von politischer Unterdrückung fortschrittlicher Menschen zunehmen. Die Sommerdürre ist kein Problem? Künstliche Intelligenz und neue, „angepasste“ Pflanzen sollen dem Klima-„Wandel“ neue Wege bahnen und ihn gut machen. Manche träumen schon vom Palmenstrand auf Spitzbergen, mal was Neues. Die Kreuzfahrtschiffe verpesten jetzt schon die Natur dort.

Imme mehr Menschen sind psychisch krank. Arbeitsunfähigkeit bis hin zum Ausrasten und zu individueller Gewalt oder Selbstmord: Das alles sind die Auswirkungen eines unsolidarischen brutalen Gesellschaftssystems, des Kapitalismus! Die Hartz-IV-Situation wurde letzte Woche wieder einmal bei der „Tagesschau“ behandelt, Fazit: Betroffene bleiben Betroffene.

Dieser Kampf dauert seit 15 Jahren, am 16. August 2004 ging es in Bremen los. Wir machen weiter, alle Hartz-Gesetze müssen weg! Viele sehen die Problematik nicht und hoffen auf ihr persönliches Glück, aber gesellschaftlich kann das nur eine breite Bewegung wieder schaffen. Daran müssen wir arbeiten. Die nächsten **Montagsdemonstrationen** sind am **2. September** und **7. Oktober 2019**, immer um **17:30 Uhr**.

*Jobst Roselius*

Halloween forever: Britische Journalisten werden bis zum letzten Atemzug über die Folgen des Brexit schreiben müssen (*„The Guardian“*)

Nun also Scholz: Die SPD kriegt den nächsten Vorsitzenden, der nicht kapieren will, warum diese Partei nicht mehr gewählt wird (*„Spiegel-Online“*)

Doch, wir brauchen endlich eine richtige „Neiddebatte“: Es ist antisozial, wenn sich das Volksvermögen in den Händen weniger Superreicher konzentriert (*„Spiegel-Online“*)

Salvini hat sich verzockt: Statt Neuwahlen könnte es in Italien auch einfach eine neue, antifaschistische Koalition geben (*„Spiegel-Online“*)

30 Tage, um das Nordirland-Rätsel zu lösen: Bojo ist überglücklich, dass Mutti ihm eine Hausaufgabe mit Abgabetermin stellt („*The Guardian*“)

Der Regenwald brennt: Brasiliens faschistischer Präsident lässt Platz schaffen für Ackerbau und Viehzucht („*Tagesspiegel*“)

Danke, Pia und Carola: Im „christlichen Abendland“ braucht es Heldennut, Menschen nicht einfach ertrinken zu lassen („*Neues Deutschland*“)

Putsch in London: Ungewählter Premierminister legt in heikelster Lage das widerspenstige Parlament still („*Die Zeit*“)

„Olaf ist 'ne Pfeife“: Die SPD lässt sich auch nicht von einem öffentlich-rechtlichen Witzbold retten („*Spiegel-Online*“)

„Die Linke“ schrumpft auf Westniveau: Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg können mithilfe der Grünen weiterregieren („*Spiegel-Online*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 706. Bremer Montagsdemo

## am 02. 09. 2019

### Wer Protest will, muss links wählen!



1. Bei den **Wahlen** am Sonntag in Brandenburg und Sachsen ging die Talfahrt von CDU und SPD weiter. In Brandenburg erreichte die CDU noch 15,6 Prozent, die SPD 26,2. In Sachsen schaffte die CDU 32,1 Prozent (7,3 Punkte weniger als vor fünf Jahren), die SPD fiel dort auf 7,7 Prozent – noch einmal 4,7 Punkte weniger als bei der letzten Wahl.

Beide Parteien, die ja bekanntlich auch in der Bundesregierung zusammensitzen, jubelten aber darüber, dass es nicht noch schlechter gekommen ist – und dass sie noch vor der AfD liegen. Diese

kam in Sachsen auf 27,5 Prozent, in Brandenburg auf 23,5. Das ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen: Der faschistische Flügel in der AfD wird immer größer. Die ganze Partei stellt sich völlig zu Unrecht als Protestpartei dar.

Das Gegenteil ist der Fall. Die AfD fordert ein schärferes Vorgehen gegen „Sozialschmarotzer“. Damit sind aber nicht Leute wie Ex-VW-Chef Winterkorn gemeint, der Dieselabgasbetrüger, der sich nach wie vor über 3.100 Euro Rente am Tag freuen kann. Gemeint sind Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, weil dort die Lebensgrundlagen immer mehr ausgehöhlt wurden.

Die AfD leugnet wie alle Faschisten den Übergang in die globale Umweltkatastrophe und will die „deutsche Industrie“ nicht durch Umweltvorschriften belasten. Sie ist eine Partei des Großkapitals. Die AfD will auch die Wehrpflicht in Deutschland wieder einführen und die Bundeswehr massiv ausbauen. Wer AfD wählt, wählt die Vorbereitung auf den Krieg!

Am Sonntag war der 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. Mehr als 55 Millionen Menschen starben darin. Jetzt hat sich Bundespräsident Steinmeier beim polnischen Volk entschuldigt. Das ist richtig, aber als Steinmeier noch Außenminister war, hat er selbst daran mitgewirkt, dass die Rüstungsausgaben in Deutschland auf fast das Doppelte erhöht werden. Das ist auch nichts anderes als Kriegsvorbereitung!

Die USA mit ihrem faschistoiden Präsidenten Trump sind Hauptkriegstreiber in der Welt. Momentan findet ein Flottenaufmarsch gegen Iran statt. Ein Krieg wird vorbereitet gegen den Iran, hinter dem die ebenfalls imperialistischen Mächte

Russland und China stehen. Die Gefahr eines Dritten Weltkriegs steigt! Gegen alle imperialistischen Bestrebungen muss der Kampf geführt werden! Proletarier aller Länder und Unterdrückte, vereinigt euch!

2. Am **3. Oktober 2019** wird die **Herbstdemonstration** in **Erfurt** stattfinden, der Höhepunkt des „Montagsdemojahres“. Seit 15 Jahren kämpfen wir gegen die Hartz-Gesetze. Es ist das Verdienst der **Montagsdemobewegung**, dass diese Gesetze niemals akzeptiert wurden und die Empörung darüber nicht verschwindet. Ohne Montagdemos würde auch in der SPD nicht darüber diskutiert werden, dass die Hartz-Gesetze „überwunden“ werden müssen. Auch gegen Faschisierung, Kriegsgefahr und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen spielt die Montagdemo eine wichtige Rolle.

Kommt mit nach Erfurt! Drei Wochen später sind in Thüringen Landtagswahlen, daher ist Erfurt als Landeshauptstadt ein guter Ort für unsere Demonstration. Es ist Feiertag; wir fahren um 5:17 Uhr mit dem Zug los. **Treffpunkt** ist um **5 Uhr** am **Hauptbahnhof** im Eingangsbereich. Rückfahrt ist um 16.09 Uhr ab Erfurt, Ankunft in Bremen um 21.39 Uhr. Die **Kosten** betragen pro Person **15,20 Euro** für Hin- und Rückfahrt mit dem „Quer-durchs-Land-Ticket“. Wer das nicht zahlen kann, für den werden wir eine Lösung finden!

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Politische Selbstzerstörung: Drei Monate nach der Wahl hat Bremen wieder das einzige Landesparlament ohne AfD-Fraktion („*Tageszeitung*“)

Der Flügel flattert mit dem Scheißvogel: Die AfD ist nunmehr eine im Kern rechtsextreme Partei („*Der Freitag*“)

## **Gegen die Rechtsentwicklung der Regierung und bürgerlichen Parteien!**

Die Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo hat am Wochenende beschlossen, die diesjährige **bundesweite Demonstration der Montagsdemobewegung** am **3. Oktober 2019** in **Erfurt** durchzuführen.

Die Demonstration soll im 30. Jahr des Mauerfalls einen besonderen Schwerpunkt in der **Kampfeinheit in Ost und West um gleiche Löhne und Renten** sowie im antifaschistischen Kampf haben und ein deutliches Zeichen gegen die Recht-

sentwicklung der Regierung und bürgerlichen Parteien und die Demagogie der AfD setzen, gerade auch vor der Landtagswahl in Thüringen.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung verdienen Arbeiter und Angestellte im Osten immer noch fast 24 Prozent weniger, wobei die Wochenarbeitszeit oft höher liegt als im Westen. In verschiedenen Betrieben – vor allem in der Automobilindustrie, aber auch bei Siemens – sind Massenentlassungen angekündigt oder wurden begonnen wie im Bergbau. Im Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz gilt es, die Arbeitereinheit über Konzern-, Branchen- und Landesgrenzen zu entwickeln. Der Kampf zur **Rettung der natürlichen Umwelt** vor der Profitwirtschaft wird ebenfalls eine zentrale Rolle spielen.

Der 3. Oktober bietet sich als bundesweiter Feiertag an. Viele haben am nächsten Tag einen Brückentag. Wir haben uns für Erfurt entschieden, weil es zentral in Deutschland liegt und wir neben Berlin und Bonn, wo wir unsere letzten Herbstdemos durchführten, gern in die neuen Bundesländer wollten. Das bietet sich dieses Jahr besonders an. Viele Kräfte des „Internationalistischen Bündnisses“ sind ohnehin im Oktober in Thüringen. Alle Montagsdemonstranten sind herzlich eingeladen, nach der Herbstdemo noch zu bleiben, Thüringen kennenzulernen und den Aufbau des „Internationalistischen Bündnisses“ dort zu unterstützen.

Wir hatten versucht, die Herbstdemonstration möglichst mit einer anderen Demonstration oder Veranstaltung zu verbinden, was sich schon des Öfteren bewährt hat. Andererseits ist es auch gut, mal wieder eine **Demonstration mit sozialpolitischem Schwerpunkt** zu machen, bei der die demokratische Demonstrationskultur, die Prinzipien und die Eigenständigkeit unserer Bewegung stärker zum Tragen kommen.

*Ulja Serway (Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo)*

Die nächste **Montagsdemo** ist am **7. Oktober 2019**, Folgetermine sind **4. November** und **2. Dezember**. Beginn ist um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Schluss mit schwieriger Sprache: „Die Linke“ verzichtet aufs Gendersternchen („*Tageszeitung*“)

Die Wahrheit ist, was übrigbleibt: Deshalb wird Boris Johnson vor der nächsten anstehenden Brexit-Verschiebung zurücktreten („*The Guardian*“)

„Klares Politikversagen“: Das „Klimapaket“ der Bundesregierung kommt 30 Jahre zu spät („*Spiegel-Online*“)

Spider-Woman schlägt zurück: Brexit-Hulk darf nicht einfach das Parlament beurlauben, um ein Misstrauensvotum zu verhindern („*Spiegel-Online*“)

Mit Redetext aus dem Weißen Haus: Ukrainischer Präsident soll-

te für Militärhilfe erklären, dass er Untersuchungen gegen den Sohn von Trumps Widersacher einleiten werde („*The Guardian*“)

Bei Mafiadeal ertappt: Über Donald Trumps Amtsenthebung werden letztlich die Wähler entscheiden („*The Guardian*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 707. Bremer Montagsdemo

## am 07. 10. 2019

### Klimapaket der Bundesregierung: Kapitulation vor dem Klimaschutz!



Am 20. September 2019 waren beim globalen „Klimastreik“ deutschlandweit 1,4 Millionen Menschen in fast 600 Orten auf der Straße. Von Hamburg bis München waren die Plätze gerammelt voll mit Menschen aller Generationen. In Bremen gab es einen sehr langen Zug von 40.000 Menschen. In 163 Staaten der Welt gingen über vier Millionen auf die Straße. Mit „Fridays for Future“ ist eine Bewegung entstanden, der es gelingt, die Rettung des Planeten vor der drohenden Klimakatastrophe

endlich ganz oben auf die politische Agenda zu setzen.

Doch der 20. September war auch ein Tag der Enttäuschung, denn die Bundesregierung erwies sich erneut als Totalausfall beim Klimaschutz. Mit ihrem „Klimapaket“ steuern wir auf eine gefährliche Erderhitzung von vier Grad zu. Dies folgt aus dem 5. Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC. Dessen aktueller Sonderbericht vom 25. September 2019 mit dem Titel „Ozean und Kryosphäre“ ist ein neues Alarmzeichen:

„Die Klimakrise ist keine Frage der Zukunft, sondern bereits jetzt in den Meeren und Polen greifbar, sichtbar und messbar. Die Arktis hat sich im Schnitt bereits um drei bis fünf Grad erwärmt. Die Eisfläche im Sommer ist so gering wie seit 1.000 Jahren nicht mehr. In jedem Jahrzehnt verliert die Eisdecke etwa zehn Prozent, mit steigender Tendenz.

Die Permafrostböden in Nordamerika und Sibirien tauen immer schneller auf. Die Gefahr: Sie können große Mengen zusätzlicher Treibhausgase wie Kohlendioxid und Methan freisetzen. In ihnen schlummern nach unseren Berechnungen 1.500 Milliarden Tonnen Kohlenstoff – zweimal so viel wie bisher in der Atmosphäre gelagert ist.“

Vor diesem Hintergrund sind die Beschlüsse der Bundesregierung ein Skandal! Die Rechnung der Bundesregierung wird diesmal aber nicht aufgehen, denn die meisten Menschen lassen sich nicht mehr blenden. Die Reaktionen waren eindeutig. Ein „Dokument der Mutlosigkeit“ nennt der renommierte Klimaforscher und

Merkel-Berater Ottmar Edenhofer das Klimapaket der Regierung. In dieser vernichtenden Einschätzung sind sich Klimawissenschaftler, das Gros der Medienlandschaft und die Mehrheit der Bevölkerung einig.

Nach Berechnungen der Analysten von „Agora Energiewende“ erbringt das Sammelsurium an Maßnahmen nur ein Drittel der Kohlendioxid-Einsparung, die zum Erreichen des Klimaziels der Regierung für 2030 nötig sind. Die Bundesregierung hat erneut im Dienste der Umweltverbrecher in den Konzernzentralen des internationalen Finanzkapitals gehandelt!

Der Umstieg auf mehr Züge, Elektromobilität und Wärmepumpen – all das benötigt Strom. Ein Fortschritt für den Klimaschutz wird es nur, wenn dieser Strom auch aus regenerativen und nicht aus fossilen Quellen stammt und ein effizienter Umgang damit erreicht wird. Doch der Ausbau der erneuerbaren Energien steckt bei einem Anteil von 37 Prozent an der Stromerzeugung fest. Auch dafür ist die Bundesregierung verantwortlich. Warum?

Es gibt einen Ausbaudeckel für die Photovoltaik. Der Ausschreibungszwang bei neuen Windkraft-Projekten und die Abstandsregeln von neuen Windanlagen zur Wohnbebauung sind völlig überzogen. Im ersten Halbjahr 2019 gingen bundesweit gerade einmal 35 neue Windräder ans Netz. Stattdessen dürfen Kohlekraftwerke noch 20 Jahre laufen und Profite abwerfen.

Notwendig ist der umfassende Ausbau eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs auf Basis erneuerbarer Energie. Der Güterverkehr gehört auf Schienen und Wasserwege. Genauso müssen die fossilen Brennstoffe schrittweise und vollständig durch regenerative Energien ersetzt und die Energiegewinnung auf Sonne, Wind, Wasser und Bioabfälle umgestellt werden. Längst wäre es möglich, die Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2030 um 70 bis 90 Prozent zu senken.

Deshalb ist es notwendig, gegen die zerstörerische Umweltpolitik zu rebellieren und die Zusammenarbeit von Umwelt-, Jugend- und Arbeiterbewegung weiter auszubauen! Die nächsten Möglichkeiten sind die wöchentlichen „**Friday-for-Future**“-Proteste um **10 Uhr** hier auf dem **Marktplatz**. Am **29. November 2019** ist der nächste Höhepunkt, der „**Global Climate Strike**“.

Am **12. Oktober 2019** könnt ihr euch am „**Global Frackdown Day**“ beteiligen. Die „Umweltgewerkschaft“ organisiert ab **11 Uhr** eine **Kundgebung** auf dem **Bremer Marktplatz** mit Offenem Mikrofon, Infoständen und Unterschriftensammlungen für das Verbot von Fracking und für die Rettung der Platanen am Deich.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

“In my great and unmatched wisdom”: “I will totally destroy and obliterate the Economy of Turkey” (“*Real Donald Trump*”)

# Hände weg von Rojava!



1. Ich komme gerade von der Demonstration am Bahnhof gegen den drohenden Einmarsch türkischer Truppen in **Rojava**, Nordsyrien. Die USA haben mit dem Abzug ihrer Truppen begonnen, um Erdogan den Weg freizumachen. Der Freiheitskampf in Rojava ist ein Teil des weltweiten Kampfs um Freiheit! In Rojava ist er am fortgeschrittensten.

Ich war 2015 selbst dort als Teil internationaler Brigaden. Wir haben dort ein Krankenhaus gebaut, in dem seit seiner Eröffnung jeden Monat circa 400 Kinder zur Welt kommen. Ich konnte dort erleben,

wie die Männer und Frauen, gleich welcher ethnischen Zugehörigkeit oder Religion, gleichberechtigt demokratisch zusammenleben. Ein Vorbild für die gesamte Region!

Das ist der Grund, warum das faschistische Erdogan-Regime Rojava zerstören will und in der Türkei die Kurden blutig unterdrückt. Erdogan hat sich die Rückendeckung der USA verschafft, wahrscheinlich auch der deutschen Regierung – oder ist es Zufall, dass Innenminister Seehofer letzte Woche in der Türkei war?

Die faschistoiden Regimes in den USA und der Türkei handeln nicht aus ihrer Stärke heraus, im Gegenteil: Sie haben immer mehr Probleme, und das Volk wendet sich von ihnen ab. Das macht sie nicht ungefährlicher. Aber Erdogan hat seine Rechnung ohne den „Wirt“ gemacht: YPG und YPJ und die mit ihnen verbundenen Volkseinheiten haben den „Islamischen Staat“ besiegt, und sie werden sich auch vom Erdogan-Regime nicht bezwingen lassen!

Wichtig ist, dass in der ganzen Welt eine Welle der Solidarität entsteht, größer noch als vor fünf Jahren, als der IS Kobanê bedrohte. Wir müssen alles tun, um die Solidarität gegen den drohenden Einmarsch türkischer Truppen nach Rojava zu organisieren. Es lebe der Freiheitskampf der Völker! Hoch die internationale Solidarität!

2. Die Monopole wollen die Krisenlasten wieder voll auf die einfachen Leute abwälzen. Wirtschaftsinstitute nennen Mütterrente und geplante Grundrente als ursächlich für den wirtschaftlichen Abschwung, es gebe „zu viele Sozialausgaben“. Sie fordern ein „Reformpaket“ in Art der Agenda 2010. Dagegen gehen wir schon seit 15 Jahren auf die Straße!

Sie fordern mehr „Öffnungsklauseln“ vom Tarifvertrag, eine weitere Heraufsetzung des Rentenalters und behaupten, die Renten seien nicht mehr bezahlbar – ein Witz, denn im Jahr 2000 nahmen die Renten noch 10,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt ein, 2018 nur noch 8,9 Prozent!

Es gibt ein neues Faltblatt der MLPD zum Thema Rente. Darin steht unter anderem: „Weg mit den Hartz-IV-ArmutsGesetzen! Sofortige Einführung einer Mindestsicherung von gegenwärtig netto 1.050 Euro! Keine Staffelung nach Beitragsjahren, da die Arbeitslosigkeit nicht selbst verschuldet ist und Erziehungs- oder Pflegejahre nicht zur Rentensenkung führen dürfen!“

Jetzt wollen die Monopole sogar den Kampf zur Rettung der **Umwelt** vor ihren Karren spannen, allen voran wieder die Grünen. Die sind ja im Höhenflug, denn das Umweltbewusstsein steigt, und viele Menschen denken: „Wenn wir die Grünen wählen, tun wir was für die Rettung der Umwelt.“ Und was machen die? Richtig haben sie das „Klimapaket“ der Bundesregierung als Lachnummer bezeichnet. Und was ist ihr eigener Vorschlag? Sie fordern eine Kohlendioxid-Bepreisung von 40 statt zehn Euro pro Tonne, doch wohlweislich nur für Verkehr und Gebäude, nicht aber die Industrie.

Das ist ja wohl der allergrößte Witz, nichts anderes als eine drastische Erhöhung der Benzinsteuer! Nicht die großindustriellen Umweltzerstörer werden getroffen, sondern die einfachen Leute. Die Umwelt wird dadurch kein Jota entlastet! Die Grünen waren und sind, wie schon bei Einführung der Hartz-Gesetze, eine Partei, die die Interessen des Großkapitals durchsetzt und sich dabei ein grünes Mäntelchen umhängt – die wollen keine für die einfachen Menschen positiven Änderungen!

Was wirklich helfen würde im Kampf gegen die Umweltkatastrophe ist die sofortige Einführung des kostenlosen ÖPNV. 50.000 Stellen bei der Bahn müssen neu besetzt werden, 2.000 Lokführer fehlen. Sofortige Stilllegung aller Braunkohle- und Atomkraftwerke! Umstellung der Industrie auf kohlendioxidarme Produktion! Bestrafung der Umweltverbrecher in den Vorstandsetagen der Autokonzerne!

Der Kapitalismus ist die Ursache der großen Menschheitsprobleme. Bei der „Fridays-for-Future“-Demonstration am 20. September 2019 waren allein in Deutschland 1,5 Millionen Menschen auf der Straße, in Bremen 40.000. Einheit von Kampf um Umwelt und Arbeitsplätze und gegen den Abbau sozialer Errungenschaften! Der Gegner ist das Großkapital und seine Regierung!

Wir können uns darüber streiten, wie wir die Profitwirtschaft, den Kapitalismus überwinden können. Ich bin der Meinung: Das kann nur die weltweite sozialistische Revolution. Andere sind vielleicht anderer Ansicht. Aber dass dieses kapitalistische System dazu führt, dass ein Leben auf der Erde nicht mehr möglich ist, das steht fest.

Wenn jetzt bestimmte Kräfte versuchen, diese Auffassung aus den „Fridays-for-Future“-Demonstrationen herauszuhalten unter dem scheinheiligen Motto „Keine Parteien, keine Fahnen“, dann ist das nur der Versuch, diese mutige junge Bewegung zahn- und mutlos zu machen. Rettet die Umwelt vor der Profitwirtschaft!

3. Offener Brief an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Fridays-for-Future“-Bewegung in Bremen! Liebe Kämpferinnen und Kämpfer für die Rettung unserer Umwelt, „Fridays for Future“ ist zu einer gewaltigen weltweiten Bewegung geworden, an der die Herrschenden nicht mehr vorbeikommen. Beim bisherigen Höhepunkt, am **20. September 2019**, gingen allein in Deutschland 1,4 Millionen Menschen auf die Straße.

Gemeinsam mit ihrem Jugendverband „Rebell“ nahm die MLPD an über 100 Demonstrationen in Deutschland teil. Wir hatten dazu auch in den Betrieben mobilisiert, denn nur wenn Arbeiter- und Umweltbewegung zusammen kämpfen, erreichen sie die notwendige Stärke. Wir sind der Überzeugung, dass nur die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft den Untergang in einer globalen Umweltkatastrophe noch verhindern kann, das heißt dass die Umweltbewegung nur Erfolg haben kann, wenn sie gesellschaftsverändernden Charakter annimmt.

Das ebenfalls am 20. September 2019 von der Bundesregierung beschlossene „Klimapaket“ ist ein schlechter Witz. Kanzlerin Merkel verweist auf das „Machbare“ – als ob eine Steuererhöhung, die „Kohlendioxidabgabe“, die Umwelt retten würde! Ihr „Machbares“ besteht darin, mutwillig den Weg in die globale Umweltkatastrophe fortzusetzen – und dann auch noch die Massen dafür verantwortlich zu machen. Auch bei den Grünen, die bei Wahlen immer noch von der Umweltbewegung profitieren, hört das Grünsein immer da auf, wo die Profitlogik der Konzerne tangiert würde.

Nachdem es den Herrschenden nicht gelungen ist, diese Bewegung zu erstickern, versuchen sie nun alles, sie zum „zahnlosen Tiger“ zu machen, der den Kapitalismus nicht in Frage stellt. Das höchste der Gefühle soll als Maß aller Dinge das Pariser Klimaschutzabkommen sein. Deswegen wurde, zentral gesteuert, eine Kampagne losgetreten unter dem Motto „Keine Parteien, keine Fahnen“. In Wirklichkeit soll damit vor allem die MLPD und ihre klare inhaltliche Richtung herausgehalten werden!

Das widerspricht aber der Meinung und den Interessen der großen Mehrheit der Demonstranten. Die „Fridays-for-Future“-Bewegung hat längst eine antikapitalistische Tendenz – und da sollen die Kommunisten rausgedrängt werden? Unsere Flyer wurden vor allem von Jugendlichen interessiert gelesen, und unser Transparent wurde während der Demonstration häufig fotografiert.

Mit rechtswidrigen Verboten, Polizeieinsätzen, Diffamierungen bis hin zu körperlichen Angriffen auf unsere Genossen, wurde zentral gesteuert versucht, die MLPD und ihre Politik auszugrenzen – ohne Erfolg. Am 20. September 2019 wurde von mehreren Order(inne)n handgreiflich zuerst gegen Verteiler von Flyern der MLPD vorgegangen. Dann wurde die Polizei geholt, um „Platzverweise“ auszusprechen. Das würde jedoch dem Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit widersprechen, wie wir den Polizisten anhand einiger Urteile zeigen konnten.

Gegen Ende der Demonstration, vor der Domsheide, kam es zum Eklat, als ein Redner vom Lautsprecher-Lkw aus Stimmung gegen die MLPD und ihr Trans-

parent „Rettet die Umwelt vor der Profitwirtschaft“ machte und die Menge aufforderte, dagegen aktiv zu werden. Er verbreitete eine regelrechte Pogromstimmung. Dadurch aufgehetzt versuchten ein paar Leute, das Transparent herunterzureißen und schlugen mit Stangen darauf ein.

Die (von Ordnern) herbeigerufene Polizei stellte jedoch klar, dass das Tragen des Transparentes vom Versammlungsrecht gedeckt ist: „Weisungen, die Äußerungen einer Gegenmeinung verbieten (Mitführen eines Spruchbandes, dessen Aussage den Intentionen der vom Veranstalter oder Leiter vorgesehenen Demonstration widerspricht), sind unzulässig. Die Polizei hat die Rechte des Teilnehmers gegen Leiter und Ordner zu schützen“, so der „Kommentar zur Demonstrations- und Versammlungsfreiheit“ von Dietel/Gintzel/Kniesel.

Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten! Vielleicht wundert sich der eine oder andere darüber, dass die MLPD, die die Gesellschaft revolutionär überwinden will, auf das bürgerliche Grundgesetz und Versammlungsrecht pocht? Das ist nur konsequent! Schon der frühere KPD-Vorsitzende Max Reimann hat 1949 als Mitglied des Parlamentarischen Rats bei der Verabschiedung des Grundgesetzes die Position der Kommunisten gut ausgedrückt.

Nachdem er erklärt hatte, dass die KPD dem Grundgesetz nicht zustimmt, weil es die Spaltung Deutschlands bedeutet und das kapitalistische Privateigentum verewigt, führte er aus: „Die Gesetzgeber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Grundgesetz brechen. Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen.“

So handhaben wir das auch heute! Also, liebe Freundinnen und Freunde: Wir lassen uns nicht vertreiben. Wir führen seit Jahren aktiv den Umweltkampf und sind Teil der „Friday-for-Future“-Bewegung. Wir lassen uns unsere demokratischen Rechte nicht nehmen. Lasst uns gemeinsam den Kampf führen zur Rettung unseres Planeten und gegen alle diejenigen, die ihn aus Profitgier vernichten!

Lasst uns darüber streiten, welcher Weg dabei der richtige, der erfolgversprechende ist. Wer heute gegen freie Meinungsäußerung von Marxisten-Leninisten, gegen das Koalitionsrecht und gegen Fahnen der MLPD vorgeht, stellt sich selbst außerhalb einer fortschrittlichen Bewegung. Zeigen wir dem Antikommunismus die Rote Karte! Mit solidarischen Grüßen.

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **4. November 2019** um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Hauptthema ist das vom **Bundesverfassungsgericht** für den Folgetag angekündigte **Menschenwürde-Urteil** zu den **Hartz-IV-Sanktionen**. Ein Team von „Radio Bremen“ möchte Stimmen von Teilnehmenden einfangen.

Weiterbildung in Armut ist unattraktiv: Sogar im Ein-Euro-Job gibt es für die verlorene Zeit ein bisschen Geld („*Spiegel-Online*“)

Unterschrift vergessen: Boris Johnsons Verlängerungsantrag wäre im Jobcenter gleich in den Papierkorb gewandert („*The Guardian*“)

Bodo Ramelow holt 31 Prozent in Thüringen: Die abgestürzte CDU muss ihre Abgrenzung zur Linkspartei überdenken („*N-TV*“)

Entrismus: Wird die britische konservative Partei von rechtsextremen Nationalisten übernommen? („*The Guardian*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 708. Bremer Montagsdemo

## am 04. 11. 2019

### Weg mit den Hartz-IV-Armutsgesetzen!



1. Seit 20 Jahren arbeiten die Bundesregierungen an der Zerschlagung des bisherigen Sozialversicherungssystems. Schröder/Fischer und Merkel/Müntefering haben den Abbau der Sozialleistungen im Interesse des internationalen Finanzkapitals forciert: Sie haben Hartz IV, Niedriglöhne, Minijobs und Leiharbeit durchgesetzt und das Lohn- und Rentenniveau so herabgesenkt, dass die Armut gewaltig gestiegen ist.

Die Hartz-Gesetze sind untrennbar mit einem menschenunwürdigen **Sanktionsregime** verbunden: Wer nicht pariert, kriegt keine Stütze. Die Jobcenter können Leistungsempfängern nahezu beliebige Auflagen machen. Wenn diese nicht erfüllt werden, können die Leistungen vollständig gestrichen werden – sogar dann, wenn das zum Verlust der Wohnung führt. Der Anspruch auf eine existenzsichernde Geldleistung beruht aber unmittelbar auf der Garantie der Menschenwürde im Grundgesetz.

Bisher hat das Bundesverfassungsgericht in zwei Urteilen klargestellt, dass „das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 Absatz 1 Grundgesetz jedem Hilfebedürftigen die materiellen Voraussetzungen für seine physische Existenz und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben als unerlässlich zusichert“ und dass dieses Existenzminimum unverfügbar sei.

Bei dem morgen anstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit der Hartz-IV-Sanktionen geht es um die Frage, ob sie gegen das Menschenwürdeprinzip verstoßen oder nicht. Es ist eher unwahrscheinlich, dass es in dem Urteil zur vollständigen Abschaffung von Sanktionen kommt, sonst würde Hartz IV nicht mehr funktionieren. Es kann sein, dass das Bundesverfassungsgericht die Sanktionen beschränken wird. Insofern wird das Urteil für die Lebenssituation von fast sechs Millionen Menschen im Hartz-IV-Bezug eine erhebliche Relevanz haben.

Für die Montagsdemonstranten war von Beginn an klar: Hartz IV verstößt gegen die Menschenwürde, gegen Menschenrechte und ist grundgesetzwidrig! Nicht umsonst macht die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung seit August 2004 Front gegen die Hartz-Gesetze und leistet aktiven Widerstand. Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung setzt nicht auf Entscheidungen von Gerichten, Experten, Wahlen und Regierungsbeschlüsse. Wenn dies erfolgversprechend wäre, hätte es die Hartz-Gesetze nie geben dürfen. Wir setzten auf den aktiven und organisierten Widerstand und den Druck von Protesten auf der Straße.

So sind die Erwartungen der Montagsdemonstranten an eine richtungsweisende Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht zu Gunsten der Hartz-IV-Betroffenen nicht sehr hoch. Interessant ist aber in jedem Fall, wie und mit welchen Argumenten das Bundesverfassungsgericht den mit den Hartz-Gesetzen staatlich verordneten Zwang, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen, und die Sanktionierung des Existenzminimums bis zu 100 Prozent für verfassungskonform zu erklären versucht.

Wie ist es mit dem Grundgesetz vereinbar, dass verschiedene für die Allgemeinheit geltende Gesetze für Hartz-IV-Betroffene nicht mehr gelten sollen? Sicher ist jetzt schon: Wir werden weiterkämpfen, bis die Hartz-IV-Armutsgesetze vom Tisch sind! Wir brauchen die sofortige Einführung einer Mindestsicherung von gegenwärtig 1.050 Euro! Schluss mit den menschenunwürdigen Sanktionen!

2. Es gibt eine klare Absage an solche Sanktionen durch die Betroffenen bei einer Umfrage des Beratungsvereins „Tacheles“. In Vorbereitung auf die mündliche Verhandlung am 15. Januar 2019 hatte das Bundesverfassungsgericht allen Verfahrensbeteiligten eine Reihe von Fragen zu den Folgen und Wirkungen der Sanktionen vorgelegt. Diesen Fragenkatalog hatte der Verein „Tacheles“ in eine Online-Befragung umgesetzt, an der im Ergebnis über 21.000 Personen teilgenommen haben, davon rund 17.000 Leistungsbeziehende, rund 3.500 Sozialarbeiter(innen) und Anwäl(tinn)e(n) sowie etwa 1.500 Jobcenter-Mitarbeiter(innen).

Neben der Befragung konnten die Teilnehmenden ihre Erfahrungen und Position mit den Sanktionen direkt dem Bundesverfassungsgericht mitteilen. Von dieser Möglichkeit haben über 6.000 Menschen Gebrauch gemacht. Diese Rückmeldungen sind berührend, aber auch erschreckend, da sie die Wirkung, die Verzweiflung der Betroffenen authentisch wiedergeben. Auch diese Unterlagen wurden Teil des Verfahrens und an das Bundesverfassungsgericht weitergereicht. Damit wurden erstmalig die Rückmeldungen einer Vielzahl der von Rechtsfragen Betroffenen unmittelbar dem Verfassungsgericht weitergereicht.

Zu den Ergebnissen der Onlinebefragung: 86,9 Prozent aller Befragten hielten Sanktionen für „nicht geeignet“, um eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Vielmehr führen die Sanktionen nach Meinung von 80 Prozent der Umfrageteilnehmer(innen) zu schlechter entlohnten und prekären Jobs. Fast genauso viele (79,2 Prozent) sehen eine konkrete Disqualifizierung

für ihre weitere erfolgreiche berufliche Laufbahn. Dass Sanktionen auch ganze Haushalte, sogenannte Bedarfsgemeinschaften, treffen, sehen 83,9 Prozent der Befragten. Besonders betroffen sind demzufolge mit rund 77,9 Prozent alleinerziehende Eltern von sanktionierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen sowie deren Geschwister.

Weit über die Hälfte (64,9 Prozent) der Befragten bestätigten, dass Sanktionen zu Wohnungsverlust geführt haben, und 69,6 Prozent haben in diesem Zusammenhang Kenntnis von Stromsperrern. Für rund drei Viertel der Teilnehmenden (70,3 Prozent) waren oder sind die Geldkürzungen der Beginn einer Verschuldungsspirale. Mehr als jede(r) Zweite (56,3 Prozent) hat erlebt, dass Sanktionen zum Verlust des Krankenversicherungsschutzes geführt haben.

63,3 Prozent aller Befragten erklärten, dass Sanktionen zu Resignation und Motivationsverlust führen. Als Gründe gaben 44,5 Prozent eine „Überforderung aufgrund psychischer Erkrankung oder Belastung“ an. Dass eine Zuweisung für eine berufliche oder persönliche Qualifikation nicht immer passgenau ausgeführt wird, bemängeln 40 Prozent der Teilnehmenden. Mängel bei der Beratung der Jobcenter vor Ort kritisieren 37,4 Prozent der Befragten. Mehr als jeder Dritte (38,0 Prozent) erlebte „rechtswidriges oder willkürliches Verhalten“ durch die Jobcenter.

Zu diesem Befund ergänzt Harald Thomé vom Verein „Tacheles“: „Diese Zahlen spiegeln massive **Menschenrechtsverletzungen** wider. Sanktionen dürfen niemals zu Wohnungs- und Energielosigkeit oder gar dem Wegfall der Krankenversicherung führen. Sie belegen, dass die Leistungsberechtigten nicht arbeitsunwillig sind, aber nicht die notwendige Unterstützung durch die Jobcenter erhalten.“

*Harald Braun*

Gerechtigkeitslücke: SPD will zwei bis vier Milliarden Euro ohne Bedürftigkeitsprüfung an Grundrentner ausschütten, aber bedürftige Grundrentner sollen keinen Cent mehr bekommen („*Spiegel-Online*“)

„Ist der Staat zu hart zu den Schwachen?“, Wie war es möglich, diese Sorge in Politik, Justiz und Medien 15 Jahre lang zu unterdrücken? („*Die Welt*“)

Künftig maximal 30 Prozent Kürzung: „Abzüge um 60 oder sogar 100 Prozent sind mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren“ („*Spiegel-Online*“)

„Einschätzungsspielraum zur Zumutbarkeit ist beschränkt“: „Die Menschenwürde steht allen zu und geht selbst durch vermeintlich ‚unwürdiges‘ Verhalten nicht verloren“ (*Bundesverfassungsgericht*)

Auch in der Praxis : „Mitwirkungspflichten dürfen nicht zur Bevormundung, Erziehung oder Besserung missbraucht werden“ („*Spiegel-Online*“)

„Krachende Lektion in Menschenwürde“: „Die Politik muss vollständig Schluss machen mit den demütigenden Sanktionen“ („*Frankfurter Rundschau*“)

Sanktionen werden unwirtschaftlich: Jobcenter haben mehr Aufwand, wenn sie stärker auf Einzelfälle eingehen müssen („*Die Welt*“)

Hohn und Spott: „Den Opfern von Krieg und Verschissmuss“ („*The Guardian*“)

## Die Halbzeit der Regierung

*„Und wenn er kocht, der Nazitopf,  
Wissen wir: Fisch stinkt von Kopf.“*

Mit schwarzer Null, in Kriegen Waffen,  
Aus der schönen BRD  
Wollten manche alles schaffen –  
Geschaffen wurde AfD.

Geschaffen wurden schwarze Schafe,  
Die verbreiten Hass und Trug.  
Ja, wir könnten alles schaffen,  
Wäre hier kein Selbstbetrug!

Der Selbstbetrug von den Parteien,  
Die noch glauben, sie regieren,  
Die jetzt rennen und auch eilen.  
Damit sie keine Zeit verlieren,

Rennen sie wie echte Zombies  
Hinterher den Wählerstimmen  
Und den Zeiten, da die Lobbys  
Konnten *alles* hier bestimmen.

Sie wollen nicht die Wahrheit sehen:  
Vorbei ist's mit den fetten Jahren,  
Die schwarzen Nullen müssen gehen –  
Die Speicher, leer, sind ohne Waren.

Keine Vorräte geschaffen  
Für die Bildung, für die Alten,

Nur gezüchtet braune Schafe  
Und die Kriege mit der Nato.

Die Verbote und Sanktionen,  
Die von „Freunden“ oben kommen,  
Sie zerstören die Nationen,  
Der Betrug ist hier willkommen!

Solche Freunde zu verlassen  
Ist jetzt hier der einz'ge Weg:  
Erde retten, Frieden schaffen –  
Fremdenhass geht dann auch weg.

*Valentina Schneider*

Rassismus im Amt: Richter hält Slogan „Migration tötet“ für „historisch belegt“, „Volkspolizei“ posiert vor rechter Parole („*Spiegel-Online*“)

## Dem Staat die Menschenfeindlichkeit ausgetrieben



Wenn Menschen nicht weiterwissen, greifen sie zurück auf knappe Glaubenssätze. Damit stützen sie ganze Denkbauwerke. Die Architekten von Hartz IV beispielsweise, voran Sozialdemokraten wie Schröder, Müntefering oder Clement, konnten sich zur Begründung, warum Arbeitslose unter existenziellen Druck gesetzt werden müssten, mit den Christdemokraten auf einen besonders mageren Glaubenssatz einigen, der sogar noch aus der Bibel stammt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Es gebe „kein Recht auf Faulheit“, glaubte der Kanzler. Die „Wettbewerbsfähigkeit“ müsse „gestärkt“ werden, glaubt die Kanzlerin.

Dem sonst so wortreichen und -mächtigen Ex-Bundesrichter und Neu-Kolumnisten Thomas Fischer wiederum fiel zum Hartz-IV-Regelsatz bisher allein die karge Feststellung ein, ob dieser hoch genug ist, sei eine „philosophische Frage“. Solch entrückter Glaube ist erstaunlich, schließlich haben Wohlfahrtsverbände ausführliche Untersuchungen darüber vorgelegt, welche tatsächlichen, weitaus höheren Ausgaben für alltägliche Lebensbedarfe entstehen. Dass diese in großem Umfang aus Brottafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern gedeckt

werden müssen, widerlegt doch den Glauben an ausreichend Sozialstaatlichkeit. Linke glauben ja, am Niedriglohn wolle sich jemand bereichern.

Die Verfassungsrichter hingegen, die jetzt mit knapp 15 Jahren Verspätung die zentrale Stütze des Hartz-IV-Unrechtsbauwerks wegbaggerten, ließen es bei der Frage, ob es nicht verbotene Zwangsarbeit ist, wenn das Nichtantreten zu amtlich vermittelter Niedriglohnarbeit oder verordneter Zeitvertreibsmaßnahme mit Entzug sämtlicher Leistungen zum Lebensunterhalt sanktioniert wird, mit der dünnen Feststellung bewenden, ein solcher Verstoß sei „nicht erkennbar“ (Randnummer 150). Das ist kaum zu glauben, hat doch der Sozialrechtler Harald Thomé für sie entsprechende Schicksale zuhauf gesammelt und die Herkunft der Sanktionsparagrafen über die alte Sozialhilfe aus dem Armenrecht und der Arbeitspflicht in Nationalsozialismus und Kaiserzeit in einer Expertise dargelegt.

Zu verstehen ist diese unbegründete richterliche Feststellung nur als jene eine Folgerung, die eben nicht gezogen werden darf. Das Phänomen der Zwangsarbeit, bis zur Existenzvernichtung durchgesetzt, muss der faschistischen Vergangenheit vorbehalten bleiben. Heute würde es mit dem höchsten der schönen Glaubenssätze kollidieren, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist. So taten die Richter das Nötige und untersagten mit Sofortwirkung den überwiegenden oder gar vollständigen Leistungsentzug: Der Glaube des Gesetzgebers an eine helfende Wirkung solcher Sanktionen sei wissenschaftlich unbelegt. Erst mit diesem Urteilsspruch hat das Verfassungsgericht dem bundesdeutschen Staat endlich die auf die Gruppe der Arbeitslosen bezogene Menschenfeindlichkeit ausgetrieben.

Es bleibt die Ungeheuerlichkeit, dass Sozialdemokraten einen solchen Verfassungsbruch verübt haben. Uwe Schmidt von der Bremer SPD sprach sich 2017 vor seiner Direktwahl in den Bundestag *gegen* Sanktionen aus und stimmte anschließend *dafür*. Sanktionierte wurden traumatisiert durch Obdachlosigkeit und Verlust aller sozialen Bezüge. Hartz IV macht krank. Millionen Menschen wurden durch die Hartz-IV-Tretmühle gedreht, weitere Millionen, eine ganze Generation, zu ständigem Lohnverzicht gedrängt. Hartz IV macht Angst. Ob sie die Wahlstimmen der Betroffenen jemals wiedergewinnen kann, entscheidet sich wesentlich daran, ob die SPD den obrigkeitsstaatlichen Sanktionen jetzt ein Ende bereitet. Das muss sie ihren christdemokratischen Kumpanen abfordern als Preis für ein Fortsetzen der Koalition.

*Gerolf D. Brettschneider (parteilos)*

Bundesagentur kassiert Sanktionsbescheide für alle: Ende November kommt eine Übergangslösung, nächstes Jahr eine gesetzliche Neuregelung („*Spiegel*“)

Warum Meldeversäumnis sanktionieren: Wenn Lebendkontrolle erforderlich ist, genügt Ausweissvorlage beim Verlängerungsantrag („*Russia Today*“)

Quo vadis, SPD: „Ein umfassendes Sanktionsregime ist nicht der richtige Weg“ („*Die Welt*“)

„Piefig, unterwürfig, erpresserisch“: Akakka begeistert eher so mittel („*Spiegel-Online*“)

Politik kommt immer zu spät: Der letzte Beschluss vor Überschwemmung des Rathauses war die Ablehnung eines Klimakrisenplans („*The Guardian*“)

Soll Trump doch bleiben: Wenn das Repräsentantenhaus eine Amtsenthebung beantragt, gibt es später kein Pardon mehr („*The Guardian*“)

Schockschwerenot: SPD-Mitglieder wollen rote Saskia als neue Chefin – putschen die Seeheimer auf dem Parteitag? („*Focus*“)

Einstimmiger Beschluss: „Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum muss jederzeit gesichert sein“ – dann darf es Sanktionen aber nur noch geben, wenn der Regelsatz erhöht wird („*Die Welt*“)

Die nächste **Montagsdemo** beginnt am **2. Dezember 2019**  
um **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof**.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 709. Bremer Montagsdemo am 02. 12. 2019

## Alle Sanktionen müssen gestrichen werden!



1. Seit der letzten Montagsdemonstration ist viel passiert. Anfangen will ich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den **Hartz-IV-Sanktionen**: Natürlich ist es ein großer Erfolg, dass „nur“ noch bis zu 30 Prozent gekürzt werden darf und Mietkosten nicht mehr gestrichen werden dürfen. Allein letztes Jahr gab es knapp eine Million Sanktionen. Die Folgen sind Obdachlosigkeit, Stromsperren, Schulden und Hunger! Ohne die 15 Jahre anhaltenden Montagsdemos wäre so ein Urteil wohl kaum erfolgt. Aber das reicht nicht: Die Hartz-Gesetze

müssen ganz weg! Alle Sanktionen müssen gestrichen werden!

Laut Bundesverfassungsgericht darf nicht unter das Existenzminimum gekürzt werden. Aber was ist das? Schon die ungekürzte Regelleistung von 424 Euro plus Miete liegt unter dem Existenzminimum – erst recht, wenn nach 30-prozentiger Kürzung nur noch 297 Euro zur Verfügung stehen. Davon kann man nicht leben! Nach seriösen Berechnungen braucht ein Alleinstehender zurzeit 1.136 Euro im Monat zum Leben. Alles darunter ist unter Existenzminimum. Auf diese Summe muss die Grundsicherung angehoben werden!

Gerhard Schröder hatte damit geprahlt, mit den Hartz-Gesetzen den größten Billiglohnsektor Europas in Deutschland zu schaffen. In der Tat, das hat er geschafft: 22,5 Prozent der Beschäftigten arbeiten für weniger als 10,50 Euro in der Stunde, das gilt als die Niedriglohnschwelle. Allen, die sanktioniert wurden, rate ich: Klagt dagegen, auch rückwirkend! Und uns allen: Führen wir gemeinsam den Kampf gegen die Hartz-Gesetze fort – bis sie weg sind!

Die SPD-Mitglieder sprachen sich mehrheitlich, sofern sie sich überhaupt beteiligt haben, für Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken als neue Vorsitzende aus – und damit gegen die von der SPD-Führung gewünschten Olaf Scholz und Klara Geywitz. Trotz massiver Werbung für den Finanzminister in den letzten Wochen ließen sich die Mitglieder nicht davon abhalten, zwei Kandidaten zu wählen,

die als eher „links“ gelten. Damit rutschte die „Groko“ noch tiefer in die Krise. Auch die CDU hat ihre eigene auf ihrem Parteitag nur notdürftig überdecken können.

Manche Leute hoffen nun, dass die SPD wieder „sozialdemokratisch“ wird. Aber da sind sie wohl auf dem Holzweg. Arbeitsminister Hubertus Heil kam direkt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf die schlaue Idee, wie doch über 30 Prozent gekürzt werden kann: einfach verschiedene Sanktionen zusammenziehen, wenn zum Beispiel „Meldeverstöße“ und die Verweigerung eines üblichen Jobs zusammenfallen. Das musste er zwar schnell wieder fallen lassen, zeigt jedoch, was hier gespielt wird.

Auch die neuen Vorsitzenden wollen keinesfalls die Hartz-Gesetze abschaffen, sondern im Prinzip die Politik der „Groko“ fortsetzen – mit ein paar kleinen Reförmchen wie höherer Mindestlohn oder höhere Kohlendioxid-Bepreisung. Gerade letztere ist aber ein großer Beschiss – als ob die Klimaerwärmung dadurch auch nur ein bisschen gestoppt würde! Es ist nur eine zusätzliche Steuer auf Kraftstoffe, ein weiteres Abwälzen auf die breiten Massen.

2. Überhaupt wird zwar von fast allen Seiten eingeräumt, dass die Erde, die Natur, die Menschheit in größter Gefahr sind – aber daran soll „der Mensch an sich“ schuld sein. Deswegen sollen wir unser Verhalten ändern, also nicht mehr Autofahren und nicht mehr fliegen. Das sind überlegenswerte Dinge, und vieles müssen wir tatsächlich ändern – aber dabei bleibt völlig außen vor, wer die hauptsächlichen Umweltverbrecher sind, nämlich die großen Monopole, die Kriminellen in den Chefetagen und ein System, in dem nur der Profit zählt: der Kapitalismus.

Das war auch Thema beim Weltklimastreiktag am Freitag, dem 29. November 2019. In Bremen gingen circa 10.000 Menschen auf die Straße – aber im September waren es 40.000. Seitens der Medien und auch vom „Orgateam“ wurde alles auf Änderungen im städtischen Verkehr reduziert („Autofreie Stadt von Stadtgrenze zu Stadtgrenze“) und damit ganz auf die Linie gebracht, alle Lasten auf die kleinen Leute abzuwälzen.

Die globale **Umweltkatastrophe** kann aber nur noch gestoppt werden, wenn der Umweltkampf systemüberwindend geführt wird. Letzten Endes ist es doch so, wie Evo Morales, der kürzlich in einem faschistischen Putsch gestürzte Präsident Boliviens, es formulierte: Entweder es stirbt der Kapitalismus oder unsere „Mutter Erde“!

In Deutschland ist die Wirtschaft seit der zweiten Hälfte letzten Jahres in eine Überproduktionskrise übergegangen. Sie fällt mit Strukturkrisen zusammen. Daimler will 10.000 Arbeitsplätze abbauen, Bosch 20.000, Audi 6.500. Auch hier in Bremen sind die Folgen drastisch: 1.000 Leiharbeiter wurden bei Daimler abgemeldet. Thyssen-Krupp in Farge will 300 Arbeitsplätze streichen, Bosch sein Werk mit 400 Beschäftigten in Huchting schließen.

Die Monopole und die Regierung tun alles, die Krisenlasten auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen. Wir brauchen wirksame Maßnahmen zur Rettung der Umwelt und der Arbeitsplätze, zuallererst die 30-Stunden-Woche bei vollem

Lohnausgleich! Nur fünf Minuten einer Stunde arbeitet ein Daimler-Arbeiter für sich, die übrigen 55 Minuten arbeitet er für den Mehrwert, für den Profit.

Für Arbeit und Umwelt, gegen Faschismus und Krieg werden sich die Kämpfe in nächster Zeit weltweit entwickeln. Im Iran und Irak, in Chile und Frankreich gehen die Massen auf die Straße. Sie trotzen staatlichem Terror und Faschisierung. Auch hier in Deutschland schreitet die Polarisierung voran: Auf der einen Seite gibt es ein Anwachsen der faschistischen Gefahr und einen Rechtsruck der Regierung, auf der anderen Seite einen fortschrittlichen Stimmungsumschwung. Begeben wir uns bewusst hinein in diese Polarisierung: Stärken wir den „linken“ Pol!

Ich wünsche allen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und – falls wir uns vorher nicht mehr sehen – jetzt schon einen guten Rutsch in ein kämpferisches und erfolgreiches Jahr 2020. Außerdem lade ich euch herzlich ein zur **Silvesterfeier** der MLPD am **31. Dezember 2019** ab **19:30 Uhr** im „**Freizeitheim Buntentor**“, Geschwornenweg 11a (Neustadt).

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon beginnt am **6. Januar 2020** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# Bremer Montagsdemo

## Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

**Kontakt: Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;  
**Wolfgang Lange** (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

**Zuschriften** an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler),  
Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

**Spendenkonto:** Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,  
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

**Impressum/Datenschutz:** G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de (parteilos) – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz